



„Tu Deinen Mund auf“

Das Menschenrecht auf
freie Meinungsäußerung
und Pressefreiheit



Evangelische Kirche
in Deutschland

Evangelische Kirche in Deutschland (EKD)

Herrenhäuser Str. 12 | 30419 Hannover

www.ekd.de

Oktober 2017

Download: https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/menschenrechte_pressefreiheit.pdf



Zum Titelbild:

Unter dem Motto „Schwarzer Protest“ demonstrierten Anfang Oktober 2016 zehntausende Polinnen, wie hier in Krakau, gegen einen Gesetzentwurf, der ein fast vollständiges Abtreibungsverbot vorsah und Frauen Haftstrafen von bis zu fünf Jahren androhte. Der Fotograf Jacek Taran begleitet die massiven Proteste der Bevölkerung gegen die nationalkonservative Regierung. Er ist dabei Reporter und persönlich Betroffener zugleich.

© Jacek Taran

Inhalt

| | |
|---|----|
| Editorial | 2 |
| Meinungs- und Pressefreiheit – Worum geht es? | 4 |
| Weltkarte: Rangliste der Pressefreiheit 2017 | 8 |
| Interview mit Christian Mihr (<i>Reporter ohne Grenzen</i>) | 10 |
| Stimmen von Journalistinnen und Journalisten weltweit I | 15 |
| Interview mit Hans Leyendecker | 22 |
| Von der Freiheit, zu schreiben, was man will | 26 |
| „Die Wahrheit ist dem Menschen zumutbar“ | 31 |
| Stimmen von Journalistinnen und Journalisten weltweit II | 34 |
| Predigtanregungen | 40 |
| Biblische Zugänge | 44 |
| Liturgische Bausteine | 47 |
| Lieder | 49 |
| Kollektenvorschläge | 52 |
| Wichtige Begriffe | 54 |
| Weiterführende Literatur, Filme und Links | 57 |

Editorial



© epd/mck

Liebe Leserinnen und Leser,

am 10. Dezember 1948 wurde die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verkündet. Sie ist bis heute der maßgebliche Meilenstein in der Übereinkunft dessen, was Recht ist, damit Menschen in Würde und Frieden miteinander leben können. Daran erinnert uns jedes Jahr am 10. Dezember der Internationale Tag der Menschenrechte.

Mitten im Advent, in aller schönen Vorfreude und Erwartung, stellen wir uns damit auch dem Unrecht, das Menschen von Mitmenschen angetan wird. Das ist kein Widerspruch, denn der Advent, die Zeit des Wartens auf den Heiland der Welt, und die Verteidigung der Menschenrechte gehören zusammen: Jesus Christus ist gekommen und wird kommen, um Leben aufzurichten und heil zu machen,

um die Schwachen zu stärken und den Stummen und Stummgemachten ihre Sprache zurückzugeben. Im Markus-Evangelium heißt es deshalb: „Er hat alles wohlgemacht; die Tauben macht er hören und die Sprachlosen reden.“ (Markus 7,37)

Wenn wir in diesem Jahr die Einhaltung des Menschenrechts auf freie Meinungsäußerung und Pressefreiheit anmahnen, dann tun wir das auch, weil wir darin etwas von der Freiheit und der Würde, die Jesus Christus den Menschen verleiht, aufleuchten sehen.

„Jeder hat das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, Meinungen ungehindert anzuhängen sowie über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.“ So lautet Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.

Wie kein anderes Grundrecht stehen Meinungs- und Pressefreiheit für den demokratischen Rechtsstaat. Nur durch eine freie und unabhängige Berichterstattung sind Menschen so informiert, dass politische Willensbildung stattfinden kann. Presse- und Meinungsfreiheit dienen damit nicht nur dem Einzelnen, sondern gerade auch der Gesellschaft. Umso schwerwiegender ist es also, wenn dieses fundamentale Menschenrecht nicht ausreichend geschützt ist. Es betrifft unmittelbar auch alle anderen Menschen.

Ob in der Türkei, in Russland oder China – es steht vielerorts auf der Welt nicht gut um die Pressefrei-

heit. In vielen Ländern ist es nicht möglich, seine Meinung frei zu sagen oder zu veröffentlichen, ohne Gefahr zu laufen, bestraft zu werden. Häufig werden Reporter überwacht oder durch Zensur, Gefängnis oder gar gezielten Mord zum Schweigen gebracht.

Zugleich wird in vielen Ländern, in denen die Presse frei arbeiten kann, das Misstrauen gegen die Medien von Populisten gezielt geschürt. Journalistinnen und Journalisten werden diffamiert und angefeindet; der Berufsstand als solcher soll in Verruf geraten. Wir beobachten dies derzeit in den USA. Und das Schimpfwort „Lügenpresse“ zeigt, dass auch in Deutschland der Journalismus in dieser Weise unter Druck geraten ist. Die Presse- und Meinungsfreiheit ist also in Diktaturen, wie Demokratien angreifbar und verletzlich.

Auf den folgenden Seiten finden sich nicht nur Fakten und Informationen, sondern vor allem Stimmen von Menschen, die für Presse- und Meinungsfreiheit eintreten. Christian Mihr, Geschäftsführer von *Reporter Ohne Grenzen*, berichtet im Interview von den täglichen Herausforderungen im Kampf um Presse-, Meinungs- und Informationsfreiheit. Die unterschiedlichen Perspektiven deutscher und ausländischer Journalistinnen und Journalisten auf die Pressefreiheit beleuchtet ein Beitrag von Noorullah Rahmani, Mitglied des Berliner Nachrichtennetzwerks „*Amal, Berlin!*“. Im Gespräch mit Hans Leyendecker, Investigativjournalist und Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages 2019, erfahren wir, wie es aktuell um den Journalismus und die journalistische Ethik bestellt ist. Auf Fragen der Ethik geht auch die Theologin Hille

Haker in ihrem Beitrag zur Situation in den USA ein. Predigtanregungen und liturgisches Material helfen dabei, das Thema in Gottesdiensten und Andachten aufzugreifen. Ein Glossar, weiterführende Links und Literatur weisen Wege, sich noch tiefergehend mit dem Thema auseinanderzusetzen. Und immer wieder kommen Betroffene selbst zu Wort: Journalistinnen und Journalisten aus aller Welt berichten von den Herausforderungen, denen sie in ihrer Arbeit täglich begegnen und von ihrem Wunsch nach Freiheit.

Der Blick auf die Weltkarte der Pressefreiheit führt uns mit dem globalen Vergleich vor Augen, wie wenig selbstverständlich es ist, dass ein Heft wie dieses erscheinen kann. Unser Recht den Mund aufzutun zu können, sollte uns Verpflichtung sein, für diejenigen einzutreten, die stummgemacht werden. Gerade zum Jahresende 2017, dem Jahr des Reformationsjubiläums, sollten wir uns daran erinnern, die Freiheit des Wortes zu verteidigen, indem wir sie nutzen – Wort für Wort, Satz für Satz!

Einen gesegneten Advent wünscht Ihnen Ihr



Dr. Heinrich Bedford-Strohm

Landesbischof

Vorsitzender des Rates der
Evangelischen Kirche in Deutschland

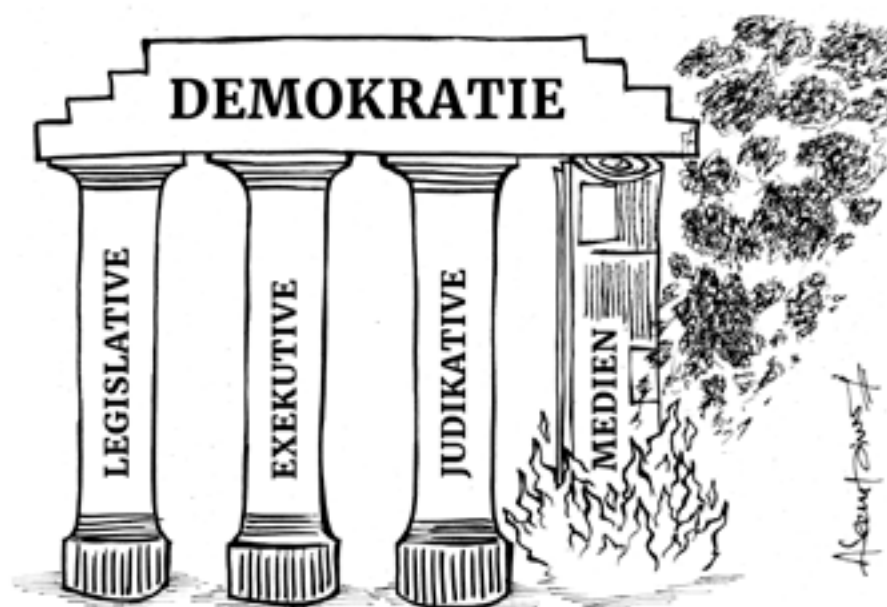
Meinungs- und Pressefreiheit – Worum geht es?

Meinungs- und Pressefreiheit werden häufig als Fundament des demokratischen Rechtsstaats bezeichnet – das Bundesverfassungsgericht bezeichnete die Meinungsfreiheit gar als „eines der vornehmsten Menschenrechte überhaupt“. Und das nicht ohne Grund: Unser politisches System und das Recht auf freie Presse und Meinungsäußerung stehen in direktem Bezug zueinander. Nur durch eine freie und unabhängige Berichterstattung können die Bürgerinnen und Bürger einer demokratisch verfassten Gesellschaft ausreichend informiert werden, kann eine freie politische Willensbildung stattfinden und die Regierung effektiv kontrolliert werden. Damit dienen die Presse- und Meinungsfreiheit nicht nur den Medien, sondern auch der Gesellschaft als Ganzes.

Doch was genau bedeuten Meinungs- und Pressefreiheit? Wie ist ihr Schutzbereich definiert und wo liegen ihre Grenzen? Die Rechte auf freie Meinungs-

äußerung und freie Presse gehören zu den klassischen politischen Menschenrechten und sind heute in verschiedenen internationalen und regionalen Menschenrechtsabkommen sowie nationalen Verfassungen rechtlich verankert (siehe Infokasten). Meinungs- und Pressefreiheit sind als Jedermann-Grundrechte ausgestaltet. Bei der Definition ihres sachlichen Schutzbereichs kann zwischen dem Recht auf freie Meinungsäußerung und der Pressefreiheit unterschieden werden:

Meinungsfreiheit umfasst das Recht, Informationen und Meinungen zu empfangen und zu äußern. Dabei ist es unwichtig, ob die Meinung sinnvoll, irrational, interessant oder wertvoll ist – sie gibt ein persönliches Werturteil wieder, das weder richtig noch falsch sein kann. Jeder darf eine Meinung haben, ohne sie begründen zu müssen. Zugleich hat jeder auch die Freiheit, keine Meinung zu haben. Um eine Meinung zu haben, muss man sie sich



© Aseem Trivedi

Rechtlicher Rahmen

Rechtlich verankert ist das Recht auf freie Meinungsäußerung und freie Presse auf vielerlei Weise. Hier sind die wichtigsten drei Fundstellen für Menschen in Deutschland:

Art. 19 Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (1948):

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten zu vertreten sowie Informationen und Ideen mit allen Kommunikationsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Art. 5 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (1949):

(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.

Art. 10 Europäische Menschenrechtskonvention (Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, 1950):

Jede Person hat das Recht auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht schließt die Meinungsfreiheit und die Freiheit ein, Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe und ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen zu empfangen und weiterzugeben. Dieser Artikel hindert die Staaten nicht, für Hörfunk-, Fernseh- oder Kinounternehmen eine Genehmigung vorzuschreiben.

Die Ausübung dieser Freiheiten ist mit Pflichten und Verantwortung verbunden; sie kann daher Formvorschriften, Bedingungen, Einschränkungen oder Strafdrohungen unterworfen werden, die gesetzlich vorgesehen und in einer demokratischen Gesellschaft notwendig sind für die nationale Sicherheit, die territoriale Unversehrtheit oder die öffentliche Sicherheit, zur Aufrechterhaltung der Ordnung oder zur Verhütung von Straftaten, zum Schutz der Gesundheit oder der Moral, zum Schutz des guten Rufes oder der Rechte anderer, zur Verhinderung der Verbreitung vertraulicher Informationen oder zur Wahrung der Autorität und der Unparteilichkeit der Rechtsprechung.

allerdings bilden können. Daher ist das Recht auf freie Meinungsäußerung eng mit der Informationsfreiheit verknüpft, d.h. mit dem Recht, Informationen ungehindert zu empfangen und zu verbreiten.

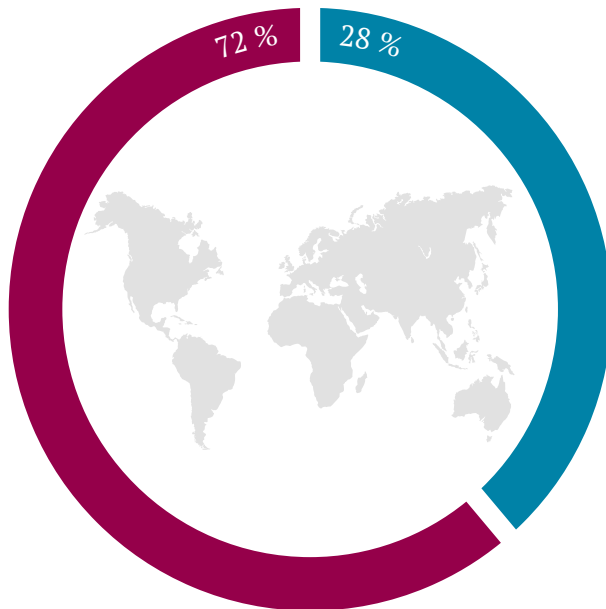
Pressefreiheit kann als besondere Ausprägung der Meinungsfreiheit verstanden werden. In ihrem engeren Sinne umfasst sie einerseits das Recht, Presseerzeugnisse zu drucken und andererseits das Recht, Informationen und Meinungen mithilfe dieser Druckerzeugnisse zu verbreiten. Damit schützt die Pressefreiheit alle mit der Pressearbeit zusammenhängenden Tätigkeiten – von der Beschaffung der Information über deren redaktionelle Verarbeitung bis hin zu ihrer Verbreitung.

Grenzen der Meinungs- und Pressefreiheit

Die Rechte Meinungsäußerung und freie Presse gelten nicht absolut. Ihre Grenzen sind allerdings nicht willkürlich gezogen: Gemäß Artikel 5 Absatz 2 GG findet das Grundrecht in Deutschland seine Schranken „in den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz der Jugend und des Rechts der persönlichen Ehre und in den allgemeinen Gesetzen“. Bei Letzteren handelt es sich um Gesetze, die gegenüber der Presse- und Meinungsfreiheit ein höherrangiges Rechtsgut schützen, diese also legitimerweise einschränken. Beispiele für solche gesetzlichen Grenzen der Meinungs- und Pressefreiheit sind etwa das Verbot, nationalsozialistische Propaganda zu

Getötete Medienschaffende 2016

Medienschaffende gezielt oder in
Ausübung ihrer Tätigkeit getötet.



21 Medienschaffende in Ausübung ihrer Tätigkeit getötet
(nicht gezielt wegen ihrer Journalistischen Tätigkeit)

53 Medienschaffende gezielt getötet
(vorsätzlich wegen ihrer journalistischen Tätigkeit)

Davon:

57 professionelle Journalisten (~15%)

9 Bürgerjournalisten

8 Medienmitarbeiter

Quelle: *Reporter ohne Grenzen*

betreiben oder das Verbot der Volksverhetzung. Darüber hinaus findet die Meinungs- und Pressefreiheit ihre Grenzen in den verfassungsrechtlich gewährleisteten Rechten Dritter und Staatszielen von Verfassungsrang.

Trotz dieser gesetzlichen Bestimmungen sind die Grenzen der Meinungs- und Pressefreiheit nicht immer klar zu bestimmen. Insbesondere die Frage, wo genau die Grenze zwischen Meinungsfreiheit und persönlicher Beleidigung verläuft, ist weithin umstritten. Es liegt in der Natur der Sache, dass uns nicht alle Menschen gleichermaßen sympathisch sind. Es ist uns erlaubt, eine schlechte Meinung voneinander zu haben und diese Meinung zu äußern. Die Grenze für eine bestimmte Äußerung entsteht allerdings dort, wo ein Schaden für einen anderen Menschen oder die Gesellschaft entsteht. Fundierte Kritik ist erlaubt, Schmähkritik jedoch nicht. Weil die Meinungs- und Pressefreiheit ein so hohes Gut ist, lässt das Bundesverfassungsgericht eine Einschränkung nur dann zu, wenn

genau abgewogen wurde, welche Wirkung eine solche Einschränkung haben könnte.

Entwicklung

Meinungs- und Pressefreiheit sind heute in einer Vielzahl internationaler Verträgen verankert und in den meisten Staaten der Welt verfassungsrechtlich geschützt. Das war nicht immer so. Bis zum umfassenden Schutz dieses Grundrechts war es ein langer Weg, dessen Ursprünge zurück in die Zeit der Aufklärung reichen. Während in Ländern wie Großbritannien, Frankreich und den Vereinigten Staaten von Amerika der Kampf für Meinungs- und Pressefreiheit bereits im 18. Jahrhundert erfolgreich geführt wurde, nahm diese Entwicklung in Deutschland erst im 19. und 20. Jahrhundert ihren Lauf.

Im Verlauf der Geschichte gab es in vielen Ländern immer wieder Phasen verstärkter Medienkontrolle und erheblicher Einschränkungen der Meinungsfreiheit. In Deutschland erfuhren die Meinungs- und Pressefreiheit ihre Tiefpunkte

während der NS-Diktatur und infolge der staatlichen Medienlenkung in der DDR. Seitdem hat das Grundrecht in Deutschland, unter anderem auch durch die teils progressive Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, eine kontinuierliche Stärkung erfahren. Und dennoch ist das Recht auf freie Presse und Meinungsäußerung auch in Deutschland weiterhin Gefährdungen und Einschränkungen ausgesetzt.

Gefährdungen

Meinungs- und Pressefreiheit sind angreifbare Rechte, die weltweit immer wieder bedroht werden. Einerseits erfahren sie Druck durch staatliche Eingriffe, etwa durch Zensur, Strafverfolgungen und Einschüchterungen kritisch berichtender Journalistinnen und Journalisten oder durch Zwangsübernahmen von Medienunternehmen. Andererseits stehen viele Medien heutzutage unter enormem wirtschaftlichen Druck, ausgelöst etwa durch eine sinkende Leserschaft, schlechtere Bezahlung und erhöhten Zeitdruck. Und schließlich ist insbesondere in den letzten Jahren der Druck auf die Medien gewachsen, als eine Folge wachsender Ängsten und Skepsis innerhalb der Bevölkerung – in Europa beispielsweise ausgelöst durch die Flüchtlingsbewegung oder jüngste Terroranschläge. Die Medien erfahren weltweit eine Vertrauenskrise. Ein Beispiel dafür sind nicht zuletzt immer populärer werdende Pauschalverurteilungen der Medien als „Lügenpresse“.

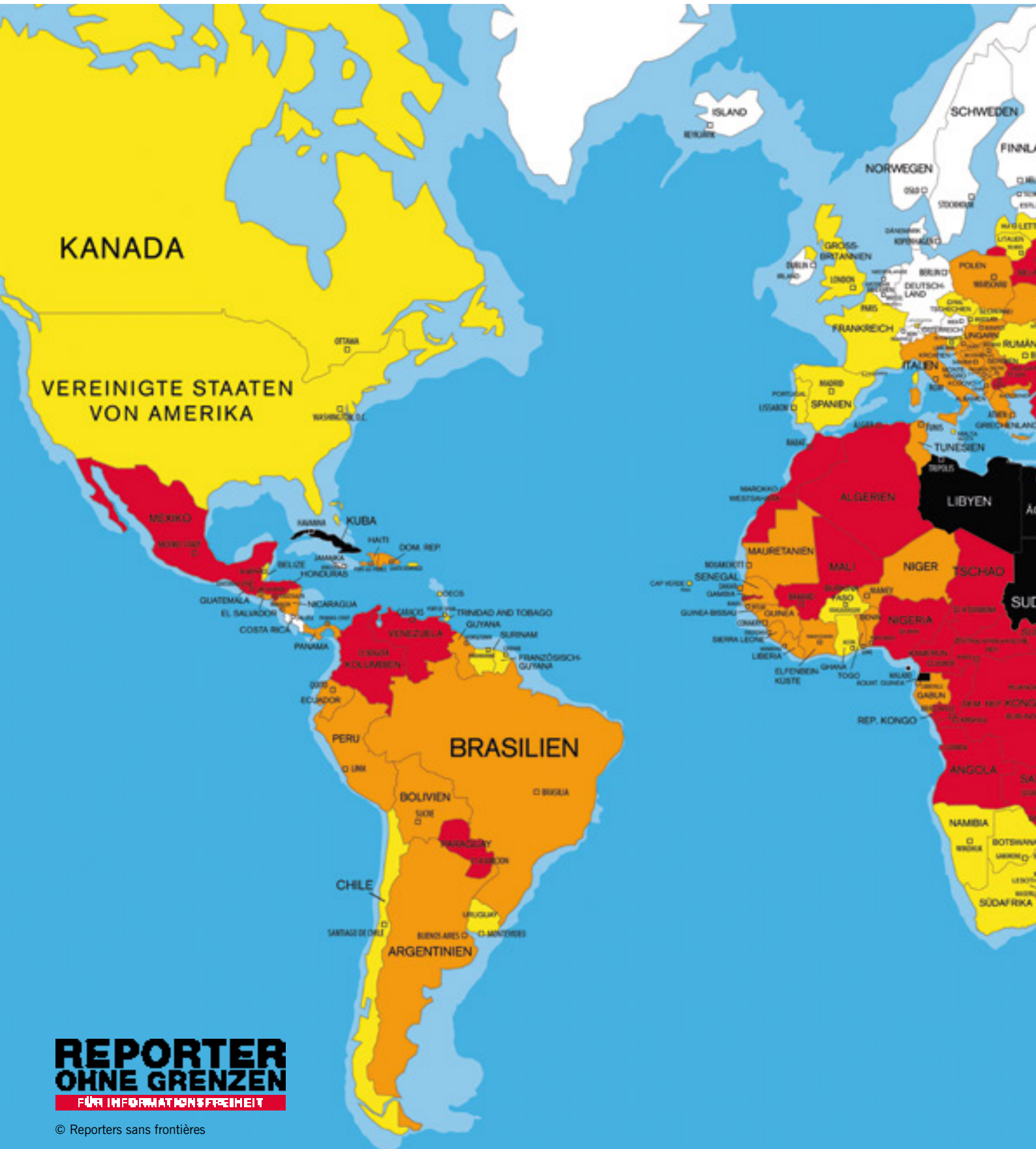
In vielen Ländern der Welt ist es heute gefährlich, seine Meinung frei zu äußern. Häufig findet eine staatliche Zensur statt, Regierungskritiker werden inhaftiert. Besonders deutlich wurde das zuletzt in der Türkei, wo seit dem gescheiterten Putschversuch 2016 eine Säuberungsaktion unter Leitung von Präsident Erdogan zur Verhaftung zahlreicher Journalistinnen und Journalisten geführt hat. Aber auch in vielen anderen Ländern sind Meinungs- und Pressefreiheit auf dem Rückzug: In Polen werden unter der nationalkonservativen Regierung der PiS-Partei der Rechtsstaat und die Meinungsfreiheit zunehmend ausgehöhlt. In den USA, wo bereits unter Barack Obama Investigativjournalisten und Whistleblower stark verfolgt wurden, hat

Präsident Trump einen regelrechten Krieg gegen kritisch berichtende Medien ausgerufen, die er als „Feinde des amerikanischen Volkes“ bezeichnet. Gefährlich ist es für Medienschaffende auch in Kriegs- und Konfliktregionen: So zum Beispiel im Jemen, wo Huthi-Rebellen, die weite Teile des Landes kontrollieren, keinerlei öffentliche Kritik dulden.

Meinungs- und Pressefreiheit im digitalen Zeitalter

Ob über Videoplattformen, Weblogs oder Soziale Medien – das Internet hat nicht nur die Art und Weise verändert, wie wir uns informieren und miteinander kommunizieren, es hat auch neue Möglichkeiten für politischen Aktivismus und unabhängige Berichterstattung eröffnet. Die neuen digitalen Technologien bieten einige Vorteile: durch die vergleichsweise niedrigen Einstiegskosten, die einfache Bedienung und die Möglichkeit, staatliche Kontrolle zu umgehen, erleichtern sie die breite Streuung von Informationen und Mobilisierung vieler Menschen in relativ kurzer Zeit. Ein vernetzter öffentlicher Raum entsteht, in dem auch Meinungen jenseits des Mainstreams artikuliert und ausgetauscht werden können. Die Umwälzungen des Arabischen Frühlings waren nur ein Beispiel dafür, wie relevant Informationskanäle wie *Facebook*, *Twitter* oder *Skype* als Alternativen zum klassischen Journalismus geworden sind. Gerade in autoritär geführten Ländern spielt der sogenannte Bürgerjournalismus, beispielsweise von Bloggern, eine immer größere Rolle. Gleichzeitig bieten die neuen Kanäle des Meinungs- und Informationsaustauschs auch Raum für Schmähkritik, Hassrede und Mobbing. Eine der zentralen Aufgaben in diesem Feld wird sein, Regulierungsmöglichkeiten für das Internet zu entwickeln, die das fundamentale Recht auf Meinungsfreiheit nicht gefährden. Zu häufig wird der Ruf nach Regulierung und Sicherheit von repressiven Machthabern als Rechtfertigung für eine allumfassende Kontrolle und Überwachung des Internets genutzt.

Weltkarte: Rangliste der Pressefreiheit 2017





- Gute Lage** Good situation
- Zufriedenstellende Lage** Satisfactory situation
- Erkennbare Probleme** Noticeable problems
- Schwierige Lage** Difficult situation
- Sehr ernste Lage** Very serious situation

„Ohne den Glauben an Veränderung könnten wir unsere Arbeit nicht machen.“



© Dietmar Gust

Christian Mihr ist Geschäftsführer der Organisation *Reporter ohne Grenzen*. Er berichtet im Gespräch über die aktuelle Lage der Meinungs- und Pressefreiheit in Deutschland und weltweit, von der Arbeit im Einsatz für Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit und über die damit verbundenen Herausforderungen. Christian Mihr ist Journalist, Experte für Medienpolitik und seit 2012 Geschäftsführer der deutschen Sektion von Reporter Ohne Grenzen. Zuvor war er mehrere Jahre bei Print- und Onlinemedien in Deutschland und Ecuador tätig, sowie in der Weiterbildung von Journalisten in Russland.

Interview mit Christian Mihr (Reporter ohne Grenzen)

EKD: Herr Mihr, Meinungs- und Pressefreiheit werden oft als wichtigste Menschenrechte überhaupt bezeichnet. Warum sind sie so wichtig?

Christian Mihr: Weil Meinungs- und Pressefreiheit bis zu einem gewissen Grad die Voraussetzung für die Verwirklichung aller anderen Menschenrechte sind. Eine Gesellschaft lebt vom Ringen um Lösungen, von den unterschiedlichen Sichtweisen, vom Austragen von Konflikten. All das braucht Öffentlichkeit, die wiederum Meinungs- und Pressefreiheit zur Bedingung hat. Öffentlichkeit sorgt dafür, dass wir erfahren, wenn Politiker korrupt sind und Firmen die Rechte von Mitarbeitenden missachten. Oder dass Missbrauchsfälle in Kirchen oder Schulen aufgedeckt werden; dass wir uns über den Klimawandel informieren können. Im Idealfall werden daraufhin die Missstände behoben oder es entsteht zumindest ein Problembewusstsein in der Gesellschaft.

„Wir verteidigen Journalismus als Prinzip.“

EKD: *Reporter ohne Grenzen* setzt sich seit einiger Zeit nicht nur für Pressefreiheit, sondern explizit auch für Informationsfreiheit ein. Inwiefern unterscheiden sich diese Freiheiten?

Mihr: Als Organisation verteidigen wir professionelle Journalistinnen und Journalisten, aber eben auch Journalismus als Prinzip. Das heißt, dass wir auch Bürgerjournalismus schützen. Also diejenigen, die regelmäßig in Blogs berichten, auf *Facebook*, *Twitter*, *YouTube* oder anderen Kanälen. Diese Art der Berichterstattung mag nicht immer strengen handwerklichen Kriterien genügen,

erfüllt aber durchaus eine wichtige journalistische Funktion. Gerade in Ländern, in denen die freie Presse unterdrückt wird, sind Bloggerinnen und Blogger mitunter die Einzigen, die noch unzensuriert und ungeschönt berichten.

„Es geht darum, dass Menschen nicht vergessen werden.“

EKD: Mit welchen Mitteln setzt sich Reporter ohne Grenzen für Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit ein?

Mihr: Unsere Arbeit lässt sich mit drei Schlagworten beschreiben: recherchieren, anklagen und unterstützen. Recherchieren heißt, dass wir Rechtsverletzungen aufspüren. Recherche ist immer der erste Schritt und die Voraussetzung für unsere weitere Arbeit. Dabei setzen wir auf ein weltweites Netzwerk von 150 Korrespondenten, die vor Ort Informationen sammeln.

Der zweite Schritt ist das Anklagen – sowohl im übertragenen, als auch im juristischen Sinne. Mit den Informationen, die wir recherchieren, versuchen wir Öffentlichkeit herzustellen – durch Kampagnen, Pressemitteilungen, Veranstaltungen. Mitunter bringen wir auch Fälle vor Gericht. Sehr oft geht es darum, dass die Betroffenen nicht vergessen werden. Viele inhaftierte Journalisten haben uns nach ihrer Freilassung erzählt, dass es ihnen im Gefängnis eine ungeheure Kraft gegeben hat, zu wissen, dass andere an sie denken.

Drittens können wir dank Spenden und Mitgliedsbeiträgen konkrete Hilfe für verfolgte Journalisten leisten. Wir haben dafür ein eigenes Nothilfefereferat mit drei Mitarbeitenden. Sie vermitteln Unterstützung – wenn möglich vor Ort, ansonsten im

Exil. Zum Beispiel übernehmen wir Anwalts- oder Arztkosten. Wir helfen auch Familien, die kein Einkommen mehr haben, weil ihre Angehörigen aufgrund ihrer journalistischen Arbeit inhaftiert wurden. Bei unmittelbarer Lebensgefahr unterstützen wir Journalistinnen und Journalisten dabei, ihr Land zu verlassen und ins Exil zu fliehen.

EKD: Wo ist die Arbeit für Journalistinnen und Journalisten derzeit am gefährlichsten?

Mihr: Es gibt unterschiedliche Gefahrenlagen. In der Türkei sitzen derzeit weltweit die meisten Medienschaffenden im Gefängnis. Neben Ägypten und China besteht dort also das größte Risiko, als Journalist inhaftiert zu werden. In Syrien und Afghanistan hingegen besteht für Journalistinnen und Journalisten die größte Gefahr ermordet zu werden, auch Mexiko und Jemen sind für Reporter lebensgefährliche Länder. In Afghanistan zählen zu den Opfern vor allem Frauen, die als Journalistinnen ihre Meinung sagen und verbreiten.

EKD: Beobachten Sie auch positive Entwicklungen?

Mihr: Ja, es gibt durchaus Fortschritte. In Kolumbien beispielsweise ist 2017 bislang kein Journalist ermordet worden. Das Land befindet sich in einem mühsamen Friedensprozess. Vieles läuft schlecht, doch die akute Bedrohung von Journalistinnen und Journalisten hat abgenommen. Es sind zaghafte Fortschritte erkennbar. Tunesien ist ein weiteres positives Beispiel. Als einziges Land des „Arabischen Frühlings“ versucht Tunesien, die Pressefreiheit und andere Menschenrechte zu verwirklichen. Auch hier gibt es natürlich weiterhin Probleme, aber insgesamt geht es voran. Solche positiven Entwicklungen werden leicht übersehen angesichts der großen Schwierigkeiten, vor denen diese Staaten und ihre Gesellschaften meist stehen.



Bei einer Demonstration im Juni 2017 rufen Reporter ohne Grenzen dazu auf, einen UN-Sonderbeauftragten für den Schutz von Journalisten einzusetzen. © Franziska Senkel

EKD: Deutschland befindet sich auf der Rangliste der Pressefreiheit auf Platz 16. Was macht den Unterschied aus zu den ersten Plätzen?

Mihr: Platz 16 von 180 ist kein schlechtes Ergebnis, aber es könnte tatsächlich einiges besser sein: Zum Beispiel beobachten wir in Deutschland das strukturelle Problem, dass aufgrund des wirtschaftlichen Drucks die Medienvielfalt abnimmt – vor allem im Zeitungsbereich. Das klingt wie ein Luxusproblem und ist auf überregionaler Ebene noch nicht gravierend. Doch wo es früher in einer Stadt drei Lokalzeitungen mit jeweils unterschiedlichen Perspektiven gab, gibt es mittlerweile vielleicht noch eine einzige Zeitung. Das ist nicht gut für die Pressefreiheit und damit auch nicht gut für unsere Demokratie.

Ein anderes Problem in Deutschland ist die gestiegene Gewalt gegen Journalistinnen und Journalisten, auch wenn sie in den letzten Monaten leicht zurückgegangen ist. Der Höhepunkt der Aggressionen war vor eineinhalb Jahren rund um die Pegida-Demonstrationen in Dresden. Doch immer noch gibt es Veranstaltungen in unserem Land, bei denen Journalistinnen und Journalisten zum Teil nur unter Polizeischutz arbeiten können – zum Beispiel bei

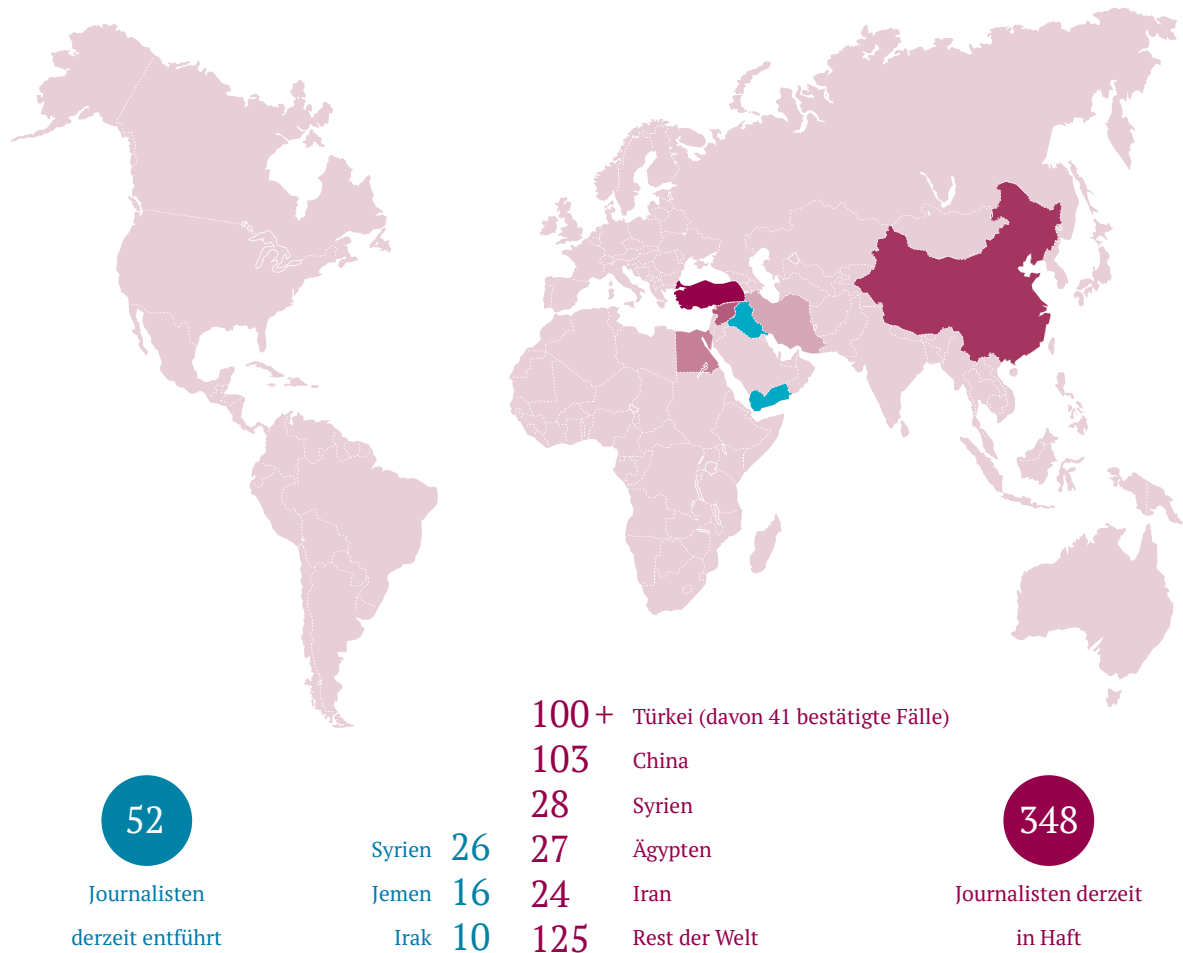
manchen AfD-Demonstrationen oder Neonazi-Aufmärschen.

Auch kritisieren wir die zunehmende Aushöhlung des Quellenschutzes durch die Internet-Überwachung, wie es etwa das neue BND-Gesetz ermöglicht, oder die Vorratsdatenspeicherung. Dazu gehört auch der Straftatbestand der sogenannten Datenhehlerei, gegen den wir Verfassungsbeschwerde eingelegt haben. Denn wenn Journalisten und ihre Quellen nicht mehr geschützt sind, gerät die Pressefreiheit ernsthaft in Gefahr. Denken Sie an die „schwarze Liste“ von Journalistinnen und Journalisten beim Hamburger G20-Gipfel! Da hat das Bundeskriminalamt privates politisches Engagement oder zum Teil auch völlig falsche Angaben von Reportern gesammelt, sie unter Generalverdacht gestellt und ihnen die Akkreditierung entzogen. Das ist rechtlich höchst fragwürdig und auch im internationalen Vergleich skandalös.

EKD: 2017 ist das Jahr des Reformationsjubiläums, alles dreht sich um Martin Luther. War er der erste Whistleblower?

Mihr: Luther als Whistleblower? Eine interessante These! Immerhin hat Luther auch für die Freiheit

Entführte und inhaftierte Journalisten 2016



Quelle: *Reporter ohne Grenzen*

des Wortes gestritten und wollte Reformation. Whistleblower heute wollen ebenfalls eine Veränderung der Verhältnisse. Indem sie geheime Informationen weitergeben, schaffen sie die Voraussetzung für aufklärende Berichterstattung. Nur durch Edward Snowden etwa wissen wir von der globalen Massenüberwachung durch den amerikanischen Geheimdienst NSA. Dank Chelsea Manning, einer Whistleblowerin, der *Reporter ohne Grenzen* unmittelbar geholfen hat, konnten Journalisten über die grausame Kriegswirklichkeit im Irak berichten. Solche Whistleblower gehen größte persönliche Risiken ein, weil sie sich mit diesen Zuständen und Rechtsbrüchen nicht abfinden wollen. Daher schützt *Reporter ohne Grenzen* auch Whistleblower.

EKD: Welche Rolle kann die Kirche beim Schutz von Presse- und Meinungsfreiheit spielen?

Mihr: Zunächst sind Meinungsfreiheit und Religionsfreiheit sehr eng miteinander verknüpft. Ich kann mein Menschenrecht auf Religionsfreiheit nur wahrnehmen, wenn ich meine Meinung frei äußern kann und Informationen uneingeschränkt erhalten und verbreiten kann. Dabei umfasst Religionsfreiheit auch das Recht, keine Religion zu haben. Die christlichen Kirchen spielen in vielen Ländern eine sehr positive Rolle bei der Verteidigung von Menschenrechten und demokratischen Freiheiten. In manchen Ländern hält aber auch die Kirche repressiven Regimen den Steigbügel und lässt sich einspannen – für

Macht und Vorteile, vielleicht auch aus Furcht vor Unterdrückung. In vielen Ländern besitzen die Kirchen zudem Verlage, Zeitungen oder Radio-sender und gehen mit diesen Eigentumsverhältnissen nicht immer transparent um.

Insofern spielen die Kirchen in Bezug auf Meinungs- und Pressefreiheit mitunter eine ambivalente, auf jeden Fall eine wichtige Rolle.

„Soziale Medienplattformen sind Freiheits- und Repressionsraum in einem.“

EKD: Durch soziale Netzwerke und Blogs im Internet verbreiten sich Informationen anders als mit herkömmlichen Medien. Was bedeutet das für die Pressefreiheit?

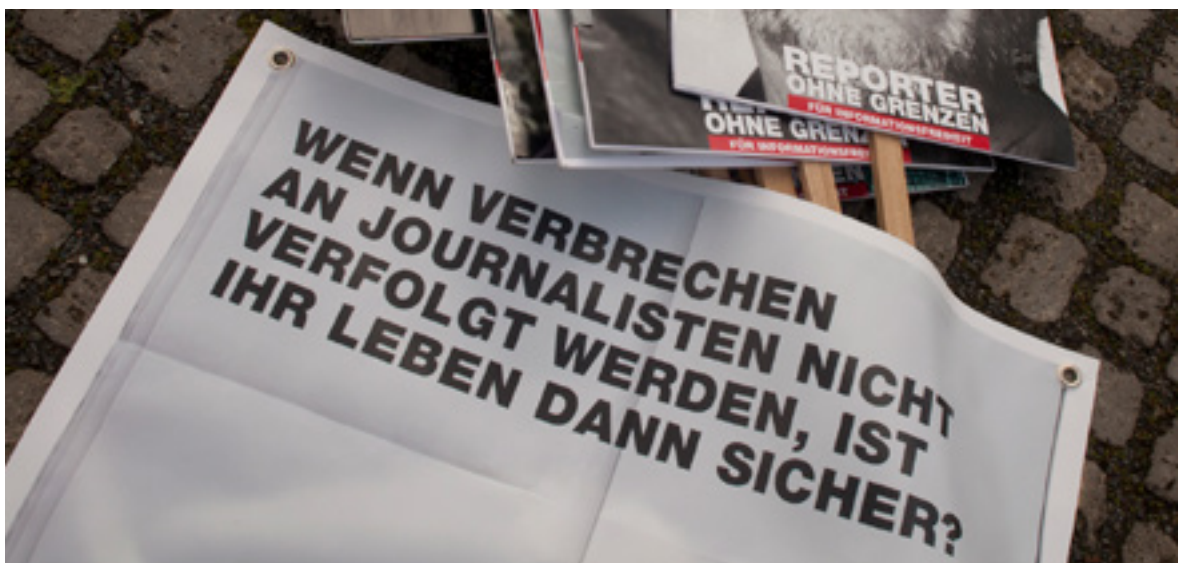
Mihr: Soziale Medienplattformen haben einerseits ein ungeheures Freiheitspotenzial, andererseits erleichtern sie aber auch enorm staatliche Überwachung und Zensur. Das Freiheitspotenzial sehen wir zum Beispiel in Ägypten, wo soziale Medien es überhaupt erst möglich machen, bestimmte Bilder oder Texte zu veröffentlichen – mit weltweiter Verbreitung. Deswegen dürfen wir soziale Medien auch nicht nur als die privaten Unternehmen wahrnehmen, die sie sind, sondern auch als Räume allgemeiner Öffentlichkeit. Wir müssen diese Unternehmen an diese Verpflichtung erinnern. Gleich-

zeitig ermöglicht das Internet staatliche Zensur und Überwachung. In einigen Ländern genügt bereits ein Mausclick bei *Facebook*, um ins Gefängnis zu kommen. Und E-Mails sind de facto so offen wie eine Postkarte, also leicht abzufangen und mitzulesen. Vielen Menschen ist das nicht klar und sie kommunizieren online entsprechend sorglos.

Reporter ohne Grenzen engagiert sich daher zum Bereich Überwachungstechnologie und Exportkontrollen für solche Technologien. Aus Europa, aus Deutschland wird sehr viel dieser Überwachungstechnik exportiert – auch in menschenrechtlich hochproblematische Staaten. Es ist kaum vorstellbar, aber tatsächlich wurden bis vor kurzem deutsche Produkte, deren Einsatz hierzulande aus gutem Grund verboten ist, an schlimmste Diktaturen in aller Welt verkauft. Da hat sich mittlerweile zum Glück einiges getan. Und wir werden mit anderen Organisationen weiter dafür streiten, dass die Politik verbindliche Menschenrechtsstandards bei Exporten von Überwachungstechnologie beschließt. Die große Lobby der IT- und Rüstungsindustrie ist natürlich vehement dagegen. Doch wir sind immer noch optimistisch, wie bei allen unseren Fällen. Wenn wir nicht zuversichtlich wären und an Veränderungen glauben würden, könnten wir unsere Arbeit nicht machen.

EKD: Vielen Dank für das Gespräch!

Das Gespräch führte Maxie Syren.



© Franziska Senkel

Stimmen von Journalistinnen und Journalisten weltweit I



Larisa Chomajko

Larisa Chomajko ist Journalistin aus der Region Altai in Südwestsibirien. In der Vergangenheit schrieb sie als Korrespondentin für die Zeitung „Svobodnyi Kurs“. Inzwischen arbeitet sie für das sibirische Regionalbüro von *Transparency International*.

„Lange Zeit waren wir stolz darauf, dass es in unserer Stadt viele unabhängige Medien gab, dass wir Journalisten die unabhängigsten und professionellsten in ganz Sibirien waren. Dadurch wurden wir unvorsichtig. Wir hatten zum Beispiel ein kritisches, aber gutes Verhältnis zu den Behörden. Und weil dem so war, bemerkten wir lange nicht, wie wir immer enger kooperierten und dabei ruhiger und vorsichtiger wurden. Die Räume unserer Arbeit schrumpften – auch weil wir es zuließen. Wahrscheinlich hätten wir uns das bittere Gefühl ersparen können, das ich heute spüre. Es wurde nie etwas direkt verboten. Doch wir achteten zunehmend darauf, „unsere wichtigsten Leser“ nicht zu verärgern – den Gouverneur zum Beispiel, andere Politiker oder wichtige Wirtschaftsunternehmen. „Verärger nicht unsere wichtigsten Leser!“, „Wo denkst du hin, wir müssen uns die Zuschüsse erhalten!“, „Wegen deiner Recherche werden sie nicht mehr inserieren!“ Das waren Sätze, die wir immer häufiger aus der Chefredaktion zu hören bekamen. Ich recherchierte gerade zu einem Abholzungs-Skandal, da

wurde mir und einigen Kolleginnen und Kollegen nahegelegt, die Redaktion zu verlassen. Das taten wir und die besten Leute gingen. Manchmal vermisse ich meine alte Redaktion, doch bin ich eigentlich froh, dass es so gekommen ist. Gefeuert zu werden, hat mir die Berufsehre gerettet – und damit meine Selbstachtung. Es ist nicht einfach, als unabhängige Journalistin in Russland Geld zu verdienen. Viele Kollegen arbeiten daher heute in der Werbebranche und schreiben für PR-Agenturen. Auch ich habe den Beruf gewechselt.“



Marija Stepanova

Marija Stepanova ist eine russische Lyrikerin, Essayistin und die Chefredakteurin des Internet-Magazins *Colta.ru*. Sie lebt und arbeitet in Moskau.

„Die ‚Säuberung‘ von Russlands Medienlandschaft ist heute keine bloße Tendenz mehr, kein Trend, sondern eine vollendete Tatsache, und ihre Folgen sind fatal. In den vergangenen zehn Jahren wurden in Russland zahlreiche kritische Journalisten und Redakteure entlassen, Fernseh- und Radiosender geschlossen, Zeitungen eingestellt. Der Grund ist immer scheinbar ökonomischer Natur, tatsächlich aber hat der Staat die Möglichkeiten unabhängiger Finanzierung systematisch eingeschränkt. Wer überleben will, muss loyal zum Kreml sein. Medien, die dies verweigern, werden marginalisiert. Eine weitere

große Gefahr in Russland ist die Selbstzensur: Angesichts der aufgezählten Risiken ist die Versuchung für jede Redaktion groß, auf brisante Beiträge lieber zu verzichten, um schwerwiegende Folgen zu vermeiden. Unabhängige Journalisten, die ihren Beruf nicht aufgeben wollen, haben angesichts der aktuellen Entwicklungen derzeit nur die Wahl zwischen Emigration oder unfreiwilliger Kriminalität – denn ohne in Konflikt mit irgendeinem der geltenden Gesetze zu geraten, kann man in Russland in diesem Metier praktisch nicht mehr arbeiten.“



Russland

Rangliste der Pressefreiheit – Platz 148 von 180

Seit Wladimir Putins Rückkehr in den Kreml 2012 ist der Druck auf die unabhängige Medienberichterstattung in Russland stetig gestiegen. Das landesweite Fernsehen befindet sich heute weitgehend unter staatlicher Kontrolle. Kritisch berichtende Journalisten, Regierungskritiker und Blogger müssen in dem zunehmend repressiven Klima tagtäglich mit Verhaftungen, Gewalt und gezielten Anschlägen rechnen. 2016 wurden in Russland doppelt so viele Menschen wegen kritischer Nachrichten zu Gefängnisstrafen verurteilt wie noch ein Jahr zuvor. Führende Menschenrechtsorganisationen wurden als „ausländische Journalisten“ deklariert und erfahren seither massive Einschränkungen in ihrer Arbeit. Auch das Internet wird in Russland immer stärker kontrolliert: Restriktive Gesetze ermöglichen eine breite Überwachung und vereinfachen das Sperren unliebsamer Webseiten und Blogs. Aktuell diskutiert das russische Parlament ein neues Gesetz, um Inhalte sozialer Netzwerke stärker zu kontrollieren.



Ahmet Şık

Ahmet Şık ist einer der prominentesten Investigativjournalisten der Türkei. Am 29. Dezember 2016 wurde er in Istanbul festgenommen, die Anklage lautet auf Propaganda für mehrere Terrororganisationen. Şık war bereits 2011 im Gefängnis, weil er Teil der vermeintlichen Ergenekon-Verschwörung gewesen sein soll. Seit dem 29. Dezember 2016 sitzt er nun erneut in Untersuchungshaft. Ahmet Şık wurde unter anderem mit dem UNESCO-Preis der Pressefreiheit ausgezeichnet und erhielt 2016 den Günter-Wallraff-Preis für Journalismuskritik.

Ausschnitt aus der Stellungnahme* von Ahmet Şık im Justizpalast in Istanbul am 28. Juli 2017: „Ich verteidige mich hier nicht oder mache eine Aussage. Ich klage an. Diese Operation, die sich gegen uns richtet, ist nichts anderes als die Jagd auf die Gedanken-, Meinungs- und Pressefreiheit. [...] Das ist kein Statement zu meiner Verteidigung, weil ich das als eine Beleidigung des Journalismus und der ethischen Werte meines Berufes betrachten würde. Journalismus ist kein Verbrechen. Aus diesem Grund sage ich nur, dass ich gestern ein Journalist war, dass ich heute ein Journalist bin und dass ich auch morgen ein Journalist sein werde. Dafür, das ist offensichtlich, muss ein Preis gezahlt werden. Aber glauben Sie nicht, dass uns das einschüchtert. Weder ich noch die Journalisten, die draußen sind und von denen ich stolz sagen kann, dass sie meine Freunde sind, haben Angst vor euch, wer auch immer ihr sein mögt. Denn wir wissen, dass das, was die Tyrannen am meisten fürchten, der Mut ist. Und die Tyrannen sollten wissen, dass keine Grausamkeit den Fortschritt der Geschichte aufhalten kann.“



Am 27. August 2016, zum Auftakt einer Aktion von *Reporter ohne Grenzen*, dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels und dem PEN-Zentrum Deutschland, erstrahlte am Bundeskanzleramt die Botschaft: „Für das Wort und für die Freiheit - #FreeWordsTurkey“. Die Kampagne rief dazu auf, eine Online-Petition an die Bundesregierung und die EU-Kommission zu unterzeichnen. © pixelhelper.org



Türkei

Rangliste der Pressefreiheit – Platz 155 von 180

Die Türkei gilt aktuell als „größtes Gefängnis für Journalisten“ weltweit. Seit dem Putschversuch im Juli 2016 stehen kritische Journalisten unter Generalverdacht. Der Antiterrorkampf dient Präsident Erdogan als Grundlage für eine nie dagewesene Jagd auf unabhängige Medienschaffende im Land,

die zur Schließung dutzender Medienunternehmen geführt hat und die Medienvielfalt in der Türkei massiv eingeschränkt hat. Zahlreiche Journalisten sitzen derzeit ohne Gerichtsverfahren in Haft. Die wenigen noch verbliebenen unabhängigen Medien arbeiten in ständiger Angst. Ausländischen Journalisten wurden wiederholt die Akkreditierung verweigert oder die Einreise verwehrt. Daneben hat die Zensur in den Sozialen Medien ein beispielloses Level erreicht und politische und wirtschaftliche Verflechtungen vieler wichtiger Medienbesitzer ersticken eine kritische Berichterstattung in der Türkei im Keim.

* Die komplette Rede in der englischen Übersetzung können Sie auf taz.gazete nachlesen. Übersetzung und Zusammenstellung: Doris Akrap und Ali Celikkan, basierend auf den Protokollen der im Gerichtssaal anwesenden Journalistin Canan Coşkun und der Solidaritätsgruppe für die Freiheit von Ahmet Şık.



Seymur Hazi

Seymur Hazi, Herausgeber und Kolumnist der Oppositionszeitung *Azadliq* und Moderator der kritischen Fernseh-Nachrichtensendung *Azerbaijan Saati*, berichtete über Korruption und Machtmissbrauch der Regierung seines Landes und sah sich deswegen Verfolgung und schweren Misshandlungen ausgesetzt. Er wurde Ende August 2014 verhaftet, nachdem er sich gegen einen tätlichen Angriff eines Unbekannten verteidigt hatte. Im Januar 2015 wurde er zu fünf Jahren Haft wegen „schweren Rowdytums“ verurteilt. Seymur Hazi wurde 2016 mit dem „Free Media Award“ der ZEIT-Stiftung und der Stiftelsen Fritt Ord ausgezeichnet.

“Ich schreibe diesen Brief aus einer Gefängniszelle in Baku, wo ich seit 2014 eine fünfjährige Gefängnisstrafe absitze – für ein Verbrechen, das ich nie begangen habe. Warum bin ich hier? Mein einziges Verbrechen war, dass ich über schwere Menschenrechtsverletzungen berichtet habe und Korruption innerhalb der Regierung und der Präsidentenfamilie aufgedeckt habe.

In den letzten Jahren ist die autoritäre Regierung in Aserbaidschan unbarmherzig gegen Andersdenkende vorgegangen. Meine Zeitung *Azadliq* (aserbaidsch „Freiheit“), das am heftigsten unterdrückte unabhängige Medium im Land, wurde 2016 zur Schließung gezwungen. Dutzende meiner Kolleginnen und Kollegen sind hinter Gittern, nur weil sie es gewagt haben, ihr Recht auf Meinungsfreiheit auszuüben. Präsident Aliyev wird von internationalen Beobachtern oft als ‚Feind der Presse‘ bezeichnet. Wer in Aserbaidschan die Wahrheit sagt, muss einen hohen Preis dafür bezahlen. Wir riskieren unser Leben in dem Versuch, die Wahrheit ans Licht zu bringen. Aber das ist es uns wert, solange der Kampf zwischen Gut und Böse weitergeht. Ich hoffe, dass wir diesen Kampf am Ende gewinnen werden, dass Meinungs- und



Aserbaidschan

Rangliste der Pressefreiheit – Platz 162 von 180

Aserbaidschans Präsident Ilham Aliyev führt seit einigen Jahren einen unerbittlichen Kampf gegen seine Kritiker. Unabhängige und oppositionelle Journalisten und Blogger werden regelmäßig schikaniert, eingeschüchtert und angegriffen. Viele kommen

unter dem Vorwand von Drogenbesitz, Steuerhinterziehung oder der Anstachelung zum Hass ins Gefängnis. Meist leitet die Polizei in solchen Fällen weder angemessenen Ermittlungen ein und noch bringt sie die Täter vor Gericht. Die wenigen verbleibenden unabhängigen Medien sind strukturell benachteiligt oder wurden bereits gänzlich zur Schließung gezwungen. Insgesamt wird die Medienlandschaft durch die strenge Vergabe staatlicher Lizenzen kontrolliert. Programme ausländischer Sender dürfen nicht auf nationalen Frequenzen ausgestrahlt werden. Als Reaktion auf internationalen Druck hatte das Regime Anfang 2016 einige Journalisten freigelassen, doch kurz darauf wieder neue Verhaftungen vorgenommen.

Pressefreiheit in meinem Land künftig geachtet und wir befreit werden. Ohne diese Hoffnung hätten wir nichts, für das es sich zu leben lohnt.“
Seymur Hazi, aus dem Gefängnis Nr. 17 in Baku, Aserbaidshan



Dodojon Atovullov

Dodojon Atovullov floh 1993 vor staatlicher Verfolgung aus Tadschikistan nach Russland – in seiner Heimat war der Gründer der unabhängigen Zeitung *Tscharogi Rus* wegen Beleidigung des Präsidenten und Volksverhetzung angeklagt. Wegen einer drohenden Auslieferung nach Tadschikistan, wo sein Leben in Gefahr gewesen wäre, holte *Reporter ohne Grenzen* Atovullov 2001 mit Unterstützung des ARD-Studios Moskau und der Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte nach Deutschland. Seit 2013 lebt Atovullov dauerhaft in Deutschland. Er ist als politischer Flüchtling anerkannt und setzt seine journalistische Arbeit nun vom Berliner Exil aus fort.

„Weil mich die Regierung in meiner Heimat Tadschikistan wegen meiner kritischen Berichte verfolgte, musste ich 1993 nach Russland fliehen. Doch auch dort war ich nicht sicher. 2001 wurde ich in Moskau zum ersten Mal inhaftiert, die Henker des tadschikischen Staatspräsidenten Emomali Rahmon saßen meiner wegen schon im Flieger. *Reporter ohne Grenzen* holte mich mit öffentlichem und diplomatischem Druck aus der Zelle. Eines Tages fragte mich mein Sohn: Was sind die *Reporter ohne Grenzen*? Ich wusste keine Antwort.

Sie sind weder eine Partei noch eine Stadt. Und ein Land sind sie auch nicht. Sie sind eher ein Glaube. Der Glaube daran, dass man nicht alleine dasteht, sondern dass eine Schulter und ein gutes Herz in der Nähe sind. Ich antwortete meinem Sohn: *Reporter ohne Grenzen* verringert die Einsamkeit auf der Erde. Sie geben jenen Journalisten Kraft, die offen und frei werden wollen.“



Tadschikistan

Rangliste der Pressefreiheit – Platz 149 von 180

Der seit 1994 in Tadschikistan regierende Präsident Emomali Rachmon hat die politische Opposition im Land eliminiert und übt starken Druck auf die wenigen verbleibenden unabhängigen Medien aus. Der Kampf gegen den Terrorismus dient ihm dabei als Mittel und Rechtfertigung zugleich. 2016 wurden einige unabhängige Medienunternehmen geschlossen und ein Gesetz erlassen, das die staatliche Kontrolle über Fernsehen und Radio verstärkt hat. Unabhängige Journalisten werden regelmäßig an ihrer Arbeit gehindert – etwa, indem ihnen der Zugang zu Pressekonferenzen verweigert wird oder sie vom Geheimdienst zum Verhör gerufen werden. Wer in Tadschikistan zu heiklen Themen recherchiert, muss mit Einschüchterungen, Schikane und Gewalt rechnen – teils von beauftragten Schlägern, teils von Polizisten. Die Überwachung von Kommunikation und das Sperren von wichtigen Nachrichtenwebseiten oder Sozialen Medien ist inzwischen Routine im Land geworden.



Emmanuel Guillen Lozano

Emmanuel Guillen Lozano arbeitet als freischaffender Fotograf in New York. In seiner Arbeit konzentriert er sich auf soziale Themen, Menschenrechte und die Folgen von Gewalt. Unter anderem arbeitet er für die *New York Times*, das Reportageportal *Vice* und die Nachrichtenagentur AP. In verschiedenen Fotoserien widmete sich Lozano intensiv dem Fall der 43 mexikanischen Studenten aus Ayotzinapa, die 2014 entführt und später ermordet wurden.

„Als Fotograf zu arbeiten bedeutet in Mexiko ein größeres Risiko, als die meisten Menschen meinen würden. In anderen Konfliktregionen auf der Welt wissen Journalisten, in welchen Zonen es sicher ist und in welchen nicht. In meinem Heimatland sind diese Zonen nicht mehr klar erkennbar. Bevor 2006 unser damaliger Präsident Felipe Calderón den Drogenkrieg erklärte, hatte sich die Gewalt auf einige Gebiete im Land konzentriert. Doch seit 2007 haben die Brutalität der Kartelle und ihre Verstrickungen mit lokalen Regierungen jede Ecke des Landes erreicht. Dabei geraten diejenigen, die über den laufenden Konflikt berichten wollen, ins Fadenkreuz derer, die genau diese Berichterstattung verhindern wollen. Zum Teil können Journalisten von sicheren Orten aus arbeiten, das funktioniert aber nur begrenzt. Als Fotograf oder Kameramann beispielsweise musst du auf dem Feld sein, um Materialien an Ort und Stelle zu bekommen – dort, wo das Töten und Verschwinden von Menschen Alltag ist. Es gibt keine Möglichkeit, zu beweisen, ob es nur die Kartelle sind, die Journa-



listen töten, ob es die Regierung ist, oder ob beide gemeinsam handeln. In einer neuen Untersuchung entdeckte die *New York Times* allerdings, dass die aktuelle mexikanische Regierung unter Enrique Peña Nieto hunderte Journalisten, Menschenrechtsanwälte und Aktivisten überwachen ließ.

Für die Journalistengemeinschaft in Mexiko war die Belastungsgrenze spätestens mit dem Mord am Fotografen Rubén Espinosa erreicht – nicht wegen dem, was er tat oder wer er war, sondern wegen der Art, wo und wie er getötet wurde. Espinosa war nach Todesdrohungen nach Mexiko-Stadt geflohen, traditionell ein sicherer Ort für gefährdete Journalisten in Mexiko. Er wurde in einer Wohnung regelrecht hingerichtet, zusammen mit vier Frauen, die zuvor vergewaltigt wurden. Alle Leichen wiesen Zeichen der Folter auf und waren offensichtlich mit Kopfschüssen getötet worden. Das ist die Gefahr, vor der Journalisten in Mexiko stehen – nicht nur davor, bedroht und getötet zu werden, sondern davor, gejagt zu werden.“



Fotos gegen das Vergessen: Ein Jahr nachdem 43 Studenten aus dem mexikanischen Dorf Ayotzinapa verschleppt wurden, erinnern Freunde und Verwandte auf einer Kundgebung in Mexiko-Stadt an die Vermissten. © Emmanuel Guillen Lozano



Mexiko

Rangliste der Pressefreiheit – Platz 147 von 180

Als Heimat der Drogenkartelle bleibt Mexiko weiterhin eines der tödlichsten Länder für Journalistinnen und Journalisten in der westlichen Hemisphäre. Wenn Journalisten über organisiertes Verbrechen oder politische Korruption berichten, werden sie in Mexiko

zur Zielscheibe. Seit 2000 wurden in Mexiko mehr als achtzig Medienschaffende ermordet. Viele weitere wurden entführt oder sind verschwunden. Viele der Verbrechen bleiben straflos, nicht zuletzt aufgrund der allgegenwärtigen Korruption im Land und der häufigen Verstrickung der Politik in das organisierte Verbrechen. Viele mexikanische Medienvertreter meiden deshalb heikle Themen, Selbstzensur ist ein alltägliches Phänomen. Fernsehen und Radio ist stark monopolisiert; allein alle Fernsehsender sind auf lediglich zwei große Medienunternehmen aufgeteilt. Zudem ist die Bezahlung von Journalisten in Mexiko meist sehr schlecht, was sie auch selbst anfälliger für Korruption macht.

© Alle Fotos stammen aus den privaten Archiven der Autorinnen und Autoren, bis auf:

Ahmet Şık: © Wikipedia | Seymour Hazi: © Azadlig (Liberty) Newspaper | Dodojon Atovulloev: © Reporter Ohne Grenzen

„Wir können immer nur einen Zipfel der Wahrheit greifen“



© DEKT/Kay Michalak

Hans Leyendecker ist einer der profiliertesten Investigativjournalisten Deutschlands. Er deckte zahlreiche Skandale in Politik und Wirtschaft auf, darunter die Flick-Affäre 1982, die CDU-Spendenaffäre 1999, und den Korruptionsskandal bei Siemens 2006. Auch war Leyendecker maßgeblich an der Veröffentlichung der sogenannten *Panama Papers* beteiligt, die globale Steuerhinterziehung in ungekanntem Aufmaß aufdeckte. Seit über 20 Jahren schreibt Leyendecker für die *Süddeutsche Zeitung*. Dabei setzt er sich immer wieder mit Fragen der journalistischen Ethik auseinander und gibt Impulse für das professionelle Selbstverständnis von Journalisten. Im Gespräch berichtet Hans Leyendecker von seiner Berufung Journalist zu sein, von den Schwierigkeiten und Chancen des Journalismus im postfaktischen Zeitalter – und seiner neuen Aufgabe als Präsident des 37. Deutschen Evangelischen Kirchentages 2019 in Dortmund.

Interview mit Hans Leyendecker

EKD: Herr Leyendecker, was bedeutet es für Sie, Journalist zu sein?

Hans Leyendecker: Journalismus ist zunächst ein Beruf wie jeder andere. Als Alt-68er bin ich allerdings in einer Zeit sozialisiert worden, in der die Diskussion über die Geschehnisse im Dritten Reich gerade anlief. Das war für mich der wichtigste Beweggrund, Journalist zu werden. Ein weiteres Motiv war, was wir gemeinhin unter Aufklärung verstehen: der Wunsch, die Dinge klar, hell, verständlich zu machen. Und damit verbunden die Fragen: Wer ist schwach? Wer ist stumm? Was meint Gerechtigkeit? Das war meine Motivation als junger Mensch und ist es bis heute. In Bezug auf gemeinwohlschädliches Verhalten ist dieser Wunsch, Licht ins Dunkel zu bringen, über die Jahre sogar stärker geworden.

EKD: Ist der Journalismus von heute vergleichbar mit Ihren ersten Berufsjahren oder hat sich das journalistische Arbeiten stark verändert?

Leyendecker: Früher war Berichterstattung viel ideologischer aufgeladen und politischen Lagern zuzuordnen. Das hat sich geändert. Und es wird heute viel mehr kooperiert. Mehrere Zeitungen, verschiedene Redaktionen tun sich zusammen und arbeiten gemeinsam an einer Geschichte, oft auch über Grenzen und Kontinente hinweg. Waffenhandel, Steuerbetrug, Massenüberwachung – das sind Skandale im globalen Maßstab. Die Täter agieren weltweit, die Opfer leben in den unterschiedlichsten Ländern. Ohne journalistisches Teamwork lassen sich solche großen Geschichten nicht erzählen.

Der Journalismus stöhnt und jammert zwar, doch es gab meines Erachtens keine Zeit, in der so

produktiv zusammengearbeitet wurde und so viele gute Journalisten unterwegs waren. Die jungen Kolleginnen und Kollegen sind viel besser, als wir es zu meiner Generation gewesen sind. Sie haben im Ausland gelebt, sprechen mitunter vier, fünf Sprachen und besitzen eine entsprechend internationale Perspektive. Gleichzeitig ist der Druck auch größer geworden, vor allem der ökonomische Druck...

EKD: Dem Journalismus geht also nicht nur gut?

Leyendecker: Nein, absolut nicht! Es gibt unzählige Journalistinnen und Journalisten, die schlichtweg keine Möglichkeit haben, an dem zu arbeiten, was sie eigentlich machen möchten. Gerade in den Regional- und Lokalredaktionen wird brutal eingespart und das angestellte Personal entlassen. Dennoch möchte ich keine einseitig negative Bilanz ziehen, da ich eine große Gleichzeitigkeit feststelle: Journalismus war noch nie so schlecht – und er war noch nie so gut wie heute. Im Fernsehen beobachten wir einen enorm verrohten Journalismus; gleichzeitig gibt es so viele gute Beiträge wie nie zuvor. Die Zeitungen recherchieren weniger und gleichzeitig mehr als früher. Während normale Zeitungen meist keine Möglichkeiten mehr zu gründlichen Nachforschungen haben, gibt es wiederum Fälle wie die *Panama Papers*, bei denen Journalisten mehr als ein Jahr lang nur an dieser einen Geschichte arbeiteten. Nicht nur die Ansprüche der Leserschaft sind gestiegen, sondern auch der eigene Anspruch der Kolleginnen und Kollegen an das, was sie herausfinden wollen.

EKD: Wie beginnt eigentlich eine Investigativrecherche? Spüren Sie die Themen auf oder finden die Themen zu Ihnen?

Leyendecker: Das ist ganz unterschiedlich, doch der erste Hinweis kommt meist von Informanten. Anschließend spreche ich Menschen an, die mit der Thematik bestens vertraut sind und überzeuge sie, mir Informationen oder Beweismaterial zu geben. Und da beginnt die Recherche. Am Anfang einer Recherche weiß ich nie, was letztlich herauskommt. Immer versuche ich, Schritt für Schritt herauszufinden, was vor sich gegangen ist – und schreibe die Geschichte entlang dieser

Suche. Da gibt es aber unterschiedliche Methoden. Was jedoch wohl für alle investigativen Journalisten gilt: In dieser Profession kommt nur zurecht, wer draußen in der Welt unterwegs ist. Es braucht gute Kontakte, offene Ohren und viele Menschen, die Dir helfen.

EKD: Die Währung eines Journalisten ist also das Vertrauen, das er geschenkt bekommt?

Leyendecker: Ja, und damit muss enorm sorgsam umgegangen werden. Das Schlimmste, was Journalisten passieren kann, ist die Aufdeckung ihrer Quellen. Der Umgang mit denen, die sich uns anvertrauen, ist essentiell – auch wenn Informanten uns mitunter reinlegen. Das bedeutet aber nicht, dass der Informant ein Schurke ist, sondern, dass ich mich habe reinlegen lassen – und ihn dennoch schütze. Aus Prinzip! Entsprechend kritisch schaue ich auf alle staatlichen Versuche der Datensammlung – insbesondere, wenn sie journalistisches Arbeiten betreffen könnten.

EKD: Wie bewerten Sie die aktuellen Entwicklungen für den Journalismus in anderen Ländern?

Leyendecker: Schauen wir uns in unserer Nachbarschaft um: In Polen sind die jüngsten Verschärfungen der nationalkonservativen Regierung für Journalisten verheerend; in Ungarn ist die Pressefreiheit seit Jahren durch neue Gesetze, Aufkäufe und andere staatliche Maßnahmen in Gefahr. Und wie im Zeitraffer entwickelt sich die Türkei zur Diktatur. Das ist unerträglich zu sehen, auch wenn es um die Pressefreiheit weltweit noch nie besonders gut bestellt war. Sogar in Amerika steigt in den letzten Monaten der Druck auf die Medien. Und es ist hoffentlich nicht nur mein Optimismus, wenn ich zugleich bemerke, dass – gerade dort, in Amerika – das Interesse an Hintergrundberichten und Aufklärung wächst. Die Notwendigkeit unabhängiger, guter Berichterstattung wird momentan vielen Amerikanern deutlich. Und die US-Zeitungen kommen kaum hinterher, neue Leute einzustellen – zum Beispiel um eine ordentliche Trump-Berichterstattung zu gewährleisten. Dabei spielt die größere Öffentlichkeit, die durch das Internet entstanden ist, durchaus eine Rolle. Früher konnte



© Aseem Trivedi

man mit Glück einmal die Woche die Sonntagsausgabe der *New York Times* lesen. Dank des Internet können wir sie heute täglich lesen, beim Frühstück, noch vor den Menschen in New York!

EKD: Wenn der Zugang zu Informationen und Nachrichten so einfach geworden ist: Wie erklären Sie dann die Anziehung des „Postfaktischen“? Das Phänomen, dass viele Menschen keiner Tatsache oder Zeitung mehr Glauben schenken.

Leyendecker: Wenn wir uns damit beschäftigen, was wahr und richtig ist, bin ich der Meinung, dass wir immer nur einen Zipfel der Wahrheit greifen können. Auch bei den großen Affären, an denen ich gearbeitet habe, glaubte ich keine Sekunde, dass es uns jemals gelungen ist, wirklich alle Abläufe und Zusammenhänge zu erfassen. Das aktuelle Misstrauen gegenüber den Medien erklärt sich zum einen aus der oberflächlichen Boshaftigkeit von Leuten, die uns pauschal als Lügenpresse beschimpfen. Zum anderen liegt es auch daran, dass wir nicht anständig mit unseren Fehlern umgehen: Anstatt einzugestehen, wenn wir etwas falsch gemacht haben, versuchen wir allzu häufig, Fehler zu vernebeln. Ich denke an die Berichterstattung zur Affäre um Christian Wulff Ende 2011 und zum

Germanwings-Absturz 2015. Beide Male stellte sich schließlich heraus, dass fast kein Satz gestimmt hat, der dazu geschrieben worden war. Mangelnde Fehlerkultur ist für den Journalismus ein echtes Problem. Ich wünschte mir mehr Zurückhaltung und ein ergebnisoffeneres Arbeiten – es könnte so gewesen sein, es könnte auch anders gewesen.

Das ist jedoch klar zu unterscheiden von denjenigen Menschen und Medien, die sich ihre Wahrheit selbst zusammensammeln. Gerade im Internet gibt es nicht wenige solcher vermeintlichen Nachrichtenportale, die mit ihren Verschwörungstheorien andere Verrückte bestätigen.

EKD: Mit welchem Journalismus lassen sich diese Menschen erreichen, die Verschwörungstheorien anhängen?

Leyendecker: Man kann immer genauer erklären, wie und warum man zu einem Ergebnis gekommen ist. Allerdings gibt es Leute, die an solchen Erklärungen nicht interessiert sind, sondern an ihrer Wahrheit festhalten. Und davon gibt es eine ganze Menge. Wenn sich so jemand entschieden hat, nur noch die eigene Wahrheit für die richtige zu halten – dann ist nichts mehr zu machen. Wenn Menschen sich nicht für Diskussionen

öffnen wollen, lassen sich keine Diskussionen mehr führen. Solche Menschen wollen morgens die Zeitung aufschlagen und nur ihre Meinung bestätigt sehen. Aber genau das ist verheerend.

EKD: Sehen Sie es denn als Teil der Arbeit von Journalistinnen und Journalisten, Debatten mit der Leserschaft zu führen?

Leyendecker: Unbedingt. Ich verbringe einen Teil meines Tages damit, Zuschriften zu beantworten. Denn man verliert Menschen durch nichts so sehr, als wenn man jemandem, der sich an Dich wendet, keine Antwort gibt. Natürlich sind immer auch Absender dabei, die nicht mehr erreicht werden können. Aber die, die man noch erreichen kann, um die muss man werben. Niemand darf verloren gehen – und das ist für mich als Journalist nicht nur eine ökonomische Frage.

EKD: Sie haben sich nicht nur theoretisch mit der Frage auseinandergesetzt, was guter Journalismus ist, sondern zum Beispiel selbstkritisch eigene Fehler eingestanden. Hat diese Haltung etwas mit Ihrem Glauben zu tun?

Leyendecker: Meine Arbeit hat sicherlich mit dem zu tun, was ich glaube, was ich hoffe, was ich liebe. Gewissermaßen war das bei Martin Luther ähnlich: Als größter Publizist seiner Zeit hat er das, woran er geglaubt hat, durch gedrucktes Wort in die Welt getragen. Ich denke, dass Glaube dabei hilft, kritisch auf sich selbst zu sehen. Und gleichzeitig immer neu die Zusicherung gibt, dass man gehalten wird. Darin ist Glaube wie ein Geländer, damit man nicht alle Fehler macht, die man machen könnte. Und man macht natürlich trotzdem noch viele Fehler. Im Journalismus verachte ich zutiefst das, was ich „Jägermentalität“ nenne: Menschen medial zur Strecke zu bringen, sie zu erledigen und sich über sie zu erheben. Es gibt leider ein Publikum für solche Berichte und es gibt Kolleginnen und Kollegen, die so arbeiten. Als Christenmensch kann ich das nicht.

EKD: Vom 19. bis 23. Juni 2019 wird der 37. Deutsche Evangelische Kirchentag in Dortmund stattfinden. Was wünschen Sie sich als neuer Präsident für den kommenden Kirchentag?

Leyendecker: Zum einen wünsche ich mir, dass der Charakter der Laienbewegung wieder deutlicher wird. Außerdem, dass wir uns direkter mit den gesellschaftlich drängenden, auch wirklich schwierigen Themen auseinandersetzen. Dafür ist Dortmund ein idealer Ort. Denn sowohl die Region, wie auch die Stadt, haben in der Vergangenheit viel durchgemacht und sind mit vielen Problemen auch fertig geworden. Der Kirchentag bietet die Chance, hinzuhören und gemeinsam darüber zu sprechen. Kurz: Alles, was gesellschaftlich relevant ist, möchte ich in großer Schärfe und mit einem aktuellen Blick anbieten. Der Kirchentag ist unglaublich gut und professionell, doch gerade darin kann auch ein gewisses Risiko liegen. Man bleibt leicht in den eingespielten Abläufen und entwickelt Routinen. Auch wenn das Kirchentagspublikum natürlich Vertrautheit und das Gemeinschaftserlebnis haben will: Der Kirchentag muss also ein Stück erwartbar sein und dennoch Neues bringen. Kirchentag muss politisch sein.

EKD: Braucht es gegen die Erwartbarkeit auch mehr Kontroverse, beispielsweise wenn es um das Gespräch mit der AfD geht?

Leyendecker: In Bezug auf die AfD habe ich eine klare Meinung: Mit Rassisten rede ich persönlich nicht. Ich diskutiere nicht mit Politikern, die fordern, dass Menschen entsorgt gehören oder an Grenzen erschossen werden müssen. Andere mögen diesbezüglich eine höhere Toleranzgrenze haben. Und Dialogfähigkeit ist ein großer Wert. Aber eben nicht Dialog mit jedem. Es ergibt keinen Sinn, denjenigen ein Forum zu geben, die eine menschenverachtende Politik vertreten und die Not der Schwachen nicht sehen wollen. Ich habe da keine Gesprächsbereitschaft – auch nicht beim Kirchentag. Christen müssen die schreiende Ungerechtigkeit in der Welt anprangern. Aus Empörung kann dann Ermutigung wachsen.

EKD: Wir danken Ihnen für die Bereitschaft zum Gespräch mit uns!

Das Gespräch führten
Ansgar Gilster und Maxie Syren.

Von der Freiheit, zu schreiben, was man will



© Benny Golm

Von Noorullah Rahmani – Amal, Berlin!

Noorullah Rahmani arbeitete von 2005 bis 2011 in Afghanistan für die Privatsender *Tolo-News* und *Lemar-TV*. Vor fünf Jahren kam er mit seiner Frau und vier Kindern nach Deutschland. Bei *Amal, Berlin!* ist er Koordinator der persischen Seite.

Das Recht, sich frei auszudrücken und zu informieren, gehört zu den Grundprinzipien einer demokratischen Gesellschaft. Wer diese Freiheit bedroht oder zerstört, greift damit auch andere Werte der Gesellschaft an. Die Auswirkungen solcher Einschränkungen der Meinungs- und Pressefreiheit erleben Medienschaffende in autoritär geführten Ländern tagtäglich. Was bedeuten Meinungs- und Pressefreiheit in einem Land, in dem sie praktisch außer Kraft gesetzt wurden? Was verstehen Journalistinnen und Journalisten aus dem Iran, aus Syrien oder Afghanistan unter dem Grundrecht und wie schätzen sie die Lage in ihren Heimatländern ein? Und inwiefern unterscheidet sich ihre Perspektive von unserer in Deutschland? Noorullah Rahmani, Mitglied des Exiljournalistenprojekts *Amal, Berlin!*, hat Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Ländern zur ihrem Verständnis von Meinungs- und Pressefreiheit und den Erfahrungen aus ihren Heimatländern befragt.

Omid Rezaee lebt seit etwa zweieinhalb Jahren in Hamburg und schreibt für deutsche und iranische Medien. Meinungs- und Pressefreiheit bedeuten für ihn, dass er im Schreiben seine Meinung frei zum Ausdruck bringen kann, ohne Verfolgung fürchten zu müssen. „Das ist für mich ebenso wichtig, wie gehört zu werden.“ Im Iran hat Omid Rezaee wegen seiner Artikel im Gefängnis gesessen. Weil dort Meinungs- und Pressefreiheit stark eingeschränkt sind und seine Meinung nicht dem entsprach, was die Regierung vorgab, hat er 2012 seine Heimat verlassen müssen. „Die Situation im Iran kann man mit der Lage in Deutschland nicht vergleichen“, sagt er. „In Deutschland wird die Pressefreiheit im Großen und Ganzen respektiert und niemand wird wegen seiner Meinung verfolgt.“ Hier könne man die Regierung, die Religion und die Gesellschaft kritisieren, ohne Angst haben zu müssen. Im Iran dagegen müsse man bei

solchen Äußerungen mit harten Konsequenzen rechnen. Doch Omid Rezaee hat auch schon Grenzen der deutschen Medienlandschaft kennengelernt. Er kritisiert, dass weder die radikale Linke noch die untere Schicht der Gesellschaft in den Medien ausreichend repräsentiert seien – in seinen Augen eine Einschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit.



© Benny Golm

Omid Rezaee ist ein Journalist aus dem Iran. Nachdem er 2012 wegen politischer Verfolgung das Land verlassen musste, lebte er zwei Jahre im Nordirak und kam schließlich 2014 nach Deutschland. Als freier Journalist arbeitet er seither für verschiedene deutsche und iranische Medien, darunter der *Tagesspiegel* und *Radio Zamaneh*, ein persischsprachiges Medienunternehmen aus Amsterdam.

Der syrische Journalist Khalid Alaboud flüchtete vor drei Jahren nach Deutschland. „Erst hier habe ich das Konzept von Meinungs- und Pressefreiheit kennengelernt“, sagt er. „Ich war zwar Journalist in Syrien, aber ich konnte nie das schreiben, was ich wollte. Wenn ein Journalist etwas schreibt, was dem Regime von Bashar al-Assad nicht passt, wird er im besten Fall zu einer Haftstrafe verurteilt.“ Dabei gibt es gleich zwei Arten von Gefährdungen: Druck seitens der Regierung und Bedrohungen durch andersdenkende Gruppen in der Gesellschaft. Jede Form von Kritik an der Regierung könne das Ende der Karriere als Journalist

bedeuten, sagt Khalid Alaboud. Aber Journalistinnen und Journalisten in Syrien kennen noch eine weitere, besondere Form von Zensur. Ein Beispiel: Wie in allen muslimischen Ländern ist in Syrien der Freitag traditionsgemäß ein Feiertag. Wenn jemand etwas schreibt, das sich gegen solche allgemeinen Traditionen der Gesellschaft oder der Religion richtet, muss mit heftigen Reaktionen gerechnet werden – nicht nur seitens der Regierung, sondern auch aus der Bevölkerung. Auch Khalid Alaboud findet: Mit Blick auf die Meinungs- und Pressefreiheit könne man sein Heimatland und Deutschland nicht vergleichen. Das sei so, als würde man schwarz und weiß vergleichen wollen – niemand mit gesundem Menschenverstand würde das versuchen. Das Regime, das in Syrien an der Macht ist, verlange von den Menschen, dass sie sich uneingeschränkt unterwerfen. Ein Zustand der staatlichen Kontrolle und Machtausübung, den wir uns in Deutschland wohl nur schwer vorstellen können.



© Benny Golm

Khalid Alaboud, Journalist aus Syrien, lebt und arbeitet seit 2014 in Deutschland. In seiner Heimatstadt Deraa arbeitete er als Lehrer und war Redakteur einer Jugendzeitschrift. Nach seiner Flucht arbeitete er zunächst in Jordanien für die Radiosender *Rozana* und *al-Balad*. Seit 2014 ist er in Berlin. Bei *Amal, Berlin!* schreibt Khalid Alaboud Reportagen und Beobachtungen über das Zusammenleben von Alt- und Neuberlinern.

Wer die Meinungsfreiheit verletzt, verletzt die Menschenrechte in ihrer Gesamtheit, davon ist Abdul Majib Khalotgar überzeugt. Der afghanische Journalist und Präsident der Nichtregierungsorganisation *Nai Supporting Open Media in Afghanistan* lebt und arbeitet in Afghanistan. Im Vergleich zu den Nachbarländern ist es in Afghanistan um die Meinungs- und Pressefreiheit besser bestellt. „Nach der Niederlage der Taliban wurde die Freiheit der Meinung und der Rede einigermaßen fest in der Gesellschaft verankert.“ Dafür haben die Medien in Afghanistan allerdings einen hohen Preis gezahlt: In den vergangenen 16 Jahren gab es rund tausend Übergriffe auf Massenmedien durch die Taliban, die 70 Tote und 400 Verletzte forderten. Immer wieder erhielten Medienvertreter Todesdrohungen, wurden beschimpft oder misshandelt. Abdul Majib Khalotgar beschreibt, wie sehr die Meinungs- und Pressefreiheit in Afghanistan auch weiterhin bedroht ist: „In den vergangenen vier Jahren mussten mehr als 200 Medien auf Grund von finanziellen Problemen schließen, hunderte von Arbeitsplätzen gingen verloren.“



© Abdul Majib Khalotgar

Abdul Majib Khalotgar ist ein afghanischer Journalist und Präsident der Nichtregierungsorganisation *Nai Supporting Open Media in Afghanistan (Nai)*. Er lebt und arbeitet in seiner Heimat Afghanistan. *Nai* fördert seit 2005 durch Workshops, Projekte und Lobbyarbeit unabhängige Medien und Meinungsfreiheit in Afghanistan.

Hinzu kommt, dass Journalistinnen und Journalisten in Afghanistan der Zugang zu Informationen oft schwer gemacht wird. Zwar gibt es Gesetze, die das Recherchieren ermöglichen sollen, diese werden aber oft nicht hinreichend umgesetzt. Die Schuld dafür schieben sich Taliban, Dschihadisten, die afghanische Regierung, Kommunen, Provinzen und Drogenkartelle gegenseitig zu. Schließlich setzt die Zensur afghanischen Medienschaffenden zusätzliche Schranken. „Es gibt zwei Arten von Zensur“, erklärt Khalotgar. „Einerseits zensiert die Regierung die Medien, andererseits zensieren die Journalisten sich selbst. Selbstzensur findet vor allem dort statt, wo die Regierung schwach ist und die Journalisten gezwungen sind, sich selbst zu schützen, um ihr Leben und das ihrer Familien nicht zu gefährden.“

Wie ist es hier in Deutschland um die Meinungs- und Pressefreiheit bestellt? „In Deutschland gibt es zwar umfassende Gesetze, die Meinungs- und Pressefreiheit schützen“, sagt die deutsche Journalistin und Autorin Charlotte Wiedemann. „Aber viele Journalisten schöpfen die Möglichkeiten nicht aus. Sie folgen in ihren Darstellungen oft politischen Vorgaben, die sie nicht hinterfragen.“ Deswegen sähe man auf den Titelseiten vieler, auch renommierter Zeitungen und Zeitschriften, oft ganz ähnliche Schlagzeilen.

Charlotte Wiedemann zitiert Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, der in seiner Zeit als Außenminister die „erstaunliche Homogenität deutscher Redaktionen“ bei der Gewichtung und Einordnung von Themen bemängelte. „Der Konformitätsdruck in den Köpfen der Journalisten scheint mir ziemlich hoch“, so Steinmeier damals. Es müsse den Journalistinnen und Journalisten doch peinlich sein, wenn ein Politiker so über sie spricht, findet Charlotte Wiedemann. Auch sie ist überzeugt: Das Meinungsspektrum ist innerhalb der deutschen Bevölkerung größer als bei den Medienmachern des Landes.

Gerade bei politischen Themen sei dieser Konformitätsdruck spürbar: „Iran wurde beispielsweise von den Medien lange Zeit verteufelt, weil das Land geopolitisch als Feind des Westens galt“,

sagt Charlotte Wiedemann. „Aber der Ton ist freundlicher geworden, seit deutsche Unternehmen wieder im Iran investieren.“ Und auch in Mali, wo das deutsche Militär zurzeit an einer Friedensmission der Vereinten Nationen beteiligt ist, liest man immer wieder, dass der Einsatz dort notwendig sei, obwohl auch bekannt ist, dass es sich um den derzeit gefährlichsten Einsatz der Bundeswehr handelt und die Eignung der Friedenstruppen im Anti-Terror-Kampf wiederholt in Frage gestellt wurde.

Charlotte Wiedemann hat als Journalistin viele Jahre außerhalb Deutschlands gearbeitet. Recherchereisen führten sie mehrfach nach Mali, in zahlreiche nordafrikanische und subsaharische Länder sowie nach Pakistan, in den Iran, Libanon und den Jemen, nach Saudi-Arabien, Syrien und



© Anette Daugardt

Charlotte Wiedemann ist deutsche Journalistin. Als freie Autorin von Auslandsreportagen und Büchern arbeitete sie unter anderem für *DIE ZEIT*, *GEO*, und *Le Monde Diplomatique*. Sie schreibt regelmäßig für *qantara.de*, das Portal für den Dialog mit der Islamischen Welt der Deutschen Welle.

in die Türkei. Meinungs- und Pressefreiheit haben für sie eine besondere Bedeutung: „Ich versuche, den begrenzten Blickwinkel, durch den ich die Welt betrachte, zu erweitern“, sagt sie. Aber um das Recht auf Pressefreiheit auch in der Auslandsberichterstattung effektiv umzusetzen, braucht

es ausreichende Kenntnisse, eine gute Ausbildung und vor allem genug Zeit: „Wenn Journalisten in großer Eile arbeiten müssen und für alle Themen der Welt zuständig sein sollen, dann ist es ihnen unmöglich, die Pressefreiheit auszuschöpfen“, so Wiedemann.

Mangelnde Meinungs- und Pressefreiheit sind gerade in traditionell geprägten und autoritär geführten Ländern ein großes Problem, wo jede Kritik an der herrschenden Elite als Verbrechen gilt. Viele Länder im Mittleren Osten und in Asien sind von solchen Diktaturen geprägt. In Afghanistan hat sich die Lage in den vergangenen Jahren zwar verbessert – heute kann man die Regierung kritisieren, ohne eine Strafe befürchten zu müssen – aber die Demokratie und damit auch die Meinungs- und Pressefreiheit in Afghanistan sind noch sehr jung, die Situation ist daher nicht mit der in Deutschland zu vergleichen. In Deutschland gibt es beispielsweise starke Journalistenverbände, die ihre Mitglieder unterstützen, wenn sie in Schwierigkeiten geraten. In Afghanistan existieren entsprechende Gesetze bisher nur auf dem Papier. Die Taliban, korrupte Politiker, die Drogenmafia und die Dschihadisten sind Feinde der Meinungs- und Pressefreiheit. Bis es in Afghanistan eine echte Demokratie gibt, ist es noch weit – aber das Land ist auf dem Weg dahin schon einige Schritte weiter als seine Nachbarn. Das stimmt optimistisch für die Zukunft des Landes.



Das Redaktionsteam von *Amal, Berlin!* © Benny Golm

Lokaljournalismus auf Arabisch und Farsi: *Amal, Berlin!*

Amal, Berlin!, das sind zehn geflüchtete Journalistinnen und Journalisten aus Syrien, Afghanistan, Iran und Ägypten. Seit März 2017 informieren sie täglich auf einer Art Tageszeitung für das Handy auf Arabisch und Farsi darüber, was in der Spree-metropole und in Deutschland passiert. *Amal, Berlin!* berichtet über Themen aus Politik, Kultur und Gesellschaft. Dabei geht es den Teammitgliedern um den besonderen Blick, den Geflüchtete auf unsere Gesellschaft haben. Es erscheinen Berichte zu alltäglichen Themen, zur politischen und gesellschaftlichen Situation in Deutschland insgesamt. Dies ist dem Team ein besonderes Anliegen. Es sollen auf Dauer nicht nur „Betroffenheitsgeschichten“ geschrieben werden. Wie alle Journalistinnen und Journalisten wollen die Mitglieder von *Amal, Berlin!* über das Geschehen um sie herum berichten.

Das Projekt begann im September 2016 mit einer zweimonatigen Workshop- und Fortbildungsphase. Mit großen ehrenamtlichen Einsatz hat das Team seit Dezember 2016 die Online-Plattform

aufgebaut und die Redaktion geformt. „Amal“ ist arabisch und heißt „Hoffnung“ und tatsächlich ist der Name auch Programm: Die Nachrichtenplattform soll den vielen Neuankömmlingen in Deutschland beim Einleben in der Stadt helfen, ihnen Hoffnung geben auf ein sicheres und besseres Leben. Gleichzeitig soll den jungen Journalistinnen und Journalisten durch das Projekt geholfen werden, sich für den deutschen Arbeitsmarkt zu qualifizieren. *Amal, Berlin!* ist ein sprachliches Experiment: Neben der arabischen Redaktion gibt es auch eine Redaktion, in der Journalisten aus Afghanistan und Iran zusammenarbeiten.

Amal, Berlin! ist ein Projekt der Evangelischen Journalistenschule (EJS), einer Abteilung des Gemeinschaftswerks der Evangelischen Publizistik (GEP), dem zentralen Mediendienstleistungsunternehmen der EKD. Es profitiert von der Unterstützung und Erfahrung der angesehenen Schule, wird begleitet von professionellen deutschen Journalistinnen und Journalisten und finanziert aus Mitteln der EKD.

<http://amalberlin.de/?lang=de>

„Die Wahrheit ist dem Menschen zumutbar“ (I. Bachmann)

**Von Hille Haker –
Loyola University in Chicago**

Hille Haker ist eine deutsche Theologin und Ethikerin. Seit 2010 lehrt sie theologische Ethik an der Loyola University in Chicago. Davor war sie von 2005 bis 2012 Professorin für Moraltheologie und Sozialethik am Fachbereich Katholische Theologie der Goethe-Universität zu Frankfurt am Main.

„Fake news“ ist ein neuer-alter Kampfbegriff der sogenannten Populisten in den USA und anderswo, die in Wahrheit Propagandisten sind. Die Medien produzierten doch nur „fake news“, spottet Präsident Trump regelmäßig. Eine Trump-Beraterin nannte die Wahrheiten des Präsidenten entsprechend (nicht „Fakten“, sondern) „alternative Fakten“.

Eigentlich wären diese Vorwürfe gegen die Presse lachhaft, wissen doch die meisten, wie es um den Respekt vor der Wahrheit bei denjenigen bestellt ist, die da mit gespielter moralischer Entrüstung auftreten. Aber die Angriffe auf die Presse haben handfeste Konsequenzen, in den USA und in anderen Ländern: Journalisten werden gedemütigt, juristisch verfolgt, kaltgestellt oder in Haft gehalten, und je autoritärer die Regime sind, umso größer ist die Verletzung der Pressefreiheit. Heute geht es aber längst nicht mehr nur um die Verteidigung der Pressefreiheit, sondern auch um die Verteidigung der Wahrheit. Der Angriff auf sie erweist sich immer wieder als perfide, so sehr er auch aus der Mottenkiste der Propagandageschichte stammen mag.

Dass Medien tatsächlich keineswegs nur „Fakten“ abbilden, ist eine Binsenwahrheit. In ihren Berichten müssen Journalisten relevante Aspekte

auswählen und Einzelheiten zusammenfügen – Abwägungen sind Teil der Berichterstattung. Unterschiedliche Berichte machen die einzelnen Nachrichten noch nicht zu Lügen oder Falschmeldungen, im Gegenteil: sie zeigen nur, dass es verschiedene Perspektiven gibt. Aber wir wissen auch, dass die Medien von Interessen geleitet werden, die zum Teil explizit politisch motiviert sind. In den USA dominieren zum Beispiel die Privatsender die Fernsehnachrichten, und schon lange sind hier die Grenzen zwischen Berichterstattung und Kommentaren verwischt. Ihre politische Macht ist immens: ohne die massive Medienaufmerksamkeit im Wahlkampf, die Donald Trump geschickt durch wiederholte skandalisierende Aussagen anzufeuern verstand, wäre er heute sicher nicht der Präsident der Vereinigten Staaten. Der Vorwurf der „fake news“ trifft genau deshalb einen Nerv, weil die US-Medien dem Kandidaten Trump einen so großen Raum gewährten, dass er sich als Herr über die Berichte zu seiner Person wähen konnte. Nun tut Präsident Trump so, als sei er Richter und Wächter über die Wahrheit der „news“, und die Presse kämpft darum, ihre moralische Hoheit wiederzugewinnen.

Aber es geht hier keineswegs um einen Präsidenten in einem Land. Der Angriff auf die Wahrheit der Berichterstattung trifft einen Nerv, weil wir im Zeitalter der digitalen Kommunikation leben. Mit der Entwicklung der digitalen Medien ist unsere Kommunikation noch einmal anfälliger für Manipulationen geworden als dies immer schon der Fall war. Wir wissen inzwischen, dass die sogenannten „sozialen Medien“, in denen Millionen von Menschen scheinbar unvermittelt Ereignisse als Chronisten dokumentieren, ein sehr unzuverlässiger Ort der Zeugenschaft sind. Wahrnehmung und Aufmerksamkeit sind die Währung aller Medien, und deshalb ist in den digitalen

Medien entscheidend, an welcher Stelle eine Information in den Datensuchmaschinen auftaucht. Welche Bilder und Geschichten im „alles“ abbildenden Netz jedoch Aufmerksamkeit erlangen, unterliegt den Algorithmen, die nach Quantität und nicht nach Qualität hierarchisieren. Algorithmen werten nicht und werten nicht aus – aber gerade deshalb sind sie weder objektiv noch zuverlässig. Hinzu kommt die Macht von lediglich zwei Unternehmen, die beinahe ein Monopol über die digitale Kommunikation haben: *Google* hielt an den Datensuchmaschinen 2017 weltweit Anteile zwischen fast 80 Prozent (Computer) und 96 Prozent (Mobilfunk); *Facebook* hielt 85 Prozent der Anteile an den sozialen Medien. Die Selbstkontrolle der Nachrichtenagenturen, Transparenzregeln, Faktenchecks, Medienaufsicht etc. sind für die digitalen Medien noch lange nicht gut genug entwickelt. Wir setzen zum Beispiel auf die Beweis- und Dokumentationsfähigkeit von Texten und Bildern, die Wirklichkeit und Fiktion, Dokumentation und Kunst, objektive Information und Propaganda voneinander trennen – aber wir wissen zugleich, dass die Grenzen fließend sind. Heute kann jede dokumentarische Aufnahme technisch manipuliert werden, ohne dass wir es merken. Hinzu kommt, dass in den sozialen Medien Mitteilungen und Berichte zum Teil gar nicht mehr von Personen gepostet werden. Wir sprechen von „fake identities“ und in der Tat auch von „fake news“, die zum Teil von sogenannten Bots generiert werden: diese sind so programmiert, dass sie Texte oder Dokumente automatisch zusammenstellen. Wir können den neuen Medien, die heute die globale Vernetzung ermöglichen, genau so wenig blind vertrauen wie den herkömmlichen Medien – aber auch hier gilt, dass wir ihnen zunächst vertrauen müssen, wenn wir überhaupt kommunizieren wollen.

Der politische Kabarettist Stephen Colbert ließ seine Figur „Stephen Colbert“ 2005 folgendes sagen:

„[J]eder, der mich kennt, weiß, dass ich kein Fan von Wörterbüchern oder Nachschlagewerken bin. Die sind elitär. Sagen uns ständig, was wahr und nicht wahr ist. Oder was passiert oder nicht passiert ist. Wer ist denn Britannica, dass sie meinen, mir sagen zu können, der Panama Kanal sei

1914 fertiggestellt worden? Wenn ich sagen will, das war 1941, ist das mein Recht. Ich traue Büchern nicht – die enthalten nur Fakten, kein Herz ... Seht es ein, Leute, wir sind eine Nation, die gespalten ist ... gespalten zwischen denen, die mit dem Kopf denken und denen, die mit dem Herzen wissen... weil von daher die Wahrheit stammt – vom Bauch.“

Wenn es keinen Unterschied zwischen Wahrheit und Lüge, zwischen „gedachter“ und „gefühlter“ Wahrheit gibt, dann können wir uns, so scheint es, nur noch in unsere unterschiedlichen Wahrheits-Echokammern zurückziehen – und dies wird uns gerade ständig suggeriert. Darauf zielen die Populisten ab, die den „fake news“ ihre eigenen „alternativen Fakten“ entgegenhalten, die wir ungefragt glauben sollen. Propaganda versteckt sich hinter einer Maske der Wahrheit und Wahrhaftigkeit, ohne sich einer kritischen Kontrolle unterwerfen zu wollen.

Wir erkennen nun aber die Wahrheit in Bildern und Aussagen nicht unmittelbar mit unseren Sinnen, sondern nur mittelbar, mit der Anstrengung der kritischen Rezeption, die wir immer wieder neu lernen müssen: Bilder und Berichte fordern uns auf, genauer hinzusehen und hinzuhören. Sie muten uns zu, unseren Augen und Ohren nicht blind zu trauen. Sie verpflichten uns dazu, die notwendig vermittelten Tatsachen zu prüfen. Eine solche enttäuschende Anstrengung zur Wahrheit ist, wie Ingeborg Bachmann sagt, dem Menschen zumutbar. Gewiss ist Wahrheit endlich und fehlbar, und sie ist an die Wahrhaftigkeit dessen, der spricht, gebunden – aber sie wird zur Lüge durch die bewusste Täuschung. Wahrhaftigkeit bedeutet, sich seines eigenen, begrenzten Standpunkts und Standorts bewusst zu sein und diese Ver-Ortung des Gesagten oder Gezeigten nicht zu verschweigen. Wahrhaftigkeit bedeutet Zeugenschaft, die fehlbar ist, und die daher durch Kritik korrigierbar ist. Wer wüsste das besser als Christinnen und Christen, die auf die verschiedenen Zeugnisse, Berichte, Briefe, Erzählungen und Reflexionen blicken, die alle um das Leben und die Botschaft Jesu kreisen? Wahrheit, die an Wahrhaftigkeit gebunden ist, ist ein Problem für diejenigen, die bewusst Lügen und



Bei aller politischen Unsicherheit um den neuen US-Präsidenten gibt es eine Konstante in der noch jungen Amtszeit Donald Trumps: seine offene Abneigung gegenüber den klassischen Medien. Dieses Misstrauen erstreckt sich auch über die Vereinigten Staaten und ihren Präsidenten hinaus – weltweit befinden sich die Medien in einer Vertrauenskrise. © EKD/D.Oldenburger

Falschmeldungen produzieren. Aber sie ist „unser“ Problem, wenn wir sie nicht kritisieren. Propagandisten können sich nicht der Kritik aussetzen, weil ihre „Wahrheiten“ in den meisten Fällen einer Überprüfung nicht standhalten. Sie können nur auf die Täuschung setzen, weil die Ent-Täuschung ihnen die Macht über andere entziehen würde. Den Angriff auf das politische Menschenrecht auf Pressefreiheit, die mit der

Verpflichtung auf Wahrheit einhergeht, können wir nur mit dem schwächsten und zugleich stärksten Mittel bekämpfen, das wir haben: mit der endlichen und fehlbaren Kritikfähigkeit derer, die für das, was sie sagen und schreiben und was sie hören und lesen, einstehen. Diese Wahrheit ist dem Menschen zumutbar, weil sie uns „die Augen aufgehen lässt“, anstatt uns zu blenden.

Stimmen von Journalistinnen und Journalisten weltweit II



Julie Leopo

Die Fotojournalistin Julie Leopo wohnt und arbeitet in Santa Ana, Kalifornien. Als sie am 25. März 2017 auf einer Pro-Trump-Demonstration in Huntington Beach für die *OC Weekly* fotografierte, wurde sie zusammen mit zwei Kollegen angegriffen und es kam es zu weiteren gewaltsamen Ausschreitungen.

„An dem Tag, als ich angegriffen wurde, war zunächst eine Sache klar: Dort auf der Demo waren deutlich mehr Trump-Unterstützer als Trump-Gegner oder Medienvertreter. Das hat mich von Anfang an beunruhigt. Als dunkelhäutige, 60kg-leichte, weibliche Journalistin in einem Meer von wütenden weißen Trump-Unterstützern zu stehen, die den Bau einer Mauer forderten und mich als „Fake News“ verteufelten, war ein erschütterndes Gefühl. Die Gewalt und der Hass, die von den Trump-Unterstützern ausgingen, mussten dokumentiert werden. Von Trumps öffentlichem Feldzug gegen die Medien fühlten sich seine Unterstützer dazu angetrieben, mich zu verspotten und einzuschüchtern. Doch trotz der Beleidigungen fotografierte ich weiter. Gerade als ich den Verschluss meiner Kamera schließen wollte, schaute ich hoch in die Augen einer Frau mit einer amerikanischen Flagge in der Hand. Aus der

Menschenmenge heraus starrte sie zu mir herüber. Ihr Blick war kalt, wütend und höhnisch. Sie grinste und kam auf mich zu. Ich wusste nicht, was passieren würde. Sollte ich meine Kamera herausnehmen und fotografieren? Sollte ich mein Gesicht abschirmen? Die Trump-Unterstützerin begann, mit der Flagge auf meine Kamera und meinen Arm einzuschlagen. Ich rief „STOP!“ und streckte meinen Arm vor. Als ich mich umschaute und all das Geschrei und die Verwirrung sah, wusste ich, dass unter den Protestierenden gerade der Funke der Gewalt entfacht worden war. Diese Begegnung bestätigte in mir den Verdacht, dass unter der Präsidentschaft Trumps Meinungs- und Pressefreiheit in den USA auf ganz neue Weise in Gefahr sind.“



USA

Rangliste der Pressefreiheit – Platz 43 von 180

Die Presse- und Meinungsfreiheit in den USA hat in den letzten Jahren einige Rückschläge erfahren und mit der Wahl Donald Trumps zum Präsidenten einen neuen Tiefpunkt erreicht. Präsident Trump bezeichnet die Medien als „Feind des amerikanischen Volkes“, attackiert Journalistinnen und Journalisten verbal scharf und hat bereits wiederholt versucht, als Vergeltung für kritische Berichterstattung Medienvertretern den Eingang zum

Weißes Haus zu verwehren. Doch bereits vor der Ära Trump waren die Arbeitsbedingungen für Journalistinnen und Journalisten in den USA keineswegs perfekt: Allzu häufig wird die Pressefreiheit mit Verweis auf die nationale Sicherheit eingeschränkt. Mit abschreckenden Gerichtsurteilen, der Ausforschung von Telefonanschlüssen und willkürlichen Verhören an Flughäfen gehen die US-amerikanischen Behörden seit längerem gegen investigative Journalisten und deren Hinweisgeber vor. Der Geheimdienst NSA hat an Knotenpunkten des Internets die Kommunikation von Millionen Bürgerinnen und Bürgern abgefangen. Überdies verfolgte die Regierung von Präsident Barack Obama Whistleblower so streng wie keine Regierung zuvor. In den letzten Jahren kam es vermehrt zu Durchsuchungen von Journalisten und ihrem Equipment an der US-amerikanischen Grenze; einigen ausländischen Journalisten wurde aufgrund ihrer Berichterstattung über sensible Themen die Einreise in die USA verwehrt.



Umida Niyazova

Umida Niyazova ist eine usbekische Journalistin und Menschenrechtsaktivistin, die durch ihre Tätigkeit selbst ins Visier der usbekischen Strafverfolgungsbehörden geriet. Nach der Auferlegung eines Berufsverbotes flüchtete sie 2008 nach Deutschland. In Berlin gründete sie die Menschenrechtsorganisation *Uzbek-German*

Forum for Human Rights. Ein Schwerpunkt ihrer Arbeit ist der Einsatz gegen staatlich organisierte Kinder- und Zwangsarbeit in der Baumwollproduktion in Usbekistan. Außerdem rief Niyazova die satirische Nachrichtenplattform *El Tuz* ins Leben, die seit 2015 in drei Sprachen Berichte, Analysen und Karikaturen zu Ereignissen in Usbekistan liefert.

„Im Dezember 2006 wurde ich am Flughafen von Taschkent verhaftet. Ironischerweise kam ich gerade von einem Seminar der OSZE in Bischkek zum Thema Pressefreiheit in demokratischen Gesellschaften. Am Flughafen wurde mein Laptop beschlagnahmt, unter dem Vorwand, ihn nicht als Wertgegenstand gemeldet zu haben (wohlgemerkt hatte mein alter Laptop keinen wirklichen Wert mehr). Dieser Vorwurf rechtfertigte allerdings nicht, dass der gesamte Inhalt auf meinem Laptop durchsucht wurde. Ich wurde in einen separaten Raum gebracht, wo ein „Experte“ der usbekischen Post- und Telekommunikationsagentur feststellte, dass die Informationen auf meinem Computer „eine Bedrohung des Staates“ darstellten, die religiösen Extremismus und Fundamentalismus enthielten und das Potenzial hätten, die Regierung und das verfasste System des Landes zu untergraben. Diese Anschuldigungen klingen sehr ernst. Tatsächlich waren auf meinem Computer allerdings nur einige kritische Internetartikel zur Menschenrechtslage in Usbekistan gespeichert – sonst nichts. Trotzdem reichte dies aus, um mich zu einer siebenjährigen Haftstrafe zu verurteilen. Dank der Hilfe internationaler Organisationen konnte ich das Gefängnis bereits nach vier Monaten wieder verlassen. Als ich dann nach Berlin kam, wusste ich, dass ich mit meiner Arbeit weitermachen musste. Viele Menschen im Exil distanzieren sich von den Problemen in ihren Heimatländern. Leider, oder glücklicherweise, konnte ich nicht unbeteiligt bleiben angesichts der massiven Menschenrechtsverletzungen in meinem Land. Seit 2009 leite ich eine kleine NGO. Wir versuchen, die internationale Gemeinschaft über die konstanten Menschenrechtsverletzungen der usbekischen Regierung aufzuklären und Opfern von Folter, Gewalt und Zwangsarbeit zu helfen. Und ich glaube, dass diese Arbeit sehr nützlich und wichtig ist.“



Usbekistan

Rangliste der Pressefreiheit – Platz 169 von 180

Mit Platz 169 landete Usbekistan 2017 erneut am unteren Ende der Rangliste der Pressefreiheit. Islam Karimov, der das Land über 25 Jahre autoritär regierte, hatte die freie Berichterstattung umfassend kriminalisiert, sodass eine unabhängige Berichterstattung im Land heute kaum noch möglich ist. Alle Medien im Land unterliegen einer strengen Zensur, viele Webseiten von NGOs und Nachrichtenportalen sind gesperrt. Unabhängige Journalisten, die weiterhin aus dem Land berichten, werden immer wieder Opfer von Einschüchterungen, Gewalt und willkürlichen Verhaftungen. Viele Journalisten haben daher inzwischen das Land verlassen. Die politischen Repressionen gipfelten 2005 im Massaker von Andijon, in dem mehr als hundert Menschen in Taschkent getötet wurden, als die Sicherheitskräfte das Feuer auf Demonstranten eröffneten.

Mit dem Tod von Präsident Karimov im September 2016 wurde vielerorts die Möglichkeit diskutiert, ob sein Nachfolger, der ehemalige Premierminister Shavkat Mirziyoyev eine positive Wende einleiten würde. Anlass zur Hoffnung bot im Februar 2017 die Freilassung des weltweit am längsten für seine Arbeit inhaftierten Journalisten Muhammad Bekjanov nach 18jähriger Haft. Dennoch befinden sich weitere neun Journalisten in usbekischer Haft und die Bedingungen für unabhängige Berichterstattung und freie Meinungsäußerung im Land bleiben prekär.



Björn Kietzmann

Björn Kietzmann arbeitet als freier Fotojournalist in Berlin. In seiner Arbeit setzt er sich mit aktuellen politischen und gesellschaftlichen Themen auseinander. Neben zahlreichen Veröffentlichungen in Tageszeitungen aus dem Berliner Raum erscheinen seine Bilder auch in Magazinen wie *Der Spiegel*, *Focus*, *The Guardian* und dem *Wall Street Journal*. Gemeinsam mit 31 anderen Kolleginnen und Kollegen wurde Kietzmann beim G20-Gipfel 2017 in Hamburg überraschend und ohne Angabe von Gründen die Akkreditierung entzogen.

„Im Juli 2017 berichtete ich vom G20-Gipfel in Hamburg. Während des laufenden Gipfels wurde auf Anweisung des Bundeskriminalamts meine G20-Presseakkreditierung eingezogen. Obwohl ich seit Jahren ohne Probleme etwa bei Terminen im Bundeskanzleramt, im Schloss Bellevue oder auf NATO-Stützpunkten in Afghanistan arbeite, hieß es nun, ich sei – ebenso wie 31 weitere Journalisten – ein Sicherheitsrisiko. Der Grund? Das BKA führt eine Akte über mich. Brisant ist dabei vor allem, dass sich darunter zehn Einträge befinden, die mit meiner journalistischen Arbeit zusammenhängen. Drei Beispiele:

- In einer bayrischen Kleinstadt fotografierte ich im Sommer 2009 eine Demonstration - die Aufnahmen wurden später unter anderem in der Lokalpresse veröffentlicht. Hierdurch fühlte sich mindestens ein Polizist in seinen Persönlichkeitsrechten verletzt und zeigte mich an. Das Verfahren wurde wenig später eingestellt.

- Im Jahr 2013 belagerte der sogenannte Islamische Staat die syrisch-kurdische Stadt Kobanê. Mit zwei Kollegen berichtete ich damals für das Internetportal evangelisch.de über einen humanitären Hilfstransport nach Syrien. Anschließend reisten wir in die kurdischen Gebiete in der Türkei, um über die dortige Stimmung zu berichten. Kurz nach unserer Ankunft inhaftierten uns türkische Polizisten und hielten uns für 31 Stunden fest. Man unterstellte uns, dass wir Agenten und Provokateure seien.
- Als sich im Frühjahr 2016 die Grenzen einiger Balkanstaaten für Flüchtlinge schlossen, marschierten einige Tausend von ihnen über einen nicht offiziellen Übergang nach Mazedonien. Ich war einer von rund 50 Journalisten, der den Marsch begleitete. Wir wurden für einige Stunden von der mazedonischen Polizei festgesetzt, bekamen eine sechsmonatige Einreisesperre und mussten eine Geldbuße wegen der nicht genehmigten Einreise bezahlen.

Dass Vorfälle, bei denen ich schlichtweg meinen Reporteraufgaben nachkam, von Polizeibehörden gespeichert und zur Einschränkung der Pressefreiheit führen, ist besorgniserregend.“



Deutschland

Rangliste der Pressefreiheit – Platz 16 von 180

Im internationalen Vergleich sind die Arbeitsbedingungen für Journalisten in Deutschland insgesamt gut und die Meinungs- und Informationsfreiheit genießen einen hohen Schutz. Dafür sorgen starke verfassungs-

rechtliche Garantien, eine unabhängige Justiz und ein allgemein förderliches Arbeitsumfeld für Journalisten. Das Bundesverfassungsgericht hat wiederholt zugunsten von Presse- und Meinungsfreiheit geurteilt und diese Grundrechte dadurch zusätzlich gestärkt. Und dennoch sehen sich auch in Deutschland Journalisten durch Beschimpfungen und Verleumdungen bis hin zu gewalttätigen Übergriffen, durch finanzielle Krisen und verstärkte staatliche Überwachung in ihrer Arbeit eingeschränkt. Journalistinnen und Journalisten erfahren zunehmend Anfeindungen, insbesondere bei Demonstrationen der Pegida-Bewegung und ihren regionalen Ablegern sowie bei Kundgebungen rechtspopulistischer oder rechtsradikaler Gruppen. Pauschalverurteilungen der Medien als „Lügenpresse“ zeigen, dass sich Medien auch in Deutschland derzeit in einer Vertrauenskrise befinden. Eine zunehmende Gefahr für die journalistische Unabhängigkeit in Deutschland geht zudem von neuen Überwachungsmaßnahmen aus, wie etwa das kürzlich verabschiedete Netzwerkdurchsetzungsgesetz gegen Hassbotschaften im Internet (NetzDG), der Entzug von Presse-Akkreditierungen beim G20-Gipfel in Hamburg, das umstrittene Analysesystem des BND für Metadaten aus Auslandstelefonaten und die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung. Eine latente Bedrohung ist die schrumpfende Pressevielfalt in Deutschland: Zwar wird der öffentlich-rechtliche Rundfunk durch Gebühren finanziert, doch immer mehr kleinere Zeitungsredaktionen und Medienunternehmen müssen um ihr Überleben kämpfen.

Biniam Simon

Biniam Simon, ehemals Reporter beim eritreischen Fernsehsender Eri-TV, durfte 2007 für eine Fortbildung nach Japan reisen. Mit Unterstützung von *Reporter ohne Grenzen* gelang ihm von dort die Flucht nach Paris, wo er den Exilsender *Radio Erena* („Unser Eritrea“) aufbaute. An zwei Stunden pro Tag berichtet das Exilradio über Geschehnisse in Eritrea und im Ausland in der

Landessprache Tigrinya; seit 2014 gibt es auch ein Programm auf Arabisch. Zum Schutz der Quellen arbeiten die Journalisten von *Radio Erena* auch intern konspirativ, legen sich ihre Quellen also gegenseitig nicht offen. Den Zuhörern in Eritrea ist bewusst, dass sie ihre Freiheit riskieren, wenn sie *Radio Erena* hören.

“Nach über fünfundzwanzig Jahren Diktatur ist Meinungsfreiheit in meinem Land ein Wunschtraum geworden. Printmedien, Radio und Fernsehen sind im Besitz der Regierung. Ohne freie Presse oder funktionierendes Internet bleibt die Wahrheit, die in unserem Land präsentiert wird, die Wahrheit der Regierung. Als Opfer von Verfolgung und Angriffen habe ich 2007 mein Land verlassen und in Paris *Radio Erena* gegründet. Der Exilradiosender hat es sich zur Aufgabe genommen, als Pionier für Meinungs- und Pressefreiheit einzutreten. Über Satellit, Internet und eine mobile App senden wir seit bald zehn Jahren als einziger unabhängiger Radiosender in Eritrea. Mit dem Ziel, der willkürlichen Wahrheit der Regierung etwas entgegenzusetzen und auf die Not der Journalisten im Land aufmerksam zu machen, soll *Radio Erena* den Stimmlosen in Eritrea eine Stimme sein.“



Eritrea

Rangliste der Pressefreiheit – Platz 179 von 180

Seit etlichen Jahren bildet Eritrea das Schlusslicht der weltweiten Rangliste der Pressefreiheit. Die langjährige Diktatur unter Präsident Isayas Afewerki bietet keinen Platz für freie Berichterstattung und unabhängige Meinungs-

äußerung. Seit 2001 sind alle privaten Medien verboten, seit 2010 dürfen keine ausländischen Korrespondenten mehr im Land arbeiten. Staatliche Medien und das Internet werden streng überwacht und unterliegen einer Zensur. In den vergangenen Jahren wurden Dutzende eritreische Journalisten wegen ihrer Arbeit verhaftet. Mindestens elf von ihnen sitzen bis heute im Gefängnis – unter lebensbedrohlichen Haftbedingungen, ohne Urteil und ohne Kontakt zu Anwälten oder ihren Familien. Viele Journalisten sind inzwischen ins Exil geflohen, sehen sich jedoch auch dort häufig noch Drangsalierungen und Einschüchterungen ausgesetzt. Mit Rang 179 liegt Eritrea 2017 zum ersten Mal seit zehn Jahren nicht mehr auf dem letzten Platz. Im vergangenen Jahr durften einige wenige ausländische Journalisten einreisen und aus dem Land berichten, wenn auch unter strenger Aufsicht.



Zuzana Lizcová

Zuzana Lizcová ist Journalistin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Forschungszentrum der *Asociace pro mezinárodní otázky* (Gesellschaft für internationale Fragen, AMO) in Prag.

„Auf den ersten Blick ist die Pressewelt in meinem Land in Ordnung. 28 Jahre nach Ende der kommunistischen Einparteiendiktatur erscheinen bei uns täglich vier überregionale Tageszeitungen mit Qualitätsanspruch, die sich Anfang der 1990er Jahre etabliert haben. Doch der Schein trügt. Das Zeitungsmachen – und insbesondere seriöser

Journalismus – ist hier in Tschechien ein schweres Geschäft. Neben der Aufteilung des Zeitungsmarktes unter einflussreiche “Oligarchen”, dem ökonomischen Druck durch sinkende Auflagen und Konkurrenz seitens des Internets und sozialer Netzwerke sind seriöse Blätter und Journalisten üblen Beschimpfungen durch hochrangige Politiker

ausgesetzt. Vielen Menschen gelten Journalisten als befangen oder gar korrupt. Keine tschechische Zeitung wird zurzeit jenseits der Landesgrenzen als eine wichtige Stimme wahrgenommen. Öffentlich-rechtliche Medien (Fernsehen und Rundfunk) haben es bisher geschafft, ihre Unabhängigkeit zu bewahren, doch der Druck auf sie wächst.“



Tschechien

Rangliste der Pressefreiheit – Platz 23 von 180

Meinungs- und Pressefreiheit sind in der tschechischen Verfassung gewährleistet. Äußerungen, die etwa die nationale Sicherheit gefährden oder die öffentliche Moral stören, sind allerdings nicht erlaubt. Verschiedene Gesetzesentwürfe von 2016 sehen vor, die strafrechtliche Verfolgung krimineller Diffamierungen,

insbesondere des Präsidenten, zu verschärfen. Kritisch betrachtet wird in Tschechien außerdem die hohe Konzentration von Medienbesitz, die im Laufe des letzten Jahrzehnts ein besorgniserregendes Level erreicht hat. Die tschechischen Medien sind im Besitz einiger weniger einflussreicher Oligarchen. 2016 wurde als Reaktion darauf ein Gesetz erlassen, dass Interessenskonflikten vorbeugen soll, indem es Regierungsministern den Besitz von Medien untersagt. Hintergrund war der Umstand, dass der Vizepremier- und Finanzminister Andrej Babis gleich zwei der einflussreichsten Zeitungen in Tschechien besaß.

Der indische Karikaturist und Menschenrechtsaktivist Aseem Trivedi wurde vor allem durch seine Antikorruptionskampagne bekannt. Seine Webseite „Cartoons Against Corruption“, die regierungskritische Karikaturen veröffentlicht und Angriffe gegen die Meinungs- und Pressefreiheit dokumentiert, wurde 2011 in Indien gesperrt. Ein Jahr später wurde Trivedi wegen Aufwieglung und öffentlicher Agitation in Mumbai verhaftet. Nach seiner Freilassung setzte Trivedi sein Engagement für Meinungsfreiheit in Indien fort. 2015 gründete er "Black & White", ein Online-Comicmagazin für Menschenrechte. Er ist außerdem Gründungsmitglied von Save Your Voice, einer Bewegung gegen Internetzensur in Indien. 2012 wurde wurde Aseem Trivedi zusammen mit dem syrischen Karikaturisten Ali Ferzat mit dem „Courage in Editorial Cartooning Award“ des Cartoonists Rights Network International ausgezeichnet.



Predigtanregungen

**Von Sabine Dreßler –
Theologische Referentin für Menschen-
rechte, Migration und Integration bei
der EKD**

**I
Tu deinen Mund auf für die Stummen und
für die Sache aller, die verlassen sind.**

Das Buch der Sprüche ist ein Lehrbuch zum Leben. Nicht allein auf Wissen, auf Weisheit und Erkenntnis an sich kommt es an – es geht immer auch darum, diese so anzuwenden, dass sie dem Leben dienen. Wobei Leben dabei nicht nur die Existenz und das Handeln des Einzelnen meint, sondern es umfasst das Dasein jeder Person und Persönlichkeit als Teil der umgebenden Gesellschaft, als Mensch unter Menschen, als Mitmensch. Nur im Wissen um solche Aufeinanderbezogenheit und in der Bereitschaft zu Verantwortung in Gegenseitigkeit kann das Miteinanderleben gelingen, ist gutes Leben möglich.

Die Sammlung von Weisheitssprüchen und Lebensregeln umfasst einen langen Zeitraum von Texten aus der israelitischen Tradition; gleichzeitig nimmt sie auch Überlieferungen anderer Kulturen auf – so auch die hier zitierten Worte an Lemuel. Das Buch will eine Alltagsethik vermitteln, die sich am Tun des Gerechten orientiert; dabei dient solches Handeln, das dem anderen zu seinem/ihrem Recht verhilft und ein Verhalten, das dem Gegenüber gerecht wird, durchaus auch dem eigenen Wohlergehen und damit dem eigenen Interesse: „Der Gerechten Pfad glänzt wie das Licht am Morgen, das immer heller leuchtet bis zum vollen Tag.“ (Sprüche 4,18), vgl. auch 21,21; 14,34, dagegen: 26,27.

**Tu deinen Mund auf für die Stummen
und für die Sache aller, die verlassen sind.
Tu deinen Mund auf
und richte in Gerechtigkeit
und schaffe Recht dem Elenden und Armen.
(Sprüche 31,8-9)**

Dies nun sind Worte einer Mutter an ihren Sohn. Die nicht namentlich genannte Königsmutter schreibt ihrem Sohn Lemuel eine Anweisung zum Leben ins Stammbuch, als Maßstab vor allem für seine Regentschaft. So und nicht anders soll er seine Herrschaft ausüben: indem er selbst zur Stimme der Stummen (und Stummgemachten) wird und die Sache und das Recht derer verteidigt, die sich selbst nicht helfen können.

Dabei soll er Anwalt und Richter zugleich sein und sich ausrichten an Recht und Gerechtigkeit. Der Sohn soll wissen: Als Herrscher ist er zugleich immer Diener des Volkes. Damit dies nicht vergessen wird – oder angesichts der Vergesslichkeit des ursprünglichen Adressaten und aller, die in der Folge diese Weisung hören und gesagt bekommen – heißt es gleich zweimal:

„Tu deinen Mund auf!“ Denn es wird immer wieder Konfliktsituationen geben, wo genau dieses gefordert ist, weil anderen der Mund verschlossen ist, weil ihre Stimme nichts zählt, weil sie überhört werden. Mit der doppelten Mahnung wird betont, dass solch lautstarkes Eintreten für andere eine zur Amtsausübung gehörende andauernde Pflicht des Königs, des Machthabers, der Regierenden ist und keineswegs nur ein Gnadenakt, der dann und wann Rechtlosen und Armen gewährt wird. Damit das Recht auf freie Rede, auf offene Worte, auf die eigene Meinung gewährt ist und bleibt. Das Buch der Sprüche meint es schließlich ernst mit dem Thema der Gerechtigkeit.

II

**Tu deinen Mund auf für die Stummen
und für die Sache aller, die verlassen sind!**

Was aber, wenn genau die,
die dies zu ihrem Beruf gemacht haben,
weil es ihre Berufung ist,
weil sie nicht anders können,
als den Tatsachen auf der Spur zu bleiben und
der Wahrheit verhaftet,
weil ihnen noch nie etwas anderes blieb als
zu denken und zu reden
und zu schreiben
und zu schreien und zu flüstern –
was aber, wenn diese selbst stumm gemacht
werden?
Wenn ihnen, den Unbequemen, der Mund
verboten
und die Rede untersagt wird?
Wenn ihre Texte, ihre Bücher, ihre Ideen
verschwinden, verunglimpft, zerrissen werden?
Wenn sie,
die zur Gefahr werden,
weil sie sich einmischen
in öffentliche Angelegenheiten
und politische Auseinandersetzungen,
wie sie es immer getan haben,
bis sie dann, eines Tages,
nicht mehr vorkommen dürfen,
und sie niemand mehr lesen, zitieren, erwähnen
darf -
wenn sie selbst
dann, an dem Morgen, in der Nacht,
die sie längst bange erwartet haben,
verschwinden, den Blicken entzogen,
weggesperrt werden und niemand weiß, wohin?
Und auch nicht, was mit ihnen geschieht?
Bis niemand sie mehr erinnert, bis sie vergessen
sind...
Was aber dann?

Eine von diesen trotz allem nicht Vergessenen ist die türkische Journalistin und Schriftstellerin Aslı Erdoğan. Im Sommer 2016 wurde sie nach dem gescheiterten Militärputsch in der Türkei verhaftet, wie viele ihrer Kolleginnen auch. Weil sie für eine pro-kurdische Zeitung schrieb. Weil sie sich seit Jahren für die Menschenrechte einsetzt. Weil sie, die auch Wissenschaftlerin ist, eine scharfe Beobachterin und Analytikerin der politischen Vorgänge in ihrem Land ist. Weil sie Unrecht anklagt, wo es stattfindet und das Unsagbare für andere in Worte fasst. Und auch, weil sie eine Frau ist und klug, eine, die den Mund auftut, immer wieder.

Deshalb wurde sie im August 2016 verhaftet, ins Frauengefängnis in Istanbul gebracht, im Dezember freigelassen, und jetzt läuft das Verfahren gegen sie. Sie ist krank und sieht auch so aus, und dennoch hört sie nicht auf, zu beschreiben, zu beklagen, zu beschreien, wo Menschen ihre Rechte verwehrt und entzogen werden, wo Stimmen und Körper niedergeknüppelt werden: „Ich will nicht Mittäterin sein an der Ermordung von Menschen, und auch nicht an der Ermordung von Worten, an der Ermordung der Wahrheit.“

Sagt sie. Und schreibt weiter. Redet weiter, auch, wenn es ihr schwerfällt und mehr noch: trotz aller Gefährdung.

Vielleicht tut sie das, weil sie so diszipliniert ist, und auch, weil sie Leben nicht anders verstehen kann als ihm immer wieder eine Bedeutung abzurufen. Und den Worten, die von diesem Leben zeugen:

„Freiheit und Frieden zu verteidigen, ist weder ein Verbrechen noch eine Heldentat, sondern unsere Pflicht. Es geht weniger darum, sie zu verteidigen, als vielmehr diesen Begriffen ihre verlorene Bedeutung wiederzugeben. Ihre Heiligkeit. Soweit wir das können. An einem Verbrechen nicht Mittäterin zu sein, ist, mehr als ein Recht oder eine Pflicht, unser eigentlicher Daseinsgrund.“

(Zitate aus: Aslı Erdoğan, Nicht einmal das Schweigen gehört uns noch, Essays, 2016; deutschsprachige Ausgabe 2017, Seite 62 u. 66)

III

„Mundtoth“ das ist einer, „der sich nicht mehr defendiren kann“, sagt das Deutsche Wörterbuch von Jakob und Wilhelm Grimm. Wem der Mund zugehalten wird, mehr noch: wem er verboten wird, der kann sich und sein Tun nicht länger mit Worten erklären, vertreten oder verteidigen. Der oder die muss zusehen und zuhören, wie andere das für ihn oder sie tun. In ihrem Sinne, als Fürsprecher, oder gerade entgegengesetzt, im Widerspruch und als Widersacher.

Tu deinen Mund auf für die Stummen und für die Sache aller, die verlassen sind!

das ist die Aufforderung, im besten Sinne Fürsprache für andere zu tun und die Verteidigung ihrer Gedanken, ihrer Rechte, ihrer Person zu übernehmen. Dazu bedarf es auch der Fähigkeit, dem stumm gewordenen oder gemachten Gegenüber, das nicht für sich selbst sprechen kann, sein Selbst zu belassen; ihre Persönlichkeit anzuerkennen, mit der sie ganz und gar Subjekt bleibt und trotz aller Versehrtheit und Einschränkung ein eigener Mensch sein kann. Das ist die eine Seite.

Die andere ist die derer, die bar jeder Chance zur Verteidigung und Erklärung sind, weil sie der Sprache beraubt sind, dem einzigen und doch in seinen Facetten unendlich vielfältigem Mittel, das bisher zur Verfügung stand, die eigene Existenz zu formen, darzustellen und zu begründen.

Der syrische Schriftsteller Chadar Al-Agha beschreibt das so: „Alle Bücher, die ich gelesen, die ich geschrieben, an denen ich mich beteiligt, für die ich ein Vorwort geschrieben und die ich herausgebracht hatte, verloren ihre Bedeutung. Einer der alten arabischen Schriftsteller sagte einmal: „Rede, denn der Mensch verbirgt sich in den Falten seiner Zunge.“ Aber wie soll ich sprechen?...

...Ich kam ohne meine Bücher und ohne meine Schriftsteller hierher, und nun gibt es keinen Beweis dafür, dass ich existiere. Hier bin ich nur ein Wesen, das sich sein eigenes Bild von dort ins Gedächtnis ruft. Eine Hälfte von mir ruft, so laut sie kann: „Ich will meine Wohnung, ich will meine Familie, ich will meine Bücher und meine Autoren!“ Die andere Hälfte schweigt, kann weder schreien, noch die neue Realität akzeptieren. Ich



Al-Agha

© Aseem Trivedi

sitze am Schreibtisch, ohne zu schreiben, und glaube den bekannten Biografien exilierter oder ausgewanderter Schriftsteller nicht, die für lange Zeit am Ort ihres Exils lebten, ohne zu schreiben, und wieder zum Schreiben zurückkehrten. Ich glaube ihnen nicht.“ (zitiert aus: Wortlos ortlos, *Süddeutsche Zeitung*, 16.9.2017)

Die Fürsprecher/innen sollten, angesichts solcher Klage, ihre Gegenrede zurückhalten: Ich höre Dir zu und weiß von Dir, weil ich Dein Buch kenne, und Deine Geschichte, die Du erzählen wirst, bald, irgendwann, in einer neuen Sprache, wenn sie Deine wird. Hab' Geduld.

Nein, mindestens aushalten, eine ganze Weile mitaushalten, sollten wir solche verzweifelte

Rede dessen, der mit dem Leben davongekommen sein mag, aber seinen Grund und sein innerstes Wesen auf der Strecke, auf der Flucht verloren hat. Für den es im Exil nichts wiederzufinden gibt, nur vollkommen neu aufzulesen und anzufangen, stammelnd und stotternd in einer neuen Sprache, die nicht nach Zuhause schmeckt, die keine Muttersprache ist und in der er keine Zwischentöne kennt. Und sich selbst nicht finden kann. Noch nicht, vielleicht niemals.

Für den Sprachlosen und Hoffnungslosen, für die Gemarterten und Verfolgten, für die Dennoch-Schreibenden und Verteidigerinnen des Rechts, für die Wahrheit-Suchenden und alle, die das Wort und das Leben lieben, sei dieses Gebet, der 40. Psalm, gesungen:

Ein Psalm Davids, vorzusingen.

Ich harrte des HERRN,
und er neigte sich zu mir und hörte mein Schreien.
Er zog mich aus der grausigen Grube,
aus lauter Schmutz und Schlamm,
und stellte meine Füße auf einen Fels, dass ich sicher treten kann;
er hat mir ein neues Lied in meinen Mund gegeben,
zu loben unsern Gott.

Das werden viele sehen und sich fürchten
und auf den HERRN hoffen.
Wohl dem, der seine Hoffnung setzt auf den HERRN
und sich nicht wendet zu den Hoffärtigen
und denen, die mit Lügen umgehen!

Ich verkündige Gerechtigkeit in der großen Gemeinde.
Siehe, ich will mir meinen Mund nicht stopfen lassen;
HERR, das weißt du.
Deine Gerechtigkeit verberge ich nicht in meinem Herzen;
von deiner Wahrheit und von deinem Heil rede ich.
Ich verhehle deine Güte und Treue nicht
vor der großen Gemeinde.

Du aber, HERR, wollest deine Barmherzigkeit nicht von mir wenden;
lass deine Güte und Treue allewege mich behüten.

(Psalm 40,1-5.10-12)

Biblische Zugänge

**Johannes Neudeck –
Referent Pädagogisch-Theologisches
Zentrum Stuttgart, Koordinator Mission
und Diakonie, westlicher Balkan**

Wer seine Meinung sagt, muss mit Gefahren rechnen – von einer Königin, Propheten und den ersten Märtyrern

Das Kundtun der eigenen Meinung kann ziemlich gefährlich werden für die, die das tun – dann nämlich, wenn ihre Botschaft nicht mit Einklang mit der Meinung der Herrschenden steht; wenn das, wofür sie öffentlich einstehen, der Politik der Machthaber entgegensteht.

Die Bibel hat viel von solchen Prophetinnen und Verkündigern zu erzählen, die trotzdem den Mund aufmachen.

Da ist z.B. Ester, die kluge Königin, mutige Diplomatin und starke Frau des persischen Königs Ahasveros. Sie nutzt ihre Möglichkeiten, um rechtzeitig einzuschreiten, um ein gegen das jüdische Volk im Großreich Persien gerichtetes Pogrom zu verhindern. Ihre einzige Unterstützung dabei ist ihr Cousin, Mordechai, dem der König wiederum einiges zu danken hat. Obwohl selbst von der Gunst ihres Gattens abhängig, kann und will Ester nicht schweigen, sondern vielmehr die drohende Verfolgung und Ermordung der Juden im Königreich abwenden. Entgegen dem Hofprotokoll nimmt sie den König in die Pflicht: „...und dann will ich hineingehen entgegen dem Gesetz. Komme ich um, so komme ich um!“ (Ester 4,16) Eine standhafte Frau, die die Juden in Susa bittet, für sie zu fasten und sie auf diese Weise zu unterstützen, damit ihr Vorhaben gelingt. Und Ester erfährt ebenso Gottes Hilfe, und so wird das Volk durch ihr Gottver-

trauen, ihre Aufrichtigkeit und ihren Mut gerettet. Sie kann nicht schweigen gegen größtes Unrecht und letztlich geplanten Völkermord.

Mit den Propheten des Alten Testaments, die ja so etwas wie die „Pressestelle“ ihres Gottes und Auftraggebers waren, verhält es sich nicht viel anders. Sie nehmen Lebensgefahr in Kauf, um Gottes Wort und Wahrheit kundzutun und die Menschen zur Umkehr und zum Ablassen von ihren Übeltaten zu bewegen. Die Konsequenzen sind oftmals Verfolgung und Schlimmeres. Von Obadja, dem Hofmeister Ahabs, König vom Nordreich Israel im 9. Jahrhundert vor Christus, wird z.B. erzählt, dass er hundert Propheten in Höhlen versteckte und mit Wasser und Brot versorgte, nachdem Ahabs Frau Isebel beschlossen hatte, alle Propheten Gottes ausrotten zu lassen (1. Könige 18,4).

Bei Jeremia heißt es: „Euer Schwert frisst Eure Propheten wie ein wütender Löwe“ (Jeremia 2,30) Wer nicht im Sinne der Macht weissagte, war im Weg und wurde beseitigt. Besonders dann, wenn die Herrschenden die Wege und Weisungen Gottes verließen und sich selbst an Gottes Stelle setzten.

Auch Johannes der Täufer, Jahrhunderte später, bezahlt sein öffentliches Auftreten samt seiner harschen Kritik am Königspaar Herodes und Herodias mit dem Leben und sein Kopf wird wie eine Trophäe vor den Gästen dargeboten (Matthäus 14,1-12).

Jesus erinnert in der Bergpredigt an solche Propheten und Märtyrer, wenn er sie seligpreist und ihr Handeln noch im Nachhinein segnet: „Selig sind, wenn euch die Menschen um meinetwillen schmähen und verfolgen und reden allerlei Übles gegen euch, wenn sie damit lügen. Seid fröhlich

und getrost; es wird Euch im Himmel reichlich belohnt werden. Denn ebenso haben sie verfolgt die Propheten, die vor Euch gewesen sind.“ (Matthäus 5,11-12).

An all diesen Geschichten und Überlieferungen lässt sich ablesen, dass die Freiheit der Meinungsäußerung schon immer ein umkämpftes Thema war und für die Betroffenen Lebensgefahr oder sogar den Tod bedeuten konnte.

Und es wurde nicht besser mit voranschreitender Zeit: Als die ersten Christen in Jerusalem nach Pfingsten die Botschaft des Auferstandenen Christus weitergeben, bekommen auch sie starken Gegenwind. Petrus und andere Apostel werden ins Gefängnis geworfen, weil sie trotz Verbot in Gottes Namen Menschen gesundmachen und das Wort Gottes predigten. Als Verteidigung vor dem Hohen Rat bringt Petrus nicht mehr und nicht weniger als dies hervor: „Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen“ (Apostelgeschichte 5,29) – eine Feststellung und ein Bekenntnis, das in der Folge vielen Menschen Kraft gegeben hat, ihren Glauben und ihre Überzeugungen nicht aufzugeben, auch wenn sie deshalb der Verfolgung und größten Gefährdung ausgesetzt waren.

Das biblische Prinzip, nicht wegzuschauen, sondern sich einzumischen; nicht einfach zu schweigen, sondern Unrecht zu entlarven und anzuklagen, ist heute so aktuell und nötig wie damals.

Machtanspruch zwischen Lüge und Wahrheit - Das erste und das achte Gebot

Das erste Gebot lehrt uns: Die Macht der Herrschenden, der Fürsten und Könige ist begrenzt.

„Ich bin der Herr dein Gott!“ Es ist der Gott Jahwe selbst, der sein Volk aus Ägypten geführt hat. Er befreit von der Knechtschaft. Ihm gehört die Anbetung. Und darum sollst du keine anderen Götter haben neben Gott. Eine Absage an jede Form der Selbstvergötterung. Auch der Mensch, der sich an die Stelle Gottes setzt und alles beherrschen will, darf und muss sich von Gott begrenzt und eingehegt wissen.

Herrscher und alle, die über Macht und Einfluss verfügen – ob im Feld der Politik, der Medien oder in anderen Bereichen – haben nicht das letzte Wort. Sie sind immer einem Höheren verantwortlich, ob sie es wissen oder nicht wissen, ob sie das anerkennen oder nicht. Dies gilt besonders dann, wenn sie ihre Machtbefugnis überziehen oder schändlich missbrauchen. Das haben die Könige in Israel und Juda, aber auch Könige wie Nebukadnezar und andere oft hart und schmerzlich erfahren. Gott setzt ab und Gott setzt ein (s. Daniel 2,20-22).

Auch das achte Gebot ist eine klare Ansage: Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten“.

Wenn dieses Gebot Beachtung findet, dann hat es auch einen Einfluss auf die Presse- und Meinungsfreiheit. Beide sind immer der Wahrheit verpflichtet. Gerade in einer Zeit von „Fake-News“, von Verleumdungen und Behauptungen ohne Grundlage, ja öffentlichen Lügen, ist das im Blick auf nachweisbare Fakten und saubere Recherche besonders wichtig.

Ein bleibendes und mahnendes Beispiel von Machtmissbrauch in Politik und Medien der deutschen Geschichte stellt das Dritte Reich dar: Meinungs- und Pressefreiheit wurden in den Jahren von 1933 bis 1945 sukzessive unterdrückt und schließlich abgeschafft; die Nachrichtenübermittlung wurde gleichgeschaltet. Namen wie Dietrich Bonhoeffer und Jochen Klepper, Paul Schneider sowie Sophie und Hans Scholl stehen stellvertretend für alle, die sich der nationalsozialistischen Diktatur entgegengestellt haben, als öffentlich bekannte Widerstandskämpfer oder als stille Helden. Sie haben durch ihr Zeugnis im Glauben, durch ihre Aufrichtigkeit und geradlinige Haltung einerseits um die Gefahren für sich selbst gewusst und andererseits doch ihre Einstellung mit allen Konsequenzen bis zum Ende bewahrt, ja mit dem Leben bezahlt.

Krieg und Wahrheit – hart umkämpft

Von 1993 bis 2004 arbeitete ich auf dem Balkan in Kroatien und Bosnien-Herzegowina. Viele Eindrücke aus der Zeit meines Einsatzes, auch noch

während des Krieges, habe ich bis heute nicht vergessen. Krieg hinterlässt unglaubliche Spuren in den Köpfen und Herzen der Menschen.

Begegnung und Gespräch mit einem Soldaten aus Sarajevo:

Die Story ist schnell erzählt: Filip – Name geändert – war aus der Armee entlassen worden. Aufgrund einer Verwundung. 1994 kam er aus Sarajevo raus. Über den Tunnel. Für viel Geld. Wir trafen uns kurz danach. Die Verwundungsgeschichte hat er mir nach Wochen des Kennenlernens erzählt. Wie sie zustande kam. Und wie die andere Seite – der Feind – diese Wunde ihm zugefügt hat. Nach einiger Zeit wurde aus der Verwundung jedoch eine Selbstverstümmelung ... aus Angst und Panik - der Krieg war zu hart. Und dann sagte er zu mir: „Wahrheit und Krieg passen nicht zusammen. Das musst Du einfach wissen.“

Viele Gespräche und Begegnungen fanden in dieser Zeit statt. Mit Flüchtlingen und Vertriebenen, mit Einheimischen und mit internationalen Helferinnen und Helfern. Im Blick auf unser Thema sind mir auch die persönlichen Begegnungen mit dem im vergangenen Jahr verstorbenen einstigen Bremer Bürgermeister und EU-Beauftragten Hans Koschnick in bleibender Erinnerung. Er war schon ab 1994 in Mostar im Einsatz, noch vor dem Friedensschluss von Dayton 1995. Wir sprachen über die Frage der Verantwortung, der Wahrheit – gerade im Konflikt. Und damit auch über die Frage der Presse- und Meinungsfreiheit, die ja gerade in Konflikten davon stark berührt wird: Wer hat die Deutungshoheit? Wer hat mal wieder

in der Nacht angefangen und wie kam es zu dem erneuten Schusswechsel?

Schuld und Schuldzuweisung stehen sich gegenüber. Geduld und langer Atem, Mediation und kluge Politik sind dann gefragt. Oder wie Koschnick es sagte: „Wir brauchen eine Achtung vor dem Schöpfer und das Wissen, dass wir von ihm geschaffen sind. Wenn das verloren geht, landen wir im Zynismus.“ Und er fuhr fort: „Zu viele, auch der internationalen Verantwortungsträger hier im Krisengebiet, sind leider zu oft in einer zynischen Verfassung gelandet.“

Umso mehr braucht es aufrichtige Menschen, die in Konflikten und Kriegen frei und mit klarer Stimme berichten. Wer einmal in die Geschichte des neueren Kriegs- und Krisenjournalismus schaut, wird feststellen, wie viele Journalistinnen und Journalisten diesen gefährlichen Einsatz mit ihrem Leben bezahlt haben. Sie sind eine Berufsgruppe, die oft unbeachtet einen harten und gefährlichen Dienst an den Frontlinien durchführt. Auch hier wird in einer besonderen Weise die Pressefreiheit ausgeübt und oft mit einem hohen Preis bezahlt.

Wenn die Tiefe der menschlichen Tragödie in der Abwendung vom Schöpfer deutlich wird, wie es in gewaltsamen und kriegerischen Auseinandersetzungen in besonders deutlicher Weise geschieht, dann braucht es die Rückbesinnung auf die biblischen Texte und Hinwendung zu unserem Gott, dem Schöpfer Himmels und der Erde, wie wir es im Glaubensbekenntnis aussprechen.

Liturgische Bausteine

Eingangsgebet zu Johannes 8,31

„Wenn ihr bleiben werdet an meinem Wort, so seid ihr wahrhaftig meine Jünger und werdet die Wahrheit erkennen, und die Wahrheit wird euch frei machen.“ (Johannes 8,31)

Jesus, Du Gottes-Menschensohn,
 Du Heiland der Welt,
 Du Eines Wort Gottes:
 Du hast uns gelehrt, was Recht ist und was Not tut,
 damit Menschen Leben haben und miteinander leben können,
 erlöst, befreit, im Frieden.
 Durch Dich erkennen wir, worauf es ankommt,
 in den seligen Zeiten unseres Daseins
 und in den Krisen, die wir durchleben.
 Dein Wort hast Du uns ins Herz gegeben
 und Deine Wahrheit in unseren Verstand gelegt:
 Stärke uns, fröhlich und mutig dafür einzustehen,
 wo klare Worte nötig sind,
 wo die Wahrheit verteidigt werden muss,
 wenn wir die Stimme für andere sein sollen,
 damit Recht geschieht.
 Dein Wort sei unser Leitstern,
 durch das Dunkel hindurch in den neuen Tag
 und Deine Wahrheit das Maß von allem, was wir tun.
 So machst Du uns frei, uns der Welt zu stellen
 und Dir zu leben.

Amen

(Sabine Dreßler)

Fürbitte für die Welt

Lasst uns beten:
 Gott, Dein Wille geschehe.
 Dein Wille für die Welt —
 eine Welt, in der Shalom das Gesetz ist.
 Aber das ist nicht so.

Darum bitten wir Dich:
 Wo Menschen einander verdächtigen,
 wo kein Vertrauen herrscht,
 sondern Angst und gegenseitiges Verurteilen:
 Sende Du Zuhörerinnen und Brückenbauer.

Wo Menschen nicht zu ihrem Recht kommen,
 sondern zum Schweigen gebracht werden,
 wo die Wahrheit unterdrückt wird:
 Lass Du Stimmen des Protestes laut werden
 und sende Fürsprecher,
 Dein Wort der Freiheit kundzutun.

Wo Frieden nur noch eine verlorene Hoffnung zu sein scheint,
 zertreten in den Trümmern zerbombter Städte,
 wo Machtgier und Hass und Gewalt regieren:
 Sende uns Deine Boten eines neuen Lebens
 auf einer neuen Erde.
 Wir versprechen, wachsam zu sein
 für die Zeichen Deiner Ankunft
 und den Anbruch Deines Reiches,
 jetzt und hier.

Amen

(Sabine Dreßler, nach einem Gebet der Generalversammlung der Weltgemeinschaft Reformierter Kirchen, 2017)

Fürbittgebet

Gott im Himmel, Gott auf der Erde,
Dein Wort lässt uns leben,
Dein Wort verwandelt uns.
Darum bringen wir vor Dein Ohr
unseren Bitten für die Ungetrösteten,
die Verachteten, für die Verfolgten,
für die, denen Gewalt angetan wird.
Wir legen Dir unsere Sorgen ans Herz
um die Verletzten, die Kranken,
um die Heimatlosen und die Verunsicherten.
Wir bringen Dir
ihre Angst und ihr Leid
und wir vertrauen darauf,
dass Du die Unruhe, die Schmerzen,
die Bitterkeit,
das Unrecht
fortnimmst,
das dein Volk bedrückt.
Wir bitten Dich auch für uns
und für alle Glieder Deines Leibes:
dass Deine Wahrheit uns die Kraft gibt,
mutige Zeugen und Kämpferinnen zu sein
für Deine Liebe und für die Versöhnung dieser Welt.
Amen.

(Sabine Dreßler, aus einer Abendmahlsliturgie,
zuerst erschienen in:
„Nach Gottes Wort reformiert“,
Magazin zum Reformationsjubiläum;
hrsg. vom Reformierten Bund, der Evang.-ref. Kirche,
der Lippischen Landeskirche und der Evang.-ref.
Landeskirche des Kantons Zürich, 2017)

Segen

Möge Gott, die Quelle des Lebens,
Schöpfer von Himmel und Erde
freundlich unser Leben neu machen.
Möge Jesus Christus,
der Weg, die Wahrheit und das Leben,
uns ein Leben in Fülle schenken.
Möge die Geistkraft,
Atem des Lebens,
uns stark machen, für andere zu leben,
dass wir das Lied des Lebens singen,
auf immer,
zur Ehre des lebendigen Gottes.

Amen.

(Generalversammlung der Weltgemeinschaft
Reformierter Kirchen, 2017)

Lieder



1. Die Ge-dan-ken sind frei, wer kann sie er-ra-then? Sie flie-gen vor-
 6 bei wie nächt-li-che Schat-ten. Kein Mensch kann sie wis-sen, kein
 11 Jä-ger sie schie-ßen. Es blei-bet da-bei: Die Ge-dan-ken sind frei.

„Die Gedanken sind frei“ in der Fassung der Schlesischen Volkslieder von 1842 (Quelle: wikipedia.org)

Die Gedanken sind frei

Die Gedanken sind frei,
 wer kann sie erraten?
 Sie fliegen vorbei
 wie nächtliche Schatten.
 Kein Mensch kann sie wissen,
 kein Jäger erschießen
 mit Pulver und Blei.
 Die Gedanken sind frei!

Ich denke, was ich will
 und was mich beglückt,
 doch alles in der Still',
 und wie es sich schicket.
 Mein Wunsch und Begehren
 kann niemand verwehren,
 es bleibt dabei:
 Die Gedanken sind frei!

Und sperrt man mich ein
 im finsternen Kerker,
 ich spotte der Pein
 und menschlicher Werke;
 denn meine Gedanken
 zerreißen die Schranken
 und Mauern entzwei:
 Die Gedanken sind frei!

Drum will ich auf immer
 den Sorgen entsagen,
 und will mich auch nimmer
 mit Grillen mehr plagen.
 Man kann ja im Herzen
 stets lachen und scherzen
 und denken dabei:
 Die Gedanken sind frei!

Volkslied, ca. 1790
 bearbeitet von Hoffmann von Fallersleben,
 1841 (Erstdruck 1842)

„Hymne des Widerstands“ – Hintergrund und Entstehungsgeschichte des Liedes

Wohl kaum ein anderes Lied steht so sehr für die Sehnsucht nach Unabhängigkeit der Gedanken wie das politische Freiheitslied „Die Gedanken sind frei“.

Die heute bekannteste Fassung hat ihren Ursprung im 18. Jahrhundert. In Zeiten der Unterdrückung durch absolutistische Herrscher wuchs in den damals zersplitterten deutschsprachigen Gebieten der Wunsch nach physischer, geistiger und politischer Freiheit bei staatlicher Einheit. Der Text des Liedes wurde erstmals 1780 auf anonymen Flugblättern veröffentlicht. Rund dreißig Jahre später entstand die Melodie dazu. Sowohl der Dichter als auch der Komponist sind bis heute unbekannt. 1842 wurde das Lied in der heute verbreitetsten Fassung von Heinrich Hoffmann von Fallersleben in der Sammlung „Schlesische Volkslieder“ veröffentlicht.

In Zeiten politischer Unterdrückung hat das Lied über die Jahrhunderte hinweg Menschen Trost

und Hoffnung gespendet und dabei im Laufe der Zeit immer wieder Umdichtungen erfahren. Um 1200 sang der Minnesänger Walther von der Vogelweide in der Neuen Hohen Minne „Joch sint iedoch gedanke fri“ (Sind doch Gedanken frei). Martin Luther hielt rund 200 Jahre später in seiner Schrift „Von weltlicher Oberigkeit, wie man ihr Gehorsam schuldig sei“ fest: „Gedanken sind zollfrei!“. Und Friedrich Schiller ließ im Schauspiel „Don Carlos“ von 1787 den Marquis von Posa vom absolutistisch regierenden König Philipp von Spanien fordern: „Sire, geben Sie Gedankenfreiheit!“. Im August des Jahres 1942 stellte sich Sophie Scholl abends an die Gefängnismauer und spielte die Melodie ihrem inhaftierten Vater auf der Flöte vor. Und am 9. September 1948, auf dem Höhepunkt der Berliner Blockade, stimmten nach der Rede von Ernst Reuter an „die Völker der Welt“ über 300.000 Berliner vor der Ruine des Reichstagsgebäudes das Lied an. Auch heute wird es noch häufig im Zusammenhang mit politischem Protest gesungen, etwa in der Auseinandersetzung gegen staatliche Überwachung.



Demonstration gegen Überwachung auf dem Heumarkt in Köln im April 2014. © Darius Ortmann

Weitere Liedvorschläge:**Gib' mir die richtigen Worte**

T/M: Manfred Siebald

in: Liederbuch zwischen Himmel und Erde, Düsseldorf 2006

Du bist mein Zufluchtsort (You are my hiding-place)

T/M: Michael Ledner 1981, dt. Gitta Leuschner

Du Gott des Friedens (Yarabba ssalami)

T/M: Palästina, dt.: Renate Schiller

Du verwandelst meine Trauer in Freude (Kanon)

T: Gruppe Liturgie, M: Bernd Schlaudt 1985

Im Dunkel unsrer Ängste, im Schrei aus unsrer Not

T (nach Michael Scouarnec): Diethard Zils, M: Jo Akepsimas

Stimme, die Stein zerbricht

T: Jürgen Henkys (nach Anders Frostenson 1968), M: Trond Kverno 1968

Wohl denen, die noch träumen in dieser schweren Zeit

T: Uwe Rahn, M. Heinrich Schütz 1661

Alle in: EG Plus, Beiheft zum Ev. Gesangbuch für die Ev. Kirche in Hessen und Nassau und die Ev. Kirche von Kurhessen-Waldeck, Kassel 2017

Klüger

T: Thomas Laubach, Judy Bailey, M: J. Bailey

Leben aus Glauben

T/M: Wolfgang Simon 2015

In: FreiTöne, Kassel/Berlin/Hannover 2017

Sing we a song of high revolt (Auf, singt das Lied, das den Umsturz preist) zu Lukas 1,46-55

M: Doreen Potter, T: Fred Kaan, Dieter Trautwein, Soeur Marie-Pierre Faure

In: Tuma Mina. Internationales Ökumenisches Liederbuch, München 1995

Wer macht uns Hoffnung

T/M: Pekka Simojoki, dt: Thomas Laubach, 1995

In: WortLaute. Liederheft zum Ev. Gesangbuch, Gütersloh 2007

Kollektenvorschläge



Reporter ohne Grenzen

Die 1985 gegründete internationale Nichtregierungsorganisation *Reporters sans Frontières* setzt sich weltweit für Presse- und Informationsfreiheit ein. Seit 1994 ist die deutsche Sektion der Organisation von Berlin aus aktiv. *Reporter ohne Grenzen* dokumentiert Verstöße gegen die Presse- und Informationsfreiheit weltweit und alarmiert die Öffentlichkeit, wenn Medienschaffende in Gefahr sind. Der Schwerpunkt ihrer Arbeit liegt auf der Hilfe in den Herkunftsländern der Betroffenen. Mit einem Nothilfeferat unterstützt die Organisation verfolgte Journalistinnen und Journalisten, damit sie ihre Tätigkeit weiterführen oder wiederaufnehmen können. Dazu gehören etwa das Ersetzen von zerstörter Ausrüstung, die Übernahme von Anwaltskosten und Haftkautionen, die Organisation von Fortbildungsmaßnahmen und die Gewährleistung von medizinischer Behandlung. Bei Arbeitsverbot oder Entlassung sorgen *Reporter ohne Grenzen* für eine finanzielle Überbrückung und unterstützen die Angehörigen. Wenn ein Verbleib im Heimatland für Medienschaffende lebensgefährlich wird, bemüht sich die Organisation, ein sicheres Aufnahmeland zu finden. *Reporter ohne Grenzen* finanziert sich größtenteils aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen sowie durch den Verkauf ihres Fotobuchs. Mehr Informationen und Spendeninfos unter:

www.reporter-ohne-grenzen.de/spenden/



Amal, Berlin!

Amal, Berlin! ist ein Projekt der Evangelischen Journalistenschule, das im Dezember 2016 mit großem ehrenamtlichen Engagement entstanden ist. Geflüchtete Journalistinnen und Journalisten aus Syrien, Afghanistan, Iran und Ägypten liefern seither täglich auf einer Online-Plattform Nachrichten aus Berlin und Deutschland auf Arabisch und Farsi. Die Plattform soll den vielen Neuankömmlingen in Deutschland mit Nachrichten in ihrer Muttersprache beim Einleben helfen. Gleichzeitig unterstützt sie die jungen Journalistinnen und Journalisten beim Einstieg in den deutschen Arbeitsmarkt. Mehr Informationen unter:

www.amalberlin.de

PEN International

PEN International ist die weltweit führende Schriftstellervereinigung, die sich seit 1921 als Anwalt und Stimme verfolgter und unterdrückter Schriftsteller für Literatur und Meinungsfreiheit einsetzt. fungiert als Dachverband für 144 Zentren in 102 Ländern und ist beratendes Mitglied der UNESCO. Die Organisation zählt heute mehr als 25.000 Mitglieder aus aller Welt. Mit Kampagnen, Veranstaltungen und Programmen setzt sich PEN für die Rechte von Schriftstellern und die Durchsetzung freier Meinungsäußerung weltweit ein. Das „Writers in Prison“-Komitee und seine nationalen Ableger dokumentieren

Fälle von Unterdrückung, Zensur, Inhaftierung und Ermordung von Schriftstellern und Publizisten und prangern diese Fälle öffentlich an, um Druck auf die betreffenden Regierungen auszuüben. Seit 1990 ermöglicht zudem das „Writers in Exile“-Network verfolgten Autoren, vorübergehend oder dauerhaft in für sie sichereren Ländern unterzukommen. Mehr Informationen und Spendeninfos unter:

www.pen-international.org/support-us/donate/

European Youth Press (EYP)

European Youth Press (EYP) ist ein Netzwerk von 27 Jugendmedienorganisationen in Europa, die sich für die Rolle von Jugendmedien, für eine faire, unabhängige und verantwortungsvolle Berichterstattung und für Pressefreiheit in Europa einsetzen. Als Dachorganisation vertritt die EYP die Interessen von mehr als 60.000 jungen Medienschaffenden. Ziel der Organisation ist es, junge Menschen für einen fairen und unabhängigen Journalismus zu begeistern und sie aktiv an der Demokratie und der Gesellschaft teilnehmen zu lassen. Dazu organisiert die EYP Ausbildungsseminare, Diskussionsveranstaltungen, Events und Workshops für junge Journalistinnen und Journalisten. Mit verschiedenen Projekten und Kampagnen fördert die EYP den multikulturellen Dialog und Austausch in Europa. Seit 2012 wird die *European Youth Press Card* – ein europäischer Presseausweis für junge Medienmacherinnen und Medienmacher – über die Mitgliedsorganisationen der EYP ausgegeben. Mehr Informationen und Spendeninfos unter:

www.youthpress.org



SAT-7

SAT-7 ist ein Fernsehsender von Christinnen und Christen aus dem Nahen Osten und Nordafrika der 1995 gegründet wurde. Das Programm sendet mittlerweile 24 Stunden pro Tag, auf Türkisch, Persisch und Arabisch. Mit seinen fünf Kanälen erreicht der Sender täglich etwa 21 Millionen Zuschauer. Ziel des Programmes ist es, der christlichen Minderheit in der Region eine Stimme zu geben und in der gesamten arabischen Welt ausgewogen über Jesus, die Bibel und ihren Glauben zu informieren. Dabei geht es dem Sender nicht nur um die mediale Versorgung der Christinnen und Christen in der Region, sondern auch um die Ausstrahlung von Informations- und Bildungsprogrammen. So hat SAT-7 beispielsweise ein Programm ins Leben gerufen, das der Fortbildung von Kleinunternehmern gewidmet ist, und ein Lernprogramm für Analphabeten etabliert. Der Sender verzichtet bewusst auf die Ausstrahlung von politischen Programmen und kritische Auseinandersetzung mit anderen Religionsgruppen. SAT-7 finanziert sich aus Spenden von interessierten Einzelpersonen, Kirchen, Unternehmen und Stiftungen. Mehr Informationen und Spendeninfos unter:

<http://sat7.org/get-involved/donate>

Wichtige Begriffe

Blog: (Abk. für Weblog; Kreuzung aus den engl. Wörtern „Web“ und „Log“ für Logbuch) ein elektronisches, meist öffentlich einsehbares Tagebuch im Internet, über das der Verfasser (Blogger) regelmäßig Beiträge publiziert („postet“), die von Lesern kommentiert werden können.

Bürgerjournalismus (auch Graswurzel-Journalismus, partizipativer Journalismus): Form des Journalismus, bei der sich die Zivilgesellschaft durch eigene Medien am gesellschaftlichen Diskurs beteiligt. Treibende Kraft sind die neuen Publikationsmöglichkeiten im Internet, besonders Blogs, Podcasts und Videoplattformen. Seine Ursprünge hat dieser Journalismus in der angloamerikanischen *Grassroot-Bewegung*, die eigene Formen finden wollte, am gesellschaftlichen Diskurs teilzunehmen. In Deutschland geht der Bürgerjournalismus auf die alternative Bewegung in den 70er und 80er Jahren zurück, als in Eigenregie erste Stadtzeitungen und unabhängige Radiosender entstanden.

Fake News: Falsch- und Fehlinformationen, die in eigenem oder fremden Auftrag von Einzelnen oder Gruppen ausgehen und meist über elektronische Kanäle, insbesondere über soziale Medien, verbreitet werden. Die Bezeichnung basiert auf dem englischen Wort „Fake“, das eine Fälschung, Täuschung oder einen Hochstapler („Faker“) umschreibt. Der Begriff wurde zunächst vor allem in Zusammenhang mit sozialen Netzwerken verwendet, wurde im weiteren Verlauf auch auf konventionelle Medien ausgeweitet und als Kampfbegriff in Bezug auf Manipulations- und Desinformationsvorwürfe verwendet.

Hate Speech: (dt.: Hassrede) Sammelbegriff, der sowohl strafbare als auch nicht strafbare Ausdrucksweisen einschließt. Unter Hate Speech kann die bewusste Herabsetzung und Bedrohung

bestimmter Menschen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer Minderheit verstanden werden. Der Begriff umfasst Ausdrucksformen in Wort, Bild und Ton, die Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz fördern und Diskriminierung und Feindseligkeit gegenüber Minderheiten ausdrücken.

Informant: eine Person, die spezielle (geheime) Informationen an andere weitergibt.

Informationsfreiheit: das Recht, sich aus allgemein zugänglichen Quellen ohne staatliche Beschränkungen zu unterrichten. Allgemein zugänglich ist eine Quelle dann, wenn sie technisch dazu geeignet und vom Inhaber der Quelle dazu bestimmt ist, von der Allgemeinheit wahrgenommen zu werden (z. B. Zeitungen, Hörfunk, Fernsehen, allerdings nicht: Behördenakten). In Deutschland ist die Informationsfreiheit in Art. 5 Abs. 1 S. 1 GG die Freiheit gewährleistet. Geschützt sind sowohl die aktive Beschaffung als auch die schlichte Entgegennahme von Informationen.

Internetfreiheit: die Freiheit, über das Internet Informationen zu erhalten und zu verbreiten. Der Begriff der Internetfreiheit ist rechtlich noch nicht definiert. Allgemein werden darunter sowohl der freie Zugang zum Internet sowie der Schutz vor Zensur, Überwachung oder anderen Verletzungen von Nutzerrechten gefasst.

Leak: (engl. für Leck, Loch, undichte Stelle) nicht autorisierte Veröffentlichung von Informationen. Der Ausdruck ist eng verwandt mit dem Begriff des Geheimnisverrats, der jedoch aufgrund des wertenden Verweises auf den Straftatbestand des Verrats nicht gleichgesetzt werden kann.

Lügenpresse: (im 19. Jahrhundert entstandenes) Schlagwort für Medien, besonders Zeitungen

und Zeitschriften, denen unterstellt wird, unter politischem, ideologischem oder wirtschaftlichem Einfluss zu stehen, Informationen zu verschweigen oder zu verfälschen und so die öffentliche Meinung zu manipulieren. 2014 wurde „Lügenpresse“ zum Unwort des Jahres gewählt mit der Begründung, der Ausdruck würde Medien pauschal diffamieren und damit die Pressefreiheit gefährden. Die Anhänger des islamkritischen Pegida-Bündnisses benutzen den Begriff Lügenpresse, um ihrer Ansicht Nachdruck zu verleihen, dass in Deutschland keine wirkliche Meinungsvielfalt oder Meinungsfreiheit herrscht.

Meinungsfreiheit: das Recht, sich eine Meinung zu bilden und diese zu äußern. In Deutschland ist „Meinungsfreiheit“ die begriffliche Kurzform für die in Art. 5 Abs. 1 GG verbürgten Grundrechte der Meinungsäußerungsfreiheit, Informationsfreiheit, Pressefreiheit, Rundfunk- und Filmfreiheit. Als eines der wichtigsten Menschenrechte ist die Meinungsfreiheit Wesensbestandteil der freiheitlich-demokratischen Staatsordnung, da erst sie die freie Auseinandersetzung zwischen den unterschiedlichen Ansichten, die Entstehung einer öffentlichen Meinung und die politische Willensbildung ermöglicht. Die Meinungsfreiheit findet gemäß Art. 5 Abs. 2 GG ihre Schranken in den allgemeinen Gesetzen, den Jugendschutzbestimmungen und dem Recht der persönlichen Ehre.

Netzwerkdurchsetzungsgesetz: (NetzDG, auch: „Facebook-Gesetz“) vom Bundestag am 30. Juni 2017 verabschiedetes Gesetz, das sich gegen Hate Speech und Fake News in Sozialen Netzwerken richtet. Mit dem umstrittenen Gesetz sollen die Betreiber von Internetplattformen wie *Facebook*, *Twitter* und *YouTube* unter Androhung erheblicher Bußgelder dazu gebracht werden, gemeldete „offenkundig strafbare Inhalte“ innerhalb von 24 Stunden löschen. Kritiker sehen in dem Gesetz einen massiven Eingriff in die Presse- und Meinungsfreiheit.

Panama Papers: vertrauliche Unterlagen des panamaischen Offshore-Dienstleisters *Mossack Fonseca*, die infolge eines Datenlecks im April

2016 an die Öffentlichkeit gelangten und nach Einschätzung der beteiligten Medien legale Strategien der Steuervermeidung, Steuer- und Geldwäschedelikte, den Bruch von UN-Sanktionen sowie andere Straftaten durch Kunden von *Mossack Fonseca* belegen. Ein anonymes Whistleblower hatte die rund 11,5 Millionen E-Mails, Briefe, Faxnachrichten, Gründungsurkunden, Kreditverträge, Rechnungen und Bankauszüge zunächst der *Süddeutschen Zeitung* zugespielt. Anschließend koordinierte das *International Consortium of Investigative Journalists* (ICIJ) die einjährige Datenauswertung und Recherche. Am 3. April 2016 präsentierten 109 Zeitungen, Fernsehstationen und Online-Medien in 76 Ländern gleichzeitig die ersten Ergebnisse. Die Enthüllungen haben in zahlreichen Ländern öffentliche Debatten über Steuerschlupflöcher, Briefkastenfirmen, Steueroasen, Steuerdelikte und Steuermoral ausgelöst.

postfaktisch: „gefühlsmäßig“, „unsachlich“, nicht auf Tatsachen beruhend. Der Begriff wurde 2016 zum Wort des Jahres gekürt.

Pressefreiheit: die Freiheit, Tatsachen, Meinungen und Gedanken, Stellungnahmen und Wertungen durch jede Art von Druckerzeugnissen (z. B. Bücher, Zeitungen, Flugblätter) zu verbreiten. In Deutschland ist die Pressefreiheit als besondere Ausprägung der Meinungsfreiheit durch Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG verfassungsrechtlich gewährleistet.

Quellenschutz: das Recht von Journalisten, ihre Informanten geheim zu halten.

Satire: Kunstform (Literatur, Karikatur, Film), die durch Übertreibung, Ironie und Spott Kritik an Personen oder Ereignissen übt, sie der Lächerlichkeit preisgibt, Zustände anprangert und mit scharfem Witz geißelt.

Schmähkritik: Äußerungen, bei denen es nicht mehr um eine konstruktive Auseinandersetzung in einer bestimmten Angelegenheit geht, sondern um die Diffamierung einer bestimmten Person.

(Social) Bots (von engl. Robot): Programme, die in Sozialen Netzwerken als (falsches) Nutzer menschliche Verhaltensmuster simulieren. Social Bots beruhen sie auf bestimmten Algorithmen und werden entwickelt, um eine menschliche Präsenz im Web vorzutäuschen, sei es als PR-Arbeit, Marketing oder zunehmend auch für politische Propaganda. Um ihren automatisierten Charakter zu verbergen, nutzen Bots künstliche Intelligenz, zufällige zeitliche Zyklen und umfassende Datenanalyse von Textkörpern.

Soziale Medien: (engl. Social Media) dienen der – häufig profilbasierten – Vernetzung von Benutzern und deren Kommunikation und Kooperation über das Internet. Das Web 2.0 ist wesentlich durch soziale Medien geprägt. Als typische Vertreter Sozialer Medien werden beispielsweise Soziale Netzwerke, Weblogs, Wikis sowie Foto- und Videoplattformen angesehen.

Soziale Netzwerke: im Zuge des Web 2.0 entstandene, virtuelle Gemeinschaft, über die soziale Beziehungen via Internet gepflegt werden können. Soziale Netzwerke können themenorientiert sein oder rein sozialer Kommunikation dienen.

Whistleblowing: (von engl. „to blow the whistle“, sinngemäß „etwas aufdecken“, „jemanden verpfeifen“) die Offenbarung durch (frühere oder gegenwärtige) Organisationsmitglieder von illegalen, unmoralischen oder illegitimen Praktiken von erheblicher Tragweite an Personen oder Organisationen, die in der Lage sein könnten,

diesbezüglich aktiv zu werden. Whistleblower sind meist Mitarbeiter oder Kunden und berichten aus eigener Erfahrung. Dabei geht es nicht nur um die persönlichen Umstände der Whistleblower, sondern um einen Vorfall von allgemeinem Interesse. Sie informieren Mittler und Medien oder direkt die Öffentlichkeit. Dabei riskieren sie Stelle, Karriere und Ruf und müssen mit Disziplinarmaßnahmen rechnen.

WikiLeaks: Enthüllungsplattform, die 2006 anonym gegründet wurde und auf der als geheim eingestufte, häufig (sicherheits-)politisch oder militärisch brisante Dokumente der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Auf *WikiLeaks* werden Dokumente anonym veröffentlicht, bei denen ein öffentliches Interesse angenommen wird.

Zensur: restriktive Verfahren von zuständiger, in der Regel staatlicher Stelle zur Kontrolle von Medien und persönlichem Informationsverkehr besonders auf politische, gesetzliche, sittliche oder religiöse Konformität. Mittels Zensur soll die Verbreitung unerwünschter oder ungesetzlicher Inhalte unterdrückt oder verhindert werden. Oftmals wenden totalitäre Staaten die Zensur verschärft an. Dabei unterscheidet man zwischen der „Vorzensur“, der Kontrolle von Presseerzeugnissen vor ihrer Veröffentlichung, und der „Nachzensur“, Eingriffen in die Meinungsfreiheit nach der Veröffentlichung. In Deutschland verbietet Art. 5 Abs. 1 Satz 3 GG jegliche Vorzensur. Eine Nachzensur ist unter bestimmten Umständen möglich, etwa wenn ein Beitrag jugendgefährdend ist.

Weiterführende Literatur, Filme und Links

Literatur



© bpb

Aus Politik und Zeitgeschichte: Pressefreiheit (2016)

In dieser Ausgabe des von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) herausgegebenen Themenheftes „Aus Politik und Zeitgeschichte“ steht die Pressefreiheit im Fokus. Das Heft behandelt die rechtlichen Rahmenbedingungen der Pressefreiheit, beleuchtet die aktuelle Situation weltweit und in Deutschland und setzt sich mit der heutigen Rolle von Journalismus auseinander.

Kostenfrei verfügbar unter:

www.bpb.de/apuz/231298/pressefreiheit

Fluter-Onlineausgabe zum Thema „Pressefreiheit“ (2017)

In dieser ausführlichen Online-Ausgabe des Fluters zum Thema Pressefreiheit werden unter anderem der Fall Deniz Yücel, das Thema Internetfreiheit und Überwachung, die Lage der Pressefreiheit in diversen Ländern und das Thema Whistleblowing behandelt.

Kostenfrei verfügbar unter:

www.fluter.de/pressefreiheit



© Carlsen Verlag

Catherine Meurisse: Die Leichtigkeit (2016)

Die Karikaturistin Catherine Meurisse, die seit vielen Jahren für Charlie Hebdo arbeitet, war dem Attentat auf Charlie Hebdo nur entkommen, weil sie an diesem Morgen im Januar 2015 für die Redaktionssitzung zu spät dran war. Viele ihrer Kollegen und Freunde wurden bei dem Anschlag aus dem Leben gerissen. Sie selbst sucht seitdem nach einem Umgang mit der Tragödie und einem neuen Zugang zu ihrem Leben. Mit „Die Leichtigkeit“ hat Catherine Meurisse ein intensives und sehr persönliches Buch geschaffen, das ihrer Trauer Raum gibt und zugleich eine Ermutigung ist, sich die Schönheit des Lebens zurückzuerobern.

19,99 € | 144 Seiten | ISBN: 978-3-551-73424-2

Mehr Informationen unter:

www.carlsen.de/hardcover/die-leichtigkeit/83030



© UNESCO

Publikationen der UNESCO zum Thema Meinungs- und Pressefreiheit

Als einzige Sonderorganisation der Vereinten Nationen hat die UNESCO das Mandat, die Meinungs- und Pressefreiheit zu schützen. Besonders in Krisen- und Konfliktregionen unterstützt die UNESCO freie und unabhängige Medien dabei, Prozesse der Konfliktlösung, der Demokratisierung und der Friedenssicherung voranzutreiben und zu gestalten. Sie fördert außerdem die Aus- und Fortbildung von Journalisten und verleiht jährlich am Internationalen Tag der Pressefreiheit (3. Mai) den Guillermo Cano-Preis für besondere Verdienste um die Pressefreiheit. Im Rahmen ihres Mandats hat die UNESCO eine Vielzahl an Publikationen und Handbücher herausgegeben.

Alle Publikationen der UNESCO zum Thema Meinungs- und Pressefreiheit unter:

www.unesco.org/new/en/communication-and-information/freedom-of-expression/documentary-resources/publications/



© Reporter ohne Grenzen

Reporter ohne Grenzen (Hrsg.): Fotos für die Pressefreiheit 2017 (2017)

Das alljährliche Fotobuch von *Reporter ohne Grenzen* dokumentiert die Ereignisse des vergangenen Jahres. In bewegenden Bildern berichtet es von den Brennpunkten des Nachrichtengeschehens und beleuchtet die Situation in Ländern, in denen unabhängige Medien unter Druck stehen. Bildessays renommierter Fotografen werden durch Texte ergänzt, in denen diese erklären, was sie antreibt und welchen Schwierigkeiten sie bei ihrer Arbeit gegenüberstehen. Mit dem Verkauf der Fotobücher finanziert *Reporter ohne Grenzen* Öffentlichkeitsarbeit, Anwaltskosten und medizinische Hilfe für verfolgte Journalistinnen und Journalisten. Die aufwendig gestaltete Publikation, die im Rahmen des Deutschen Fotobuchpreises bereits mehrfach ausgezeichnet worden ist, eignet sich auch besonders schön als Geschenk.

16 € inkl. Versand | 104 Seiten

Online bestellbar unter:

www.reporter-ohne-grenzen.de/shop/

Report on the Situations of Cartoonists Worldwide 2016/2017 (2017)

Anlässlich des Internationalen Tag der Pressefreiheit veröffentlichte *Cartooning for Peace* seinen ersten Bericht zur weltweiten Situation von Karikaturisten. Ob es in ihren Zeichnungen um Politik, Wirtschaft, Sport oder Religion geht – Karikaturisten sind weltweit ähnlichen Bedrohungen ausgesetzt. Der Bericht basiert auf Informationen, die von der Überwachungseinheit von *Cartooning for Peace* und externen Mitarbeitern gesammelt wurden.

Kostenfrei verfügbar unter:

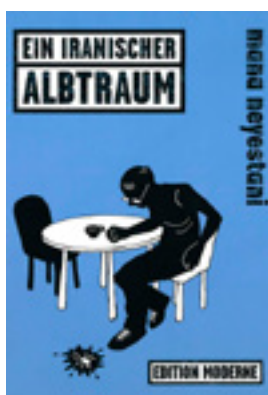
www.cartooningforpeace.org/wp-content/uploads/2017/05/Cartooning_for_Peace_report_situation_cartoonists_20162017.pdf

Amnesty International: Journalism is Not A Crime (2016)

Dieser Recherchebericht beleuchtet die jüngsten Einschränkungen der Meinungsfreiheit in der Türkei. Seit dem gescheiterten Putschversuch im Juli 2016 sind Akademiker, Journalisten und Schriftsteller, die die Regierung kritisieren, Verfolgung, Einschüchterungen, Strafverfolgungen und Zensur ausgesetzt. Die Gefährdungen sind so groß, dass manche sie als "Tod des Journalismus" bezeichnen.

Kostenfrei verfügbar unter:

www.amnesty.org/en/documents/eur44/6055/2017/en/



© Edition Moderne

Mana Neyestani: Ein iranischer Albtraum (2013)

Dass die harmlose Zeichnung einer Kakerlake für Aufruhr und Tote sorgt, hätte sich der iranische Cartoonist Mana Neyestani nicht träumen lassen. Er legt der Kakerlake ein Wort in den Mund, das in der Sprache der aserbaidjanischen Minderheit im Iran gelesen werden kann. Als die Aseri sich empören, weil sie sich mit Kakerlaken verglichen wännen, kommt Neyestani ins berüchtigte Evin-Gefängnis in Teheran. Er benutzt einen Hafturlaub, um über Dubai und Malaysia Asyl im Westen zu erlangen – ein zweiter Albtraum beginnt ... Neben dem menschenverachtenden Regime im Iran kritisiert Neyestani mit seiner Graphic Novel auch das internationale Asylwesen.

24.00 € inkl. Versand | 200 Seiten | ISBN: 978-3-03731-106-6

Mehr Informationen unter:

www.editionmoderne.ch/de/68/autoren/134/mana-neyestani.html



© DuMont Buchverlag

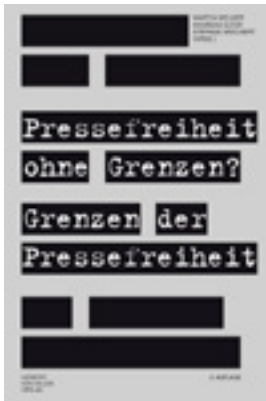
Anna Politkovskaja: Russisches Tagebuch (2005)

Die russisch-amerikanische Reporterin, Autorin und Menschenrechtsaktivistin wurde weltweit bekannt durch ihre differenzierten und bewegenden Reportagen und Bücher, unter anderem über den Krieg in Tschetschenien und Korruption in der russischen Führungsriege. Im Oktober 2006 wurde sie im Treppenhaus ihrer Wohnung in Moskau von unbekanntem Tätern ermordet. Im „Russischen Tagebuch“ beschreibt Politkovskaja mit Blick für das Schicksal des Einzelnen die Politik ihres Heimatlandes in der Zeit von 2003 bis 2005. Es ist ein Bericht aus erster Hand, der wagt, was in Putins Russland lebensgefährlich ist: die Wahrheit. Politkovskaja prangert Putins „starken Staat“ an und schildert das Klima der Resignation, der Angst und der Rechtlosigkeit.

458 Seiten | 24,90 € | ISBN-10: 3832180222

Mehr Informationen unter:

<http://www.dumont-buchverlag.de/buch/politkovskaja-russisches-tagebuch-9783832180225/>



© Herbert von Halem Verlag

Martin Welker, Andreas Elter, Stephan Weichert (Hrsg.): Pressefreiheit ohne Grenzen? Grenzen der Pressefreiheit (2016)

Die Einschränkungen und Gefährdungen der Pressefreiheit sind so mannigfaltig wie der Journalismus selbst: Journalisten verschwinden und tauchen nicht mehr auf, werden eingeschüchtert oder zusammengeschlagen, gelobt und gekauft. Nichtsdestoweniger sind sie in allen Formen und Gewändern, sei es nur in Gestalt des umschmeichelnden Hofierens und der sanften Drohung in einer westlichen Demokratie oder als kalter Atem einer schwarzafrikanischen Diktatur, inakzeptabel. Dieser Band untersucht die Lage der Pressefreiheit auf vier Kontinenten. Die Autoren, zum größten Teil aktive journalistische Praktiker, sind ausgewiesene Experten in ihren Berichterstattungs- bzw. Forschungsfeldern und haben alle eine langjährige Berufs- und Auslandserfahrung.

21.00 € | 352 Seiten | ISBN-10: 3869622237

Mehr Informationen unter:

<http://www.halem-verlag.de/pressefreiheit-ohne-grenzen-grenzen-der-pressefreiheit/>



© Hoffmann und Campe

Ulrich Wickert: Medien: Macht & Verantwortung (2016)

Aus der Macht der Medien ergibt sich eine besondere Verantwortung für den Journalisten. Doch der zunehmende Wettbewerbsdruck, die Flut an Informationen und die Schnelligkeit, mit der sie sich verbreiten, haben zu einer erschreckenden Banalisierung geführt. Ulrich Wickert stellt in seinem Essay die Frage, ob die Presse heute ihre Freiheit missbraucht und erinnert an die goldenen Regeln der Berichterstattung. Er reflektiert Macht und Verantwortung der Presse und fordert eine Rückbesinnung auf die eigentliche Aufgabe des kritischen Journalismus: Aufklärung.

160 Seiten | 16,00 € | ISBN-10: 3455504043

Mehr Informationen unter:

<http://www.hoffmann-und-campe.de/buch-info/medien-macht-verantwortung-buch-8052/>

Free Our Media! (2015)

Im Jahr 2015 organisierte die *European Youth Press* das Projekt "Free Our Media! Media Freedom in Europe – Limited Edition?". Unter anderem brachte das Projekt Vertreter der Pressefreiheit für zwei internationale Workshops in Montenegro und Deutschland zusammen. Eines der Hauptergebnisse des Projektes war das Comic "Free Our Media!", in dem junge Karikaturisten und Comiczeichner in 14 Geschichten die Erfahrungen der Projektteilnehmer zu

Papier brachten und so auch die aktuelle internationale Situation der Pressefreiheit illustrieren.

Kostenloser Download als E-Book im Apple Store:

<http://apple.co/1MLpHj1>



© Aufbau-Verlag

Sinclair Lewis: Das ist bei uns nicht möglich (1935)

1935 - die Nationalsozialisten sind in Deutschland seit zwei Jahren an der Macht, auch im restlichen Europa verschärfen sich vereinzelt nationalistische Töne. Der Aussage, ähnliche Entwicklungen seien in einer etablierten Demokratie wie den USA unmöglich, widerspricht der Autor Sinclair Lewis vehement. Er führt dem Leser vor Augen, wie leicht eine Demokratie sich von vermeintlich unveräußerlichen Werten abwenden kann. Sinclair Lewis' Roman führt einen Antihelden vor, der mit seinen Hetzreden die Begeisterung unzufriedener Wähler entfacht. Durch seine Lügen und eine Rhetorik des Populismus und der Ressentiments wird er Präsident der Vereinigten Staaten. 1935 in den USA ein aufsehenerregender Bestseller, ist der Roman zeitlos und aktuell wie selten zuvor. Aus dem Englischen neu übersetzt von Hans Meisel.

442 Seiten | 24,00 € | ISBN-10: 3351036965

Mehr Informationen unter:

www.aufbau-verlag.de/index.php/das-ist-bei-uns-nicht-moglich.html



© Random House Verlag

Aslı Erdoğan: Nicht einmal das Schweigen gehört uns noch. Essays. Mit einer Einführung von Cem Özdemir. Dt. Ausgabe München 2017 (2017)

Aslı Erdoğan ist Physikerin, Journalistin und Schriftstellerin. Sie arbeitet u.a. für eine kurdisch-türkische Zeitung. 2010 wurde sie mit dem bedeutendsten Literaturpreis der Türkei ausgezeichnet. Im August 2016 wurde sie inhaftiert, im Dezember (vorerst) freigelassen; der Prozess gegen sie läuft. In ihren politischen Essays, die in der Türkei nicht erscheinen konnten, schreibt sie gegen Unterdrückung und Willkür, Gewalt und Schuld an.

192 Seiten | 17,99 € | ISBN: 978-3-8135-0780-5

Mehr Informationen unter:

www.randomhouse.de/Buch/Nicht-einmal-das-Schweigen-gehört-uns-noch/Asli-Erdoan/Knaus/e527195.rhd



© Fischerverlag

Liao Yiwu: Für ein Lied und hundert Lieder: Ein Zeugenbericht aus chinesischen Gefängnissen (2011)

Bis zum Vorabend des 4. Juni 1989 führt Liao Yiwu das Leben eines so unbekanntes wie unpolitischen Hippie-Poeten. Doch mit dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens ist schlagartig alles anders. Nachdem Liao ein kritisches Gedicht verfasst hat, wird er zu vier Jahren Haft im Gefängnis und in einem Arbeitslager verurteilt. In seinem Buch schildert Liao auf eindringliche Weise die brutale Realität seiner Inhaftierung. Dabei ist er schonungslos, auch sich selbst gegenüber: Er beschreibt, wie er und seine Mithäftlinge zu Halbmenschen degradiert werden und dabei manchmal selbst vergessen, was es bedeutet, Mensch und Mitmensch zu sein. Ein großes literarisches Zeugnis über das Menschsein in widrigsten Umständen, mit dem Liao Yiwu sich abermals als einer der ganz großen Autoren Chinas zeigt.

Aus dem Chinesischen von Hans Peter Hoffmann.

592 Seiten | 24,95 € | ISBN: 9783100448132

Mehr Informationen unter:

www.fischerverlage.de/buch/fuer_ein_lied_und_hundert_lieder/9783596190003



© LIT Verlag

Klaus, Elisabeth; Wischermann, Ulla: Journalistinnen. Eine Geschichte in Biographien und Texten. 1848-1990. (2013)

Anhand von ausgewählten Biographien und Texten rekonstruieren in diesem Band zwei ausgewiesene Expertinnen auf dem Feld der kommunikationswissenschaftlichen Geschlechterforschung das Leben und berufliche Wirken von Print-Journalistinnen in Deutschland und Österreich der vergangenen 150 Jahre. Eine solche Berufs- und Sozialgeschichte von Journalistinnen gab es im deutschsprachigen Raum bislang nicht. Das Lese- und Arbeitsbuch lädt zum Schmökern, Querlesen und Nachschlagen ein. Es soll neugierig machen auf die Geschichte des öffentlichen Wirkens von Frauen und auf ihre Akteurinnen, deren Ausdrucksmittel das Schreiben war und die uns auch heute noch viel zu sagen haben.

384 Seiten | ISBN: 978-3-643-50416-6

Mehr Informationen unter:

www.lit-verlag.de/isbn/3-643-50416-6

Filme



© Piffel Medien GmbH

“Citizenfour“ (Deutschland, USA 2014)

Oscarprämierter Dokumentarfilm von Laura Poitras über den US-amerikanischen Whistleblower Edward Snowden und die durch ihn aufgedeckte globale Überwachungs- und Spionageaffäre. Der Titel des Films bezieht sich auf das Pseudonym, das Edward Snowden verwendete, als er erstmals über die Abhörpraktiken der National Security Agency berichtete.

114 Minuten | Regie & Drehbuch: Laura Poitras

Trailer: www.youtube.com/watch?v=XiGwAvd5mvM

“Burma VJ. REPORTER I ET LUKKET LAND” (2008)

2007 demonstrierten buddhistische Mönche und Nonnen gegen drastische Preiserhöhungen; bald richteten sich die Proteste auch gegen die Militärmacht. Damals wurden internationale TV-Teams ausgewiesen und nur verdeckt gedrehte Bilder gelangten ins Ausland. Eine kleine Gruppe unerschrockener Menschen dokumentierte unter höchstem Risiko, was die Diktatoren von Burma vor der Welt geheim halten wollten. In seiner Dokumentation fasste der dänische Filmemacher Anders Høgsbro Østergaard Nachrichtenfilme über die dramatischen Ereignisse in Myanmar zusammen. Was man bisher bloß als kurze Nachricht aus dem Fernsehen kannte, wird hier durch Montage und Kontext zu einem spannenden, tiefgehenden Film über Journalismus und Ethik unter Lebensgefahr.

85 Minuten | Regie: Anders Høgsbro Østergaard | Drehbuch: Anders Høgsbro Østergaard und Jan Krogsgaard

Trailer: <https://vimeo.com/9572604>

„Forbidden Voices“ (Schweiz 2012)

Drei junge Bloggerinnen aus Kuba, China und dem Iran sind die Protagonisten in diesem Dokumentarfilm der Schweizerin Barbara Miller. Unter großem Risiko üben Yoani Sánchez (Kuba), Zeng Jinyan (China) und Farnaz Seifi (Iran) Kritik an den diktatorischen Regimen in ihren Heimatländern. Die Dokumentation gewann den Amnesty International Award 2013 und den WACC SIGNIS Menschenrechtspreis 2012 und wurde 2013 für den Swiss Film Award and den Prix de Soleure.

96 Min | Regie & Drehbuch: Barbara Miller

Trailer: www.youtube.com/watch?v=hIRlvQ0ItSg



© Collective Eye Films

“Frame By Frame” (USA 2015)

Unter der Herrschaft der Taliban galt Fotografieren in Afghanistan als Verbrechen. Nun da ausländische Truppen und Medien sich mehr und mehr aus Afghanistan zurückziehen, müssen das Land und seine Journalisten endgültig auf eigenen Beinen stehen. „Frame By Frame“ begleitet vier junge afghanische Fotojournalisten, die versuchen, sich in der modernen und noch unsteinen Medienlandschaft ihres Staates zurechtzufinden, um der Welt dessen neue Form nahezubringen.

85 Min | Regie & Drehbuch: Alexandria Bombach, Mo Scapelli

Trailer: www.youtube.com/watch?v=w6dkvb4_ZIQ

„Die Unbestechlichen“ (USA 1976)

Den beiden aufstrebenden Journalisten Carl Bernstein (Dustin Hoffman) und Bob Woodward (Robert Redford) fallen bei ihren Recherchen zum Watergate-Einbruch einige Ungereimtheiten im Polizeibericht auf. Sie beginnen, auf eigene Faust Nachforschungen anzustellen. Mit Hilfe der Hinweise eines mysteriösen Informanten gelingt es den Journalisten, einem politischen Komplott auf die Spur zu kommen, der bis zu Präsident Richard Nixon persönlich reicht. „Die Unbestechlichen“ ging bei der Oscarverleihung 1977 in vier Kategorien als Sieger hervor. Originaltitel: „All the President’s Men“

138 Minuten | Regie: Alan J. Pakula | Drehbuch: William Goldman

<https://www.youtube.com/watch?v=vLt6djxhNe8>

„Spotlight“ (USA 2016)

Als eine Journalistin des *Boston Globes* in einem Artikel einen Missbrauchsfall in den Reihen der katholischen Kirche aufbereitet, der direkt in Boston geschah, weckt sie damit das Interesse des neuen Chefredakteurs Marty Baron (Liev Schreiber). Dieser ahnt, dass hinter der Geschichte mehr steckt und setzt das Spotlight-Team auf die Angelegenheit an, deren Recherche Schreckliches zutage fördert. Doch die akribischen Ermittlungen der Journalisten werden durch das Schweigen der verängstigten Opfer und gut bezahlte Anwälte zunehmend erschwert. Das auf wahren Ereignissen basierende Drama erhielt unter anderem den Oscar in den Kategorien Bester Film und Bestes Originaldrehbuch.

128 Minuten | Regie: Tom McCarthy | Drehbuch: Tom McCarthy und Josh Singer

Trailer: www.youtube.com/watch?v=KH8_DjzEff0

“Good Night, and Good Luck.” (USA 2005)

Der Schwarzweiß-Film zeigt den Kampf des Fernsehjournalisten Edward R. Murrow gegen die Machenschaften des US-Senators Joseph McCarthy, der mit seiner „Red Scare“ (Rote Angst)-Kampagne angebliche Kommunisten in der Regierung und unter Prominenten entlarven wollte. George Clooney führte Regie, verfasste das Drehbuch und spielt im Film auch selbst eine Nebenrolle. Die Person Joseph McCarthy wird im Film von diesem selbst dargestellt, indem Originalausschnitte damaliger Fernsehsendungen verwendet werden, in denen er seine Reden hält. Der Film wurde 2006 für sechs Oscars nominiert.

93 Minuten | Regie & Drehbuch: George Clooney

Trailer: www.youtube.com/watch?v=uMJHME17hfE



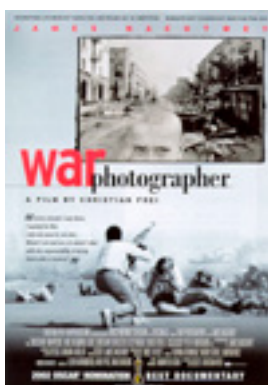
© BR

“Die Spiegel-Affäre” (Deutschland 2014)

„Die Spiegel-Affäre“ vom Oktober 1962 ist ein Politthriller auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges. Mit der Kubakrise stand die Welt am Rand eines Atomkrieges, in dessen strategischem Zentrum Deutschland gelegen hätte. Vor diesem bedrohlichen Hintergrund fechten zwei außergewöhnliche Alpha-Männer eine beinahe archaisch anmutende Fehde aus: der Verteidigungsminister Franz Josef Strauß (Francis Fulton-Smith) und der „Spiegel“-Gründer und Herausgeber Rudolf Augstein (Sebastian Rudolph). Die ARD-Produktion von 2014 erzählt den Verlauf der Affäre.

103 Minuten | Regie: Roland Suso Richter | Drehbuch: Johannes W. Betz

Trailer: www.filmstarts.de/kritiken/220022/trailer/19539049.html



© Christian Frei

„War Photographer“ (Schweiz 2002)

In einem der zahllosen Krisengebieten der Welt, inmitten von Leiden, Sterben, Gewalt und Chaos, sucht der Fotograf James Nachtwey nach dem Bild, von dem er glaubt, dass es sich publizieren lässt. Ein Film über einen ebenso engagierten wie scheuen Menschen, der als bedeutendster und mutigster Kriegsfotograf unserer Zeit gilt - und dennoch kaum den Klischees des abgebrühten Hauddegens entspricht. Dokumentarfilmer Christian Frei begleitet einen der bedeutendsten Kriegsfotografen der letzten Jahrzehnte zwei Jahre lang bei seiner Arbeit und versucht eine Antwort darauf zu finden, was für ein Mensch man sein muss, um diesem Beruf nachzugehen.

96 Minuten | Regie: Christian Frei

Trailer: www.youtube.com/watch?v=KQe2-nuDp-E



© KSM GmbH

„Schrei nach Freiheit“ (Vereinigtes Königreich, 1987)

Eigentlich steht der südafrikanische Redakteur Donald Woods (Kevin Kline) dem Anti-Apartheids-Kämpfer Steve Biko (Denzel Washington) kritisch gegenüber. Mehrere Treffen mit dem Aktivisten verändern jedoch seine Sicht auf die Dinge. Nach dem Tod Bikos verfasst Woods eine Biografie über den Freiheitskämpfer, doch um sie veröffentlichen zu können, muss er das Land verlassen. Basierend auf dem Sachbuch von Donald Woods und dessen persönlichen Erlebnissen beschreibt der Film die Geschichte des Gründers des *Black Consciousness Movement* Steve Biko, der seinen Einsatz für die Rechte seiner schwarzen Mitmenschen mit dem Leben bezahlte. Nachdem es in Südafrika bei Ausstrahlungen zu Bombenanschlägen gekommen war, erklärten die südafrikanischen Behörden den Film zur Bedrohung der öffentlichen Sicherheit und beschlagnahmten die Filmrollen. Der Film war in mehreren Kategorien für den Oscar nominiert.

Originaltitel: „Cry Freedom“

157 Minuten | Regie: Richard Attenborough | Drehbuch: Donald Woods

Trailer: www.youtube.com/watch?v=xWfvmymIVdU

“Die verlorene Ehre der Katharina Blum” (Bundesrepublik Deutschland, 1975)

Nach einem Faschingsball verbringt Katharina Blum eine Nacht mit einem jungen Mann, der als Bundeswehrdeserteur von der Polizei gesucht wird. Am Morgen danach bricht die Polizei auf der Suche nach dem angeblichen RAF-Mitglied Ludwig in ihre Wohnung ein und verhaftet sie, weil sie durch die bloße Bekanntschaft ebenfalls unter Verdacht gerät. Von da an wird Katharina Blum zum wehrlosen Opfer von Polizei und Boulevardpresse. Der Film, der auf der gleichnamigen Erzählung von Heinrich Böll basiert, beleuchtet das Manipulationspotenzial auflagenstarker Boulevard-Zeitungen und die Machtlosigkeit des Einzelnen gegenüber einer zur Massenhysterie angeheizten öffentlichen Meinung.

106 Minuten | Regie: Volker Schlöndorff | Drehbuch: Volker Schlöndorff, Margarethe von Trotta, Heinrich Böll

Trailer: www.kino-zeit.de/filme/trailer/die-verlorene-ehre-der-katharina-blum-dvd

Weiterführende Links

Reporter ohne Grenzen

Internetauftritt der Deutschen Sektion der internationalen Nichtregierungsorganisation, die sich weltweit für Presse- und Informationsfreiheit, den Schutz von Journalistinnen und Journalisten und gegen Zensur einsetzt.

www.reporter-ohne-grenzen.de

Index on Censorship

Gemeinnützige britische Nichtregierungsorganisation, die sich weltweit für Meinungsfreiheit einsetzt. Sie veröffentlicht Arbeiten von zensierten Schriftstellern und Künstlern, fördert Debatten und überwachen Bedrohungen und Einschränkungen von Meinungsfreiheit.

www.indexoncensorship.org

Mapping Media Freedom

Informationsplattform über Verletzungen, Bedrohungen und Einschränkungen von Pressefreiheit in Staaten der Europäischen Union sowie ihren Beitrittskandidaten und Nachbarländern. Das Projekt wird kofinanziert von der Europäischen Kommission und organisiert und verwaltet vom *Index on Censorship*, in Kooperation mit der *Europäischen Journalisten Föderation* und *Reporter ohne Grenzen*.

www.mappingmediafreedom.org

International Freedom of Expression Exchange (IFEX)

Globales Netzwerk von über hundert Nichtregierungsorganisationen aus insgesamt 65 Ländern, die sich mit gemeinsamen Kampagnen und Kapazitätsbildungsprogrammen gegenseitig unterstützen und für Meinungs- und Pressefreiheit einsetzen.

www.ifex.org

European Centre for Press & Media Freedom (ECPMF)

2015 gegründete, pan-europäische Journalistenorganisation mit Sitz in Leipzig mit dem Ziel, die Einhaltung der Europäischen Pressefreiheit-Charta zu beobachten und auf Verstöße aufmerksam zu machen. Die Charta ist eine nicht bindende Leitlinie zur Pressefreiheit, welche 2009 von 48 Herausgebern und führenden Journalisten aus 19 europäischen Ländern unterzeichnet wurde, um gegen Einschränkungen und Bedrohungen der Presse- und Medienfreiheit anzukämpfen.

www.ecpmf.eu

Eurozine

Onlinemagazin, das auf einem Netzwerk von mehr als 80 Kulturzeitschriften aus nahezu allen Ländern Europas basiert. *Eurozine* veröffentlicht besonders herausstechende Artikel seiner Partnerzeitschriften. Die Artikel werden in der Originalsprache veröffentlicht und meist noch zusätzlich in eine weitere europäische Sprache übersetzt.

www.eurozine.com

Neue Deutsche Medienmacher

Die Neuen Deutschen Medienmacher verstehen sich als Ansprechpartner für interkulturellen Journalismus und Interessenvertretung für Medienschaffende mit Migrationsgeschichte. Das bundesweite unabhängige Netzwerk tritt für eine ausgewogene Berichterstattung ein, die das Einwanderungsland Deutschland adäquat wiedergibt. Dazu stoßen die Mitglieder Initiativen an und führen eigene Projekte durch, die unter anderem gezielt auf Nachwuchsförderung, eine ausgewogene Berichterstattung und eine stärkere Präsenz von Migrant*innen in den Medien hinarbeiten.

www.neuemedienmacher.de

taz.gazete

Zweisprachiges Webportal der *taz.die tageszeitung* und der *taz Panter Stiftung*, auf dem mehrmals die Woche Artikel, Analysen und Reportagen zu aktuellen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in der Türkei und der Diaspora veröffentlicht werden – auf Türkisch und auf Deutsch. Anliegen des Projektes ist es, die Meinungsvielfalt zu Türkei-bezogenen Themen zu stärken, und den Dialog mit Journalistinnen und Journalisten vor Ort aufrecht zu erhalten.

www.gazete.taz.de

European Youth Press (EYP)

Netzwerk von Jugendmedienorganisationen in Europa, die sich für die Rolle von Jugendmedien, für eine faire, unabhängige und verantwortungsvolle Berichterstattung und für Pressefreiheit einsetzen.

www.youthpress.org

Jugendpresse Deutschland e.V.

Bundesverband der landesweiten Jugendpressevereine in Deutschland.

www.jugendpresse.de

Evangelische Journalistenschule (EJS)

Seit 1995 bildet die EJS erfolgreich Journalistinnen und Journalisten aus. Die Schule steht in der Tradition der 1950 gegründeten Christlichen Presseakademie (cpa), der ältesten unabhängigen journalistischen Ausbildungseinrichtung in Deutschland. Die EJS ist eine Abteilung des Gemeinschaftswerks der Evangelischen Publizistik (GEP), dem zentralen Mediendienstleistungsunternehmen der EKD.

www.evangelische-journalistenschule.de

Augenzeugen Blog

Blog, auf dem Augenzeugen persönliche Erlebnisse und Zusammenstöße mit Feinden der Pressefreiheit schildern.

www.augenzeugen.info

Lügenpresse.de

Internetplattform, auf der Journalistinnen und Journalisten schildern, wie sich ihre persönliche Welt seit Ende 2014 verändert hat.

<https://www.luegenpresse.de/>

Redaktionsteam:

Maxie Syren (freie Redakteurin und Hauptverantwortliche)

Sabine Dreßler (Fachreferentin für Menschenrechte, Migration und Integration, Kirchenamt der EKD)

Ansgar Gilster (Referat für Menschenrechte, Migration und Integration, Kirchenamt der EKD)

David Oldenburg (Grafiken & Layout)

Herzlich bedanken möchten wir uns bei allen Autorinnen und Autoren, den Mitarbeitenden von *Reporter ohne Grenzen*, sowie Wolfgang Büttner (*Human Rights Watch*), Alena Epifanova (EU-Russia Civil Society Forum), Vugar Gojajev, Volker Weichsel (Zeitschrift OSTEUROPA).

www.ekd.de
